Deutscher Bundestag

Stenographischer Bericht

12. Sitzung

Bonn, Mittwoch, den 20. Mai 1987

Inhalt:

Gedenkworte für die Opfer des Absturzes einer polnischen Verkehrsmaschine	687 A	Koschnick SPD	693 C
Glückwünsche zum Geburtstag der Abg. Frau Weyel	687 B	Dr. Bangemann, Bundesminister BMWi	695 D
Erweiterung der Tagesordnung	687 B	Hinrichs CDU/CSU	698 A
TOP 2:		Namentliche Abstimmungen	699 B, C
Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Apel, Roth, Bahr, Frau Blunck, Börnsen (Ritterhude), Dreßler, Duve, Dr. Ehrenberg, Ewen, Frau Faße, Gansel, Graf, Grunenberg, Dr. Hauchler, Heyenn, Hiller (Lübeck), Jansen, Dr. Jens, Jungmann, Klose, Koschnick, Kuhlwein, Dr. Niese, Paterna, Schütz, Frau Simonis, Frau Terborg, Tietjen, Waltemathe, Würtz, Zumkley, Dr. Vogel und der Fraktion der SPD: Erhaltung der Arbeitsplätze bei den deutschen Werften (Drucksache 11/228)		Ergebnisse	704 B; 705 D; 707 A
in Verbindung mit		TOP 3:	
Beratung des Antrags der Fraktion DIE GRÜNEN: Sicherung von Werftarbeitsplätzen und -standorten (Drucksache 11/296)		Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Einkommensteuergesetzes (Steuersenkungs-Erweiterungsgesetz 1988) (Drucksache 11/285)	
in Verbindung mit		in Verbindung mit	
Beratung des Antrags der Fraktionen der CDU/CSU und FDP: Lage der deutschen Schiffbauindustrie (Drucksache 11/298)		Beratung des Antrags der Fraktion der SPD: Für eine gerechte und beschäftigungswirksame Steuerpolitik (Drucksache 11/16)	
Frau Simonis SPD	687 D	Dr. Stoltenberg, Bundesminister BMF	699 D
Bohlsen CDU/CSU	690 B	Dr. Spöri SPD	708 C
Frau Beck-Oberdorf GRÜNE	691 C	Gattermann FDP	711 C
Richter FDP	692 C	Hüser GRÜNE	713 D
		Uldall CDU/CSU	716 B
		Poß SPD	719 C
		Dr. Faltlhauser CDU/CSU	721 A
		Frau Matthäus-Maier SPD	723 C
		Nächste Sitzung	725 D
		Anlage	
		Liste der entschuldigten Abgeordneten	726* A

(A)

(C)

12. Sitzung

Bonn, den 20. Mai 1987

Beginn: 13.00 Uhr

Vizepräsident Westphal: Die Sitzung ist eröffnet.

(Die Abgeordneten erheben sich)

Meine Damen und Herren, große Trauer und tiefe Bestürzung hat bei uns die Nachricht vom **Absturz einer polnischen Verkehrsmaschine bei Warschau** in der vorigen Woche ausgelöst. Dabei kamen 183 Menschen ums Leben.

Wir nehmen Anteil an dem Leid und der Trauer der vom Unglück betroffenen Familien, von deren Angehörigen und Freunden. Dem polnischen Volk, seinem Parlament und seiner Regierung spreche ich, wie der Präsident dies gegenüber dem Marschall des Sejm bereits getan hat, im Namen des Deutschen Bundestages auch von dieser Stelle aus noch einmal unsere tief empfundene Anteilnahme aus.

Sie haben sich zu Ehren der Toten erhoben. Ich danke Ihnen dafür.

Vor Eintritt in unsere Tagesordnung möchte ich unserer Kollegin **Frau Weyel** – allerdings in ihrer Abwesenheit – zu ihrem 60. Geburtstag gratulieren, den sie gestern gehabt hat.

(Beifall)

Vielleicht kann man ihr das übermitteln.

Auf Grund einer interfraktionellen Vereinbarung sollen im Rahmen des Tagesordnungspunktes 2 auch die Anträge der Fraktion DIE GRÜNEN – Drucksache 11/296 – sowie der Fraktionen der CDU/CSU und FDP – Drucksache 11/298 – in verbundener Beratung von insgesamt einer Stunde behandelt werden. Sind Sie mit dieser Erweiterung der **Tagesordnung** einverstanden? – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe nun den Tagesordnungspunkt 2, d. h. die folgenden Anträge in der Reihenfolge ihres Eingangs auf:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Apel, Roth, Bahr, Frau Blunck, Börnsen (Ritterhude), Dreßler, Duve, Dr. Ehrenberg, Ewen, Frau Faße, Gansel, Graf Grunenberg, Dr. Hauchler, Heyenn, Hiller (Lübeck), Jansen, Dr. Jens, Jungmann, Klose, Koschnick, Kuhlwein, Dr. Niese, Paterna, Schütz, Frau Simonis, Frau Terborg, Tietjen, Waltemathe, Würtz, Zumkley, Dr. Vogel und der Fraktion der SPD

Erhaltung der Arbeitsplätze bei den deutschen Werften

– Drucksache 11/228 –

Beratung des Antrags der Fraktion DIE GRÜNEN

Sicherung von Werftarbeitsplätzen und -standorten

– Drucksache 11/296 –

Beratung des Antrags der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

Lage der deutschen Schiffbauindustrie

– Drucksache 11/298 –

Meine Damen und Herren, nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die gemeinsame Beratung dieser Anträge eine Stunde vorgesehen. – Ich sehe dazu keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat die Abgeordnete Frau Simonis.

Frau Simonis (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die **Lage der deutschen Schiffbauindustrie** spitzt sich katastrophal zu. Für viele kleine und mittlere Werftbetriebe, insbesondere in Schleswig-Holstein, wird die Situation immer hoffnungsloser. Und in seltener Einmütigkeit beurteilen die Landtagsfraktionen im schleswig-holsteinischen Landtag in einer gemeinsamen Entschließung, die Landeszentralbank in Schleswig-Holstein, der Verband der Schiffbauunternehmer, Gewerkschafter und Arbeitnehmer die Situation übereinstimmend. Das ist nicht das Ergebnis augenzwinkernder Zusammenarbeit, um in Bonn Geld lockerzumachen, sondern die Lage ist in der Tat dramatisch.

1986 war der Höhepunkt einer schon länger anhaltenden Schiffbaukrise. Im ersten Quartal dieses Jahres deutet sich leider keineswegs eine Verbesserung an, sondern mit spektakulären Werftinsolvenzen, umfangreichen **Entlassungen** und zunehmender **Kurzarbeit** eine Tendenz zum Schlechteren. Die Aufträge gegenüber dem Vorjahr zurück, und zwar auf ein Drittel –, von 1 Milliarde auf 336 Millionen DM – wobei sich diese wenigen Aufträge nur noch auf sechs Werften konzentrierten. Kleine und

(B)

(D)

Frau Simonis

- (A) mittelständische Werften konnten lediglich 3 % des Auftragsvolumens für sich sichern.

Die Zahl der Beschäftigten ging zurück. Gegenüber 1985 waren es wieder 6 000 Mitarbeiter, die ihre Arbeitsplätze verloren haben. Im März 1987 war auf den Werften in den vier Küstenländern für fast 10 000 Menschen Kurzarbeit angemeldet, und in den nächsten Monaten ist keine Verbesserung zu erwarten.

In Schleswig-Holstein ging 1986 jeder siebte Arbeitsplatz im Schiffbau verloren. Am Jahresende beschäftigten die schleswig-holsteinischen Werften knapp 10 000 Mitarbeiter — das sind 1 900 weniger als vor zwölf Monaten —, und von diesen waren wiederum knapp ein Drittel in Kurzarbeit, wobei sich auch hier eine Verbesserung nicht andeutet.

Dies ist keine Entwicklung, die vom Himmel herabgefallen ist, sondern sie ist seit Jahren absehbar. Und seit Jahren fordern die SPD und die Gewerkschaften ein längerfristig angelegtes Küstenstrukturprogramm, um die Schwächen der vier norddeutschen Küstenländer wirksam zu bekämpfen, um zukunftssichere Beschäftigung zu garantieren.

Die schleswig-holsteinische SPD hat durch ihren Fraktionsvorsitzenden im Landtag, Björn Engholm, ein Fünfjahreshilfsprogramm für die Küste aufgelegt, das Aussagen zu den Werftstandorten, zu Strukturverbesserungen und zusätzlichen öffentlichen Beschäftigungsanstrengungen zusammenfaßt. Die Wirtschaftsminister der vier norddeutschen Küstenländer haben in einer gemeinsamen Erklärung über alle Parteigrenzen hinweg dringlich Hilfe von Bonn gefordert, weil das Nichtstun der Bundesregierung den Wettlauf der Werften in den Ruin beschleunigt. Der ehemalige Wirtschaftsminister des Landes Schleswig-Holstein, Dr. Westphal, dessen Rücktritt weiß Gott kein Regiefehler war, hat im „Flensburger Tageblatt“ vom 15. August 1986 beklagt, daß es beim Bund kein eindeutiges Konzept gebe, ob und wieviel Schiffbau für die Bundesrepublik nötig sei. Ich stelle fest: Der Mann hatte und hat immer noch recht.

- (B) Nach langem ideologisch bedingtem Ringen, entschließt sich die Bundesregierung 1986, ganze 420 Millionen DM an **Strukturhilfe für die Schaffung neuer Arbeitsplätze für die vier Küstenländer** zur Verfügung zu stellen. Allein um ein einziges Automobilwerk an einem einzigen Ort in Baden-Württemberg anzusiedeln, stellt die baden-württembergische Regierung im gleichen Zeitraum mehr als 140 Millionen DM zur Verfügung. Und der Neubau einer Musik- und Kulturhalle in Lübeck kostet 60 Millionen DM. Das ist mehr als die Hälfte dessen, was das Land Schleswig-Holstein in zwei Jahren vom Finanzminister zugestanden bekommen hat.

(Beckmann [FDP]: Kultur kann nicht schaden!)

— Aber Arbeitsplätze schaden noch weniger als Kultur!

Kleckern statt klotzen ist die Devise der Regierung. Entsprechend sind die Resultate. Die Arbeitslosigkeit im Norden nimmt zu.

Die Bundesregierung stimmt zwar per 1. Januar 1987 der EG-Richtlinie über Schiffbauhilfen, die den Mitgliedstaaten erlaubt, für Inlands- und Auslandsaufträge Produktionshilfe bis zu einer Höhe von 28 % zu gewähren, zu und erklärt dann augenzwinkernd, 28 % kämen nicht in Frage, weil ja — so Bangemann — die Obergrenze nicht bedeute, daß man bis dahin fördern muß, sondern nur, daß man es darf, und beläßt den Fördersatz bei 12,5 %. Herr Bangemann, Sie sind ein verbalpolitischer Haarspalter und weiß Gott kein Wirtschaftsminister.

(Beifall bei der SPD)

Niemand wirft der Bundesregierung vor, sie sei für die Misere auf dem Weltschiffbaumarkt verantwortlich. Frachtratenverfall, der Sturzflug des Dollars, Übertonnage auf dem Weltmarkt sind nicht von der Bundesregierung verursacht. Aber von ihr verursacht und zu verantworten sind die strukturpolitischen Versäumnisse, die in einzelnen Regionen im Norden dazu geführt haben, daß die Schiffbaukrise soziale Katastrophen für Arbeitnehmer und ihre Familien bedeutet. Andere Länder in der EG haben die Krise des Weltschiffbaumarkts als ihre eigene nationale Aufgabe begriffen, für die man sich anstrengen muß. Die Bundesregierung begreift überhaupt nichts.

Während in Schleswig-Holstein und im Norden die Arbeitslosigkeit dramatisch zunimmt, macht der Bundeswirtschaftsminister kurz nach der Bundestagswahl energisch darauf aufmerksam, daß an eine Verbesserung der Hilfen für die Werftindustrie nicht gedacht werden kann. Den ideologisch-fiskalistischen Unterbau liefert der Finanzminister, Vorsitzender der CDU in Schleswig-Holstein und als ehemaliger Ministerpräsident mitverantwortlich für die besorgniserregende Strukturschwäche und die Schuldensituation des nördlichsten Bundeslandes.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD — Jungmann [SPD]: Das muß deutlich gesagt werden!)

Wir, die SPD, haben kein Interesse daran, daß nur einige wenige Großwerften erhalten bleiben. Wir wollen nicht zusehen, wie die kleinen und mittelständischen Betriebe vor die Hunde gehen. Wir haben nicht wie Sie an die Stelle von ökonomischem Sachverstand eine fiskalistische Registrierkasse gesetzt, bei der am Ende das Totsparen auch noch als politischer Sieg gefeiert wird. Denn natürlich können die Mittel im Haushalt nicht abfließen — und Sie sagen listigerweise, Herr Bangemann, daß dies der Grund sei, weswegen Sie an den 12,5 % festhalten —, weil Sie an den 12,5 % festhalten. Das hat etwas miteinander zu tun. Falls Sie es nicht begreifen, lassen Sie es sich einmal von einem Ihrer Beamten erklären.

(Beifall des Abg. Jungmann [SPD])

Es ist auch nicht wahr, daß der deutsche Schiffbau international nicht konkurrenzfähig und zum Sterben verurteilt sei. Es ist vielmehr notwendig, daß der internationale Subventionswettbewerb und die dadurch entstehenden Nachteile durch nationale Hilfen ausgeglichen werden, die die Bundesregierung zur Verfügung stellen wird. Gerade die mittelständischen Werften haben sich hohes internationales Ansehen erworben, so zum Beispiel die Schiffswerft Hugo Peters aus

(C)

(D)

Frau Simons

- (A) Wewelsfleth, die sich mit dem Bau von Küstenmotorschiffen einen festen Kundenstamm erworben hat und die sich bei 20%iger Förderung weiterhin auch im Ausland behaupten kann.

(Beckmann [FDP]: Telefonnummer?)

— Mein Gott, sind Sie ein Zyniker. Es macht Sie nicht gerade lustig, aber es zeigt, was Sie denken.

Ähnliches gilt und galt für die Lindenau-Werft in Kiel. Diese mußte eine Woche nach der Bundestagswahl den Vergleich anmelden, weil sich die Bundesregierung geweigert hat, eine EG-konforme Förderung zuzulassen. Die Landesregierung hat sich augenzwinkernd darauf berufen, daß sie dann keine Liquidationshilfen leisten könnte. Der Unternehmer und die 400 Mitarbeiter betrachten sich als die ersten Opfer dieser unverständlichen Haltung. Auch die anderen kleinen Werften, deren Mitarbeiter um ihre Arbeitsplätze bangen, die Opfer gebracht haben, die freiwillig auf Lohnbestandteile verzichtet haben, müssen um ihre Arbeitsplätze weiter bangen.

Vorausschauende Regionalpolitik, die sich nicht an Wahlkampfterminen orientiert, und kurzfristige, hastige Hilfen anbietet, muß folgende Kriterien erfüllen:

- (B) Erstens. Mit Hilfe von Bund und Land müssen auf den Werften langfristig Arbeitsplätze gesichert werden. Das müssen nicht nur Schiffe sein, die hier gebaut werden, dies können genauso gut Produkte im Bereich von Öko- und Aquatechnologie sein. Damit schaffen wir uns auch Exportchancen. Aber ohne Schiffbau werden wir den Anschluß an maritime technologische Entwicklungen verlieren, wertvolles Know-how und Facharbeiterwissen geht verloren.

Zweitens. An den Werftstandorten müssen mehr Ersatzarbeitsplätze in Zusammenarbeit von Bund und Ländern zur Verfügung gestellt werden. Die 100 Millionen DM, die der Bundesfinanzminister für Schleswig-Holstein herausgerückt hat, reichen doch nicht aus, wenn man bedenkt, daß das nächste Steuersenkungspaket, mit dem Sie den Wohlverdienenden Milliardeneschenke machen, allein in Schleswig-Holstein einen Ausfall von 700 Millionen DM bedeutet, also netto 600 Millionen DM weniger in der Kasse, um krisenfeste Arbeitsplätze zu sichern.

Drittens. Wir wollen von Ihnen, daß für die Arbeitnehmer, die nicht mehr im Schiffbau tätig sein können, **Umschulungshilfen** und ein verbesserter **Vorsorgezustand** geleistet werden.

Wir erwarten, daß Sie sich als Eigentümer verantwortlich fühlen für das größte deutsche Schiffbauunternehmen, die Howaldtswerke in Kiel.

Im Geschäftsjahr 1982/83 waren dort noch über 11 000 Mitarbeiter tätig; heute sind es gerade noch 4 500. In Hamburg wurde die Betriebsstätte aufgegeben, und in Kiel weiß man nicht, wie es weitergeht.

Mit dem Verkauf von dem Hamburger Unternehmensteil geht eine Strategie von Ihnen auf, die im Grunde genommen eine Ausschlichtungsstrategie ist. Sie gliedern den Elektronikbereich, der Gewinne macht, rechtlich aus, Gerüchte gehen um, daß der Handelsschiffsneubau in Kiel eingestellt werden soll. Dann könnten Sie Ihre Ideologisierung- und Privati-

sierungskampagnen umsetzen. Dies muß sich fatal für den Norden auswirken. (C)

Wir erwarten von Ihnen, daß Sie sich als Eigentümer engagieren und deutlich machen, daß eine Privatisierung nicht in Frage kommt. Wir erwarten von Ihnen, daß HDW als Handelsschiffsneubauplatz erhalten bleibt. Wir erwarten von Ihnen, daß Sie für andere Produkte, vor allem im Stahlbaubereich, Entwicklungs- und Absatzhilfen geben. Dazu können Rauchgasentschwefelungs- und Rauchgasentstickungsanlagen gehören sowie andere Maßnahmen des Umweltschutzes, Tunnelbaumaschinen und der Brückenbau.

Jeder Kriegsschiffbauauftrag, der nach Maßgabe unserer militärischen Verpflichtung und Sicherheit notwendig ist — damit will ich einem Ammenmärchen auf Ihrer Seite gleich begegnen — dient, das wissen wir, auch der Sicherung von Arbeitsplätzen.

(Austermann [CDU/CSU]: Sagen Sie das mal Herrn Gansel!)

Aber die SPD lehnt in einem Gesetzentwurf, den wir unter der Federführung von Norbert Gansel eingebracht haben, die Bankrotterklärung der Wirtschaftspolitik ab, die sich darauf konzentriert, **Rüstungs- und Kriegsschiffexporte** zu betreiben, weil sie unter anderem auch Arbeitsplätze bedeuten. Wir wollen keine Kriegsschiffexporte in Spannungsgebiete. Wir wollen keine Exporte in menschenrechtsfeindliche Regime, und wir wollen keine Rüstungsexporte in Länder, die von uns Entwicklungshilfe bekommen. Dies haben wir in dem Gesetzentwurf klargemacht; dies hat Ihnen der Kollege Gansel mehr als tausendmal erklärt. Sie hören nur nicht zu, (D)

(Jungmann [SPD]: Oder begreifen nicht!)

damit Sie Ihre Feindbilder aufrechterhalten können.

(Beifall bei der SPD)

Wir lehnen Ihren politischen Zickzackkurs ab, mit dem Sie vor jedem Wahlkampftermin die Arbeitnehmer zu besänftigen versuchen. 1983, zur Bundestags-/Landtagswahl, haben Sie den Erhalt aller Arbeitsplätze bei HDW versprochen. Knapp eine Woche später — Sie haben noch nicht einmal eine Schamfrist von einer Woche vergehen lassen — legen Bund und Land ein Personalabbaukonzept vor, das allein in Kiel 2 500 Werftarbeiter auf die Straße setzt. Vor der Kommunalwahl in Schleswig-Holstein hat der Finanzminister im Schweinsgalopp 31 Millionen DM ohne Bedingungen der Harmstorf-Gruppe über den Tisch geschoben. Nach der Wahl weiß kein Mensch, wo das Geld ist. Die Werft ist pleite, die Arbeitnehmer sind arbeitslos.

Vor der Bundestagswahl verspricht der Bundesfinanzminister, daß die Werft Nobiskrug für mindestens 650 Mitarbeiter sichere Arbeitsplätze bietet, heute sind es noch knapp 300 Leute, 650 Menschen sind arbeitslos geworden, von denen Sie nicht mehr reden.

Vor der Bundestagswahl verspricht der Bundesfinanzminister dem Land Schleswig-Holstein, daß alle kleinen Werften erhalten bleiben. Nach der Bundestagswahl, wenige Tage später, muß Lindenau den Vergleich einleiten.

(A) **Vizepräsident Westphal:** Frau Kollegin, ich muß Sie unterbrechen. Die Redezeit ist überschritten.

Frau Simonis (SPD): Ich möchte noch eine Minute sprechen. — Die Nobiskrug kann nur noch als Torso existieren. In Lübeck stellt Orenstein & Koppel den Schiffbau ein. Die Schlichting-Werft baut Arbeitsplätze ab.

Was werden Sie uns wohl zum 13. September versprechen, und was haben Sie eigentlich an Zynismus für den 14. vor?

Eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung — das können wir für Schleswig-Holstein versprechen — wird den Bund in die Pflicht nehmen. Wir werden Ihre ideologisch bedingten Sparorgien nicht mehr unterstützen. Wir werden den Menschen sagen, daß Sie die Staatskassen plündern, um Reichen Geschenke zu machen, und dann kein Geld mehr haben, um eine vernünftige Beschäftigungspolitik machen zu können.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ein sozialdemokratischer Finanzminister oder auch eine Finanzministerin wird in Schleswig-Holstein mit den Finanzierungstricks, mit denen Sie sich bis jetzt durchgemogelt haben, ein Ende machen und für den Norden echte Perspektiven erarbeiten.

Ich danke für Ihre große Geduld.

(Beifall bei der SPD — Austermann [CDU/CSU]: Antrag abgelehnt!)

(B) **Vizepräsident Westphal:** Das Wort hat der Abgeordnete Bohlsen.

Bohlsen (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Seit mehr als einem Jahrzehnt befindet sich die **deutsche Schiffbauindustrie** in einer **Strukturkrise**. Durch staatliche Wachstumsförderungen sind insbesondere in Japan und Korea derart hohe Schiffbaukapazitäten aufgebaut worden, daß der Weltmarkt mit Schiffstonnage regelrecht überflutet wurde.

Die **Weltschiffbaukapazitäten** betragen zur Zeit ca. 18 Millionen gewichtete Bruttoregistertonnen, davon 7 Millionen in Japan, 2,5 Millionen in Korea und 4 Millionen in Westeuropa. Dem steht gegenwärtig eine Nachfrage von nur 12 bis 13 Millionen gewichteten Bruttoregistertonnen gegenüber. Nicht einmal die Aufgabe des gesamteuropäischen Schiffbaus würde das Überangebot auf dem Weltmarkt beseitigen. So ist, meine Damen und Herren, die Entscheidung für den Erhalt der Werftenstandorte vornehmlich in den norddeutschen Küstenländern eine Entscheidung unter nationalen Gesichtspunkten.

Die deutsche Werftindustrie hat ihre Neubaukapazitäten der schwierigen Marktsituation angepaßt. Da die Nachfrage zuerst bei großen Schiffen zurückgegangen war, trugen zunächst auch die Großwerften die Hauptlast der Kapazitätsanpassungen. Von 1975 bis 1985 wurden die Kapazitäten im Handelsschiffneubau um mehr als 50 % abgebaut und die Produktion auf hochwertige Spezialschiffe konzentriert. Im Jahre 1986 bewirkten weitere Kapazitätsanpassungen den Verlust von nahezu 5 000 Arbeitsplätzen.

Hauptbetroffene waren in diesem Fall kleinere und mittlere Werften. (C)

Trotz dieses geringen Tonnageausstoßes erweist sich die deutsche Schiffbauindustrie als Schlüsselindustrie der Küstenregion mit großer innovativer Ausstrahlung auf andere Branchen. Der deutsche Schiffsmaschinenbau und die Schiffselektronik trugen dazu bei, den Brennstoffverbrauch moderner deutscher Schiffe gegenüber zehn Jahre alten Schiffen zu halbieren. In der Automatisierung der Schiffsantriebsanlagen sind deutsche Firmen ebenso führend wie im Bereich der Meß-, Regel- und Navigationstechnik. Erinnern will ich hierbei an das hervorragende Know-how deutscher Werften bei den Fähren, bei den Fahrgastschiffen, bei den Unterseebooten im Off-Shore-Bereich, in der Eisbrechtechnik, im Sonderschiffbau. Hier haben deutsche Ingenieure und Techniker sowie unsere deutschen Facharbeiter Hervorragendes geleistet.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Als im Jahre 1986 ein krasser Auftragseinbruch bei der deutschen Schiffbauindustrie zu verzeichnen war, wurde kurzfristig — und das war ein schnelles Handeln der Bundesregierung — eine Erhöhung der **Reedereibeihilfen** für Schiffsumbauten auf 20 % von der Regierungskoalition hier mitgetragen.

Im ersten Quartal des Jahres 1987 spitzte sich der Auftragsrückgang gegenüber dem Vorjahr erneut zu. Nach Einschätzung des Verbandes der Deutschen Schiffbauindustrie haben die deutschen Werften in diesem Zeitraum allein Aufträge in einem Volumen von über 1 Milliarde DM an ausländische Konkurrenz verloren. (D)

Antragsschluß für die Inanspruchnahme der Reedereibeihilfen für Schiffsneubau und -umbauten war der 31. März dieses Jahres. Bereits am 2. April ließ sich der Gesprächskreis „Küstenfragen“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion durch den Vertreter des Bundesverkehrsministers über den Abfluß der bereitgestellten Fördermittel informieren. Wegen der noch unzureichenden Inanspruchnahme der bereitgestellten Mittel wurde vom Verkehrsministerium die Zusage gegeben, die Antragsfrist bis in den April zu verlängern. Am 4. Mai ließen sich Teilnehmer des Gesprächskreises Küstenfragen in Hamburg in Gesprächen mit dem Deutschen Reederverband wie auch mit dem Verband der Deutschen Schiffbauindustrie über die aktuelle Situation berichten. Bereits am 7. Mai wurde im Gesprächskreis Küstenfragen ein Antrag zur Umschichtung der nicht in Anspruch genommenen Reederbeihilfen formuliert mit der Forderung, das vorhandene Instrumentarium im Rahmen der Haushaltsansätze effizienter einzusetzen und zum Ausgleich der vom Ausland gewährten Schiffbaubventionen die Hilfen für an deutsche Werften erteilte Aufträge auf 20 % zu erhöhen.

(Waltemathe [SPD]: Dann können Sie unserem Antrag ja zustimmen!)

Mit dem heute von der CDU/CSU- und der FDP-Fraktion eingebrachten Antrag wird das Einvernehmen zwischen den Koalitionsfraktionen bekundet, den Schiffbauzuschuß erstens auch für Exportaufträge zugänglich zu machen und zweitens die bisherige

Bohlson

- (A) Förderung von 12,5 % bis auf 20 % zu erhöhen. Hierbei spricht unsere Fraktion die Erwartung aus, daß diese 20 % voll ausgeschöpft werden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dabei wird die Bundesregierung aufgefordert, die Änderung dieses Werftenförderinstrumentariums so zu gestalten, daß die deutschen Werften sofort, also noch in diesem Haushaltsjahr, in den Genuß dieser Förderung kommen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Die bisherigen Maßnahmen zur Strukturverbesserung wie Finanzhilfen an die Küstenländer zur Durchführung von Infrastrukturmaßnahmen und die Bereitstellung von Sondermitteln für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ sind hiervon nicht betroffen und werden im bisherigen Umfang fortgesetzt. Außerdem werden die von den Fraktionen der CDU/CSU und der FDP wieder eingeführten Finanzbeiträge für Reeder, die seinerzeit von der SPD gestrichen wurden, beibehalten. Durch die Öffnung zugunsten von **Exportaufträgen** für die Werftindustrie entsteht ein dringender Handlungsbedarf zugunsten der deutschen Reeder, und darauf möchte ich aufmerksam machen.

Eine gesunde wettbewerbsfähige deutsche Seeschifffahrt dient nicht zuletzt dem Bestand der Werftindustrie. Daher sollte die Bundesregierung im Bereich der Schifffahrt – und das sind drei Forderungen – erstens steuerliche Entlastungen auf den Weg bringen, zweitens die Wettbewerbsbedingungen innerhalb der EG harmonisieren und drittens die Schiffsbesatzungsordnung an heutige Besatzungserfordernisse anpassen. Diese Thematik wurde heute auch im Verkehrsausschuß angesprochen, als wir die Aussprache zum Bericht des Bundesverkehrsministers hatten.

- (B)

Anzuregen wäre in diesem Zusammenhang, einen Prüfungsauftrag an die Bundesregierung zu erteilen, die Vor- und Nachteile eines zweiten Registers, wie es zum 1. Juli 1987 in Norwegen wirksam wird, auch mit Blick auf eine eventuelle entsprechende Anwendung in der Bundesrepublik zu überprüfen.

Ich komme zum Schluß, Herr Präsident, und möchte daran erinnern, daß wir für das Haushaltsjahr 1987 erhöhte Finanzbeiträge an Reeder in Höhe von 160 Millionen DM statt bisher 80 Millionen DM unabhängig von ihren Investitionsausgaben zu gewähren beabsichtigen.

Meine Damen und Herren, ich bitte, dem Antrag der CDU/CSU-Fraktion zuzustimmen; denn die Lage in der deutschen Schiffbauindustrie erfordert ein schnelles Handeln, damit weitere Einbrüche verhindert werden.

(Waltemathe [SPD]: Was wird mit dem Antrag der SPD?)

Wir müssen die Anträge der SPD und der GRÜNEN ablehnen.

(Waltemathe [SPD]: Warum?)

Ich bitte um Zustimmung zu unseren Anträgen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Waltemathe [SPD]: Warum das denn? –

Zuruf von der SPD: Das ist doch ein Widerspruch!)

(C)

Vizepräsident Westphal: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Beck-Oberdorf.

Frau Beck-Oberdorf (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bei der Diskussion um die nationale Umsetzung der **6. EG-Schiffbaubehilfenrichtlinie** handelt es sich um eine Debatte um eine Soforthilfe wegen der alarmierenden Zuspitzung der Situation an der Küste. Es geht hier weniger um eine Diskussion über eine Gesamtkonzeption für die Werften oder die regionale Küstenstruktur insgesamt.

Es ist interessant, daß in einer Debatte im Oktober 1986 in diesem Hause von den Herren Abgeordneten Metz und Dr. Weng sehr unverblümt geäußert worden ist, daß sie eigentlich überhaupt nicht daran glauben, daß es eine Gesamtkonzeption zur Lösung der Werftenkrise geben könne.

Ich finde, vor diesem Hintergrund müssen wir hier diskutieren. Denn eines wollen wir als GRÜNE besonders deutlich machen, auch wenn wir diesen Antrag über die Erhöhung der Sofortsubvention unterstützen: Selbstverständlich gehen wir davon aus, daß **Subventionen**, wenn sie nur der Festschreibung der jetzigen Werftenpolitik dienen, unsinnig sind und zu nichts anderem führen werden, als daß wir hier von Jahr zu Jahr über neue Subventionen verhandeln. Es geht also eigentlich um eine Diskussion um die Gestaltung der zukünftigen **Werftenpolitik** und der **Küstenstrukturpolitik**. Traurig ist dabei allerdings, daß im Zeitraum von 1960 bis 1982 12 Milliarden DM an Subventionen in die Werften geflossen sind, ohne daß damit Strukturpolitik betrieben worden ist. Das Geld ist weg. Jetzt ist der Punkt, an dem gesagt wird: Für die Soforthilfe ist nichts mehr da; wir müssen die Werften leider kaputtgehen lassen, weil in der vergangenen Zeit keine vorausschauende Politik gemacht worden ist.

(Beifall bei den GRÜNEN – Kleinert [Marburg] [GRÜNE]: Das ist das Problem!)

(D)

Unsere Forderung zur Soforthilfe ist also mit dem Gedanken verknüpft, daß die Werften jetzt erhalten werden müssen, um Zeit für deren notwendige **Umstrukturierung** zu gewinnen. Es ist völlig unsinnig, wenn der Oberstratege der freien Marktwirtschaft in der Person von Herrn Minister Bangemann diesen Umstrukturierungsprozeß sehr beschönigend als „Gesundschumpfung“ bezeichnet. „Gesundschumpfung“ heißt natürlich nichts anderes, als daß die Werften kaputtgehen sollen; denn er hat die Ideologie vom freien Spiel der Kräfte auf dem Markt vertreten, wobei selbst die Kollegen aus seiner Koalition – das kann man in Debattenbeiträgen, auch in den Landtagen, nachlesen – ihm sagen, daß er nichts von freiem Markt verstanden hat; denn im Schiffbaubereich gibt es natürlich überhaupt keinen freien Markt mehr. Das weiß inzwischen jeder, der nur Zeitung liest.

Jetzt aber auch zu der Diskussion mit der SPD: Von der SPD wird jetzt Umstrukturierung angeboten, ein Begriff, unter dem sie „Ersatzarbeitsplätze schaffen“ versteht. Das ist eine genauso gefährliche Argumen-

Frau Beck-Oberdorf

(A) tation; denn **Ersatzarbeitsplätze** schaffen heißt auch Kapazitätsabbau. Die Länder, auch die SPD-regierten Länder, haben, als die Finanzspritzen vom Bund über den Art. 104 a GG kamen, die Kröte geschluckt, daß das mit der Forderung nach Kapazitätsabbau im Werftenbereich verbunden wurde. Es heißt also auch für sie: Kaputtmachen der bestehenden Produktionsstrukturen und dann nebenan auf der grünen Wiese neue Gewerbe — und sie denken dabei vor allen Dingen an High-Tech — aufbauen.

Seit den großen Werteneinbrüchen hat aber eine Debatte über die sinnvolle Zukunft der Werften begonnen. Sie wird in den Betrieben, von den Gewerkschaften und auch in den Parteien geführt. Da ist Voraussetzung und Grundgedanke: Erhalt der Standorte, der Produktionsstätten, der Arbeitsplätze, des hochqualifizierten Know-how, welches es auf den Werften gibt, und Nutzung all dieses Potentials zu einem Produktionsumbau — und nicht Erhalt dieser Produktionsstätten, wie das der Wirtschaftsminister Lenz in Bremen auch ganz unverblümt zugibt, bis das Tal durchschritten ist, bis zum Jahr 1990/91, wenn der neue Fregattenbau der NATO ansteht —

(Zuruf von der SPD: Da wird nur geschoben!)

für zivile Produktion oder Konzentration auf einen technologisch anspruchsvollen Schiffbau. Dazu gehört auch, Anreize für eine Orientierung der Entwicklung von Spezialschiffbau zu geben, z. B. neue Antriebsformen zu schaffen, die energiesparender sind, einen Schiffbau herbeizuführen, der in sich umweltfreundlicher ist.

(B)

Deswegen finden Sie in unserem Antrag die wichtigen Teile 4 und 5, wo auf diese Art von Umstrukturierungsmaßnahmen im Bereich Konversion abgezielt wird, wo wir fordern, daß auch der Minister für Forschung und Technologie hier seinen Teil beizutragen hätte, nämlich durch die Bereitstellung von Geldern, um überhaupt in die Entwicklung dieser Konversionstechnologie mit einzusteigen. Ich meine die Entwicklung in Richtung auf das Schiff der Zukunft, wobei es nicht nur um die Senkung von Betriebskosten, sondern, wie eben schon gesagt, auch um die Entwicklung anderer Antriebsarten und darum geht, die Umweltbelastungen im Schiffbau, durch Schiffbau und durch Schiffbetrieb zu senken.

Dazu gehört als zweites Standbein, das sich für die Werften ankündigt und bei den vorhandenen Produktionsstrukturen auch anbietet, die **Forschung und Entwicklung** im Bereich alternativer, **schiffbaufremder ziviler Produktion**, und es gehören **Vermarktungshilfen** dazu, denn daß das nicht von heute auf morgen auf dem Markt konkurrieren kann, ist keine Frage; auch hier muß es Vermarktungshilfen geben. Es sind inzwischen erste Listen solcher möglichen Produktpaletten, die als schiffbaufremde Produkte auf die Werften gehören könnten, entwickelt worden. Die Frau Kollegin Simonis hat das eben schon angesprochen.

(Uldall [CDU/CSU]: Alles theoretische Sandkastenspiele!)

— Wenn Sie sagen „Das ist alles Theorie“, dann haben Sie sich damit nicht beschäftigt und dann beweisen Sie, daß Sie nur zwischen dem Wachstum

der alten Strukturen und dem Kaputtmachen wählen können, (C)

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

daß Sie sich aber nicht in die Zukunft hineindenken und sich nicht vorstellen können, was Umstrukturierung von Industrie sinnvollerweise überhaupt bedeuten könnte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Westpahl: Das Wort hat der Herr Abgeordneter Richter.

Richter (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Namen der FDP-Bundestagsfraktion möchte ich zunächst einmal der Bundesregierung ausdrücklich Dank dafür sagen, daß sie beabsichtigt,

(Jungmann [SPD]: Die Werften zu schließen!)

den **Schiffbauzuschuß** von derzeit 12,5 % auf 20 % zu erhöhen und eine wirksamere Förderung auf dem Inlandsmarkt und im Schiffsexport zu ermöglichen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Durch diese Maßnahme wird von der Bundesregierung ein weiterer Schritt unternommen, um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Werften im europäischen und im internationalen Bereich wiederherzustellen. Durch die Sechste EG-Schiffbauhilferichtlinie, die am 1. Januar 1987 in Kraft getreten ist, sind bereits die hohen **Subventionen** anderer EG-Länder, die bis zu 50 % und mehr staatliche Förderung gewährten, auf 28 % des Auftragsvolumens reduziert worden. (D)

Das Beispiel **Großbritannien** hat gezeigt, was passiert, wenn versucht wird, überhöhte Schiffbaukapazitäten gegen den Markt zu erhalten. Dort hat die Verstaatlichung der Schiffbauindustrie zur totalen Zerschlagung der mittelständischen Werften geführt. Der Lösungsansatz für diese Probleme kann auch aus ordnungspolitischen Erwägungen nicht lauten: Wir treten in einen weltweiten Subventionswettkampf ein, sondern hat zu lauten: Wir müssen erreichen, daß andere Länder ihre Subventionen abbauen. Nur dann haben die deutschen Werften wegen ihres technischen und technologischen Know-how eine reelle Chance auf dem Weltmarkt.

Der Kollege Apel hat bei der Einbringung des SPD-Antrages die Bundesregierung aufgefordert, ihren **Pflichten gegenüber den Arbeitnehmern** und den kleinen und mittleren Werftbetrieben nachzukommen. Ich glaube, daß die SPD hier einige Fakten ignoriert oder ganz einfach nicht wahrhaben will. Meine Damen und Herren, Sie erwecken den Eindruck, als müßte hier jemand zur Jagd getragen werden. Die Tatsachen allerdings stehen dem entgegen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Tatsache ist, daß die Leistungen der Bundesregierung für die Küste ganz erheblich sind.

(Frau Unruh [GRÜNE]: Massenarbeitslosigkeit!)

Richter

(A) — Ach, Frau Unruh, Sie erinnern mich manchmal wirklich an einen Panther, an den rosaroten und an Inspektor Clouseau. Das stimmt doch nicht! Hier sind die Tatsachen:

Erstens. Im Herbst 1986 hat der Bundestag **Finanzhilfen für die Küstenländer** von insgesamt 300 Millionen DM beschlossen. Gleichzeitig wurden die Fördermittel im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ um 120 Millionen DM aufgestockt.

Zweitens. Die **Zinszuschüsse bei Fremdwährungsfinanzierung** wurden erhöht.

Drittens. Die **Konditionen bei Aufträgen aus Entwicklungsländern** wurden verbessert.

(Jungmann [SPD]: Und die Arbeitsplätze wurden immer weniger!)

Viertens. Die **Zweckbestimmungen für Neubau- und Umbauhilfen** wurden erweitert.

Fünftens. Die **Förderung von Schiffsumbauten** wurden mit einem Fördersatz von 20 % der Umbaukosten für Großumbauten erstmals eingeführt.

Sechstens. Außerdem wird der deutsche Schiffbau zur Zeit bereits durch **Reederhilfe und Werfthilfe** — im Haushalt 1987 sind hierfür 530 Millionen DM eingestellt — in beachtlichem Umfang gefördert. Beim Export wird den Werften über die VIII-E-Förderung der Werfthilfe zu Entwicklungshilfekonditionen eine beachtliche Unterstützung gewährt. Insgesamt muß entgegen der Behauptung der SPD festgestellt werden, daß die Bundesregierung durch ein umfangreiches Maßnahmenpaket die Wettbewerbsposition der Werften verbessert hat.

Die Bundesregierung hat mit diesen Maßnahmen auch der Tatsache Rechnung getragen, daß die notwendige Umstrukturierung und Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen die finanziellen Möglichkeiten der Länder allein überschreiten würde.

Es bleibt festzustellen — das gilt ganz allgemein —, daß die Umstrukturierungsmaßnahmen im wesentlichen vom Bund finanziert werden.

Die **Lage der Schiffbauindustrie** und insbesondere der kleinen und mittleren Werften hat sich in den vergangenen Monaten weiterhin verschlechtert. Der Auftragsbestand ist weiter rückläufig. Es besteht dringender Handlungsbedarf. Gerade gestern hat mich eine der betroffenen mittelständischen Werften angeschrieben und darauf hingewiesen, daß sie zur Zeit in Vertragsverhandlungen stehe und zum wiederholten Male — zum drittenmal innerhalb von sechs Monaten — von einer niederländischen Werft unterboten werde. Ein Vertragsabschluß ist nur dann zu erwarten, wenn sofort geholfen wird. Dies ist kein Einzelfall.

Deshalb habe ich auch den Bundeswirtschaftsminister auf die Gefahr hingewiesen, daß auf Grund der Ankündigung, die Werfthilfe zum 1. Januar 1988 wirksam werden zu lassen, möglicherweise laufende Vertragsverhandlungen aufgeschoben und Vertragsabschlüsse zurückgestellt werden könnten. Vor diesem Hintergrund erwartet die FDP-Bundestagsfraktion, daß die Bundesregierung Möglichkeiten findet, wie aus dem vorhandenen Etat Aufträge, die schon

1987 hereingeholt werden, entsprechend gefördert werden können. (C)

(Waltemathe [SPD]: Stimmen Sie unserem Antrag zu!)

Meine Damen und Herren, unsere Werften sind leistungsfähig. Unsere Schiffbauer können etwas. Die Bundesregierung will ihnen helfen, und der Deutsche Bundestag sollte sie dabei unterstützen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU — Kleinert [Marburg] [GRÜNE]: Eine große Rede!)

Vizepräsident Westphal: Das Wort hat der Abgeordnete Koschnick.

Koschnick (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wie schnell die Zeit vergeht, wie schnell aber auch die **Prognosen und Hoffnungen der Bundesregierung** vergehen. Denn was ist geblieben von den vollmundigen Aussagen der Herren Bundesminister Bangemann und Stoltenberg während der Aussprache in der letzten Aktuellen Stunde zur Schiffbaupolitik am 22. Oktober letzten Jahres? Was versprach man sich nicht alles von der Bündelung der Werftförderungsmaßnahmen und der zusätzlichen von Bund und Ländern zur Verfügung zu stellenden Mittel für die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, und was ist das Ergebnis?

Mit den heute vom Verband der Deutschen Schiffbauindustrie festgestellten katastrophalen Auftrags-einbrüchen bei den deutschen Werften ist das Sterben vieler kleiner und mittlerer Werften verbunden, die an ihren in der Regel einwohnermäßig kleinen Standorten häufig genug die wichtigste Industriekomponente des Ortes waren und bei deren Schließung die Arbeitslosenquote auf über 20 % heraufschnellen wird. (D)

Herr **Bangemann** hatte noch im Oktober 1986 betont — ich zitiere mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten —:

Wir wissen, daß die Schiffbauindustrie eine wichtige Schlüsselindustrie für die Küste ist. Deswegen ist eine gewisse Zahl von leistungsfähigen Werften erforderlich, die es übrigens noch gibt; denn man sollte angesichts der allgemeinen Situation nicht die Augen davor verschließen, daß es eine Reihe von mittleren und kleineren Werften gibt, die auf Grund einer vernünftigen Geschäftspolitik leistungsfähige Arbeitsplätze bieten und deswegen keine Konkurrenz zu fürchten haben . . .

Derselbe gewichtige Vertreter der Bundesregierung wird doch wohl heute zu der Einsicht gekommen sein, daß es gerade diese kleinen und mittleren Betriebe sind, die jetzt den Bach hinuntergehen.

(Zurufe von der SPD: So ist es!)

Wenn ein so renommierter Betrieb wie der des auch wegen seiner Qualität und Tüchtigkeit im Schiffbau-Verband einflußreichen Unternehmers Kurt Jansen aus Lehr nicht mehr unter vernünftigen Bedingungen

Koschnick

- (A) weiterarbeiten kann, dann macht das deutlich, wohin die Reise geht, wenn der Bund nicht eingreift.

Sie wissen, wir fordern nicht einfach mehr Subventionen oder das Schließen der Augen vor internationalen Entwicklungen. Wir sehen sehr wohl, was die **fernöstliche Konkurrenz** an Möglichkeiten hat, gegen die man nicht einfach mit Erhaltungs- und Verdrängungssubventionen arbeiten kann. Wir müssen umstrukturieren. Wohl aber sehen wir die **Verzerrungen am europäischen Schiffbaumarkt**; wir sehen, wie unsere Werften ihre verzweifelten Versuche um Aufträge — belegt durch schärfste Kostenkalkulationen, modernste Technik und Qualität der Arbeit — am Ende nicht erfolgreich abschließen können, weil sie gegen ein Preisangebot staatlich hochsubventionierter europäischer Konkurrenz antreten müssen und natürlich — insbesondere als kleine und mittlere Betriebe — nicht gegen die staatliche Schiffbauförderungspolitik anderer Länder gewinnen können.

Meine Herren der Bundesregierung, Sie sprechen vom freien Markt, vom internationalen Wettbewerb, von der Durchsetzungsfähigkeit kreativer Unternehmer und wollen nicht wahrhaben, daß freier Markt und Wettbewerb nur da ein wirkliches Regulativ ist, wo zumindest die **staatlichen Rahmenbedingungen** einheitlich gestaltet sind.

- (B) Aber das ist es ja, was uns an der Küste — und zwar ohne Unterschied der politischen Einstellung oder des gesellschaftlichen Status, ohne Differenzierungen bei den Länderregierungen, Parteien, Unternehmern wie Arbeitnehmern — so bedrängt. In der Europäischen Gemeinschaft wird immer noch unterschiedlich gefördert, sowohl der Höhe als auch der Sache nach.

Zwar hat die Bundesregierung dazu beigetragen, daß in der **EG Höchstsätze** vereinbart wurden, doch Herr Bangemann denkt gar nicht daran, diese Höchstsätze für unsere eigene **Schiffbauförderung** zu übernehmen. Er läßt die Exportaufträge für den Handelsschiffbau fast völlig ungestützt, und auch die Aufträge für die eigenen Reeder erfahren nicht die Hilfen, wie sie die anderen europäischen Länder ihren Unternehmen gewähren.

Wenn ich jetzt von meinem Kollegen Manfred Richter höre: Jetzt haben wir doch alles, jetzt tun wir doch alles!, dann kann ich nur sagen: Ja, verdammt noch mal, warum stellen Sie Anträge? Handeln Sie oder stimmen Sie unserem Antrag zu! — Das ist die Antwort.

(Beifall bei der SPD)

Das Ergebnis ist jedenfalls eindeutig: Der **Auftragsbestand** ist weiter zurückgegangen mit katastrophalen Aussichten für viele Unternehmen. Das Sterben unserer Werften geht weiter, ja es beschleunigt sich rapide. Manche Regionen an der Küste, gerade in CDU-geführten Ländern, veröden industriell. Die **Arbeitslosenzahlen** schnellen beängstigend nach oben, und die Kommunen bluten allmählich aus wegen der sich daraus ergebenden sozialen Belastungen und geringeren Steuereinnahmen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Bremen!)

— Ihnen muß man es dreimal und viermal sagen, bis Sie begreifen, wie es in den Ländern Schleswig-Holstein und Niedersachsen aussieht. (C)

(Zustimmung bei der SPD — Austermann [CDU/CSU]: Das ist ja hanebüchen!)

Es war kein Sozialdemokrat, sondern der langjährige Minister der CDU-Regierung Schleswig-Holsteins, **Gerd Lausen**, der erst vor kurzem wieder erklärte: „Wenn die schrillende Alarmglocke nicht zum Sterbeglöckchen der Schiffbauindustrie werden soll, sind rasche Staatshilfen unumgänglich.“ Ich rede nicht wie ein Blinder von der Farbe. Ich habe die Werftkrisen an der Weser erlebt. Ich habe festgestellt, wie sich die Bundesregierung, wie sich Herr Lambsdorff zurückgezogen haben,

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

als Konzepte gefordert worden sind und sie, als wir sie geliefert hatten, nicht akzeptiert worden sind.

Sie haben damals gehofft, daß ich über die Klippe gehe. Sie haben gehofft, daß die SPD in Bremen zugrunde geht. Wir haben gekämpft — nicht um Subventionen, sondern um eine vernünftige **Schiffbaukonzeption**, die wir vom Bundeswirtschaftsministerium nicht bekommen haben.

(Beifall bei der SPD)

Im übrigen: Wenn die Christdemokraten jetzt Zwischenrufe machen, wundert mich das sehr. Sie haben doch etwas mehr getan als die Freien Demokraten. Sie müßten eigentlich zufrieden sein mit dem, was ich sage. Aber Sie hören ja auch nicht hin. Sie kriegen nur große Wellen mit, sehen die Arbeitslosen und möchten es nicht wahrhaben. Schrecklich genug für die Kollegen in Niedersachsen und Schleswig-Holstein. (D)

(Beifall bei der SPD — Uldall [CDU/CSU]: Warum sind denn die Werftarbeiter zu Ihnen ins Rathaus gekommen?)

— Weil sie Hoffnung hatten, nachdem Sie versagt hatten. Und wir haben mit ihnen offen gesprochen.

(Uldall [CDU/CSU]: Die wollten Sie beim besten Willen nicht loben!)

Am Ende haben uns die Werftarbeiter mit 64 % gewählt, weil sie akzeptiert hatten, daß wir die Wahrheit gesagt und sie nicht belogen haben, wie es bei Ihnen der Fall war.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben den Leuten nicht am Tage der Wahl die Wahrheit über HDW gesagt, wir haben uns vorher gestellt.

(Zuruf von der CDU/CSU: Sprüche geklopft!)

Ich knüpfe jedenfalls an die Forderung meiner Kollegin Simonis vom 6. November 1986 im Haushaltsausschuß an, doch die über verschiedene Haushaltstitel verteilten **Schiffbauförderungsmittel** an einer Stelle zusammenzuführen und dann auch einheitlich und umfassender zu fördern. Ich greife auf, was meine Kollegen Gansel und Waltemathe am 25. Oktober 1986 hier gesagt haben. Obwohl Sie sagten, das sei nicht erforderlich, wir würden das schon schaffen, ist heute festzustellen: Nichts ist geschaffen worden. In

Koschnick

- (A) Schleswig-Holstein, in Niedersachsen, in Bremen wird es immer schlimmer; weniger in Hamburg — da ist schon bald nichts mehr.

Inzwischen haben wir — vor allem die Arbeitnehmer auf unseren Werften — erleben müssen, daß die Kollegen Gansel und Waltemathe recht hatten mit ihren Befürchtungen. Die Bundesmaßnahmen, so wie sie im Herbst 1986 konzipiert wurden, sind nicht geeignet, das Werftsterben zu beenden.

Die allgemeine Klage des Herrn Bangemann, die Subventionierung müsse ein Ende haben, ist nichts als Schall und Rauch, wenn nicht zumindest unsere Partner in der EG eine solche Politik mitvertreten. Soweinig Stahl und Kohle alleine gegen staatliche Subventionen und Förderungen anderer Länder auf Dauer bestehen können, sowenig — zumal bei der viel geringeren Kapitalausstattung — kann das unsere Schiffbauindustrie. Gesundbeten ist nicht die Antwort, sondern **sofortige Hilfe des Staates** ist geboten. Ich sage: sofortige Hilfe, nicht erst 1988. Unsere Werften kriegen keine Aufträge, wenn nicht sofort gehandelt wird.

(Beifall bei der SPD)

Nun kenne ich selbst die **Finanzmisere** unseres Staates. Ich glaube auch nicht an die unerschöpfliche Geldvermehrung unseres obersten Kassenverwalters. Ich bin deshalb mit meinen Freunden der Auffassung, daß wir nicht zunächst nach Verstärkung der Haushaltsmittel rufen, sondern die Bundesregierung auffordern sollten, jetzt und sofort sämtliche Schiffbauförderungsmittel zusammenzuführen und aus den vorhandenen, aber nur im geringen Umfange abgerufenen Mitteln die gemeinsam von allen Küstenländern geforderten 20 % für Inlands- und Auslandsaufträge im Handelsschiffneubau und -umbau zu gewähren. Nicht bis 20 %; 20 % haben wir gesagt.

(B)

(Zustimmung bei der SPD)

Weil damit keine zusätzlichen Bundesmittel in Anspruch genommen werden, sondern die bereits bewilligten nur sofort ausgeschöpft werden können, bitte ich insonderheit die Kolleginnen und Kollegen der CDU und FDP aus den Ländern Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen und Bremen, unseren Antrag zu unterstützen.

Ich gehöre nicht zu denen, die einen Spalt in die Fraktionen treiben wollen. Ich weiß aus eigener Regierungserfahrung, wie wichtig eine geschlossene Unterstützung durch die die Regierung tragenden Abgeordneten ist. Dennoch habe ich auch erlebt, daß eine **Korrektur des Regierungshandelns durch das Parlament** — das setzt Einsicht bei der Mehrheit voraus — von großer Bedeutung auch für die Regierung sein kann. Hier könnten wir beweisen, daß nicht zu Hause Sprüche gemacht werden und hier mit Nein gestimmt wird. Hier könnten wir die Einheit Norddeutschlands feststellen. Einmal würden wir dann so handeln, wie es die bayerischen Kollegen querbeet durch die Fraktionen tun, wenn es um um bayerische Anliegen geht: Wir würden einmal geschlossen Norddeutschland darstellen.

(Beifall bei der SPD)

Uns Sozialdemokraten geht es bei unserem Antrag nicht um eine publizitätswirksame Aktion, sondern um eine konkrete Unterstützung für eine krisengeschüttelte Region, um die Sorgen von Menschen, die mit ihrer Arbeitsleistung Entscheidendes für den Wiederaufbau und die Wiederbelebung unserer Wirtschaft nach 1948 getan haben und die zu Recht darauf hoffen, daß wir sie nicht mit dem Wortgeklingel unveränderlicher Marktgesetzlichkeit im Stich lassen, sondern daß der Bundestag beweist, daß er bereit ist, auch die Bundesregierung zur sofortigen Hilfe anzutreiben.

(C)

Deswegen beantrage ich, im Antrag der sozialdemokratischen Fraktion unter a nach den Worten „im Bereich der Schiffbauhilfen“ das Wort „sofort“ einzusetzen.

Zweitens bitte ich im Namen meiner Fraktion um namentliche Abstimmung. Ich möchte gern sehen, wo die norddeutschen Abgeordneten bleiben.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Vizepräsident Westphal: Herr Kollege Koschnick, für das Zitieren brauchen Sie nicht mehr die Zustimmung des Präsidenten. Aber „Donnerwetter“ überlegen Sie sich das nächste mal bitte.

(Heiterkeit bei der SPD — Waltemathe [SPD]: Aber das spricht er in einer Silbe! — Dr. Bötsch [CDU/CSU]: „Verdammt nochmal“ hat er gesagt!)

Jetzt hat der Bundesminister für Wirtschaft das Wort.

(D)

Dr. Bangemann, Bundesminister für Wirtschaft: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf zunächst einmal daran erinnern, daß wir, als wir vor Monaten hier zum erstenmal über die Veränderung der Lage im Schiffbau diskutiert haben, vor dem Hintergrund eines Vorschlags diskutieren konnten, der Ihnen gemeinsam von der deutschen Schiffbauindustrie, von den Küstenländern und dem Bund unterbreitet worden ist. Damals — das war die gemeinsame Position, die auch vom Verband der Deutschen Schiffbauindustrie nicht bestritten worden ist — sind wir alle davon ausgegangen, daß im deutschen **Schiffbau eine Überkapazität** besteht, unabhängig von der Frage, auf welchem Subventionsniveau Schiffbau unterstützt wird, und daß das einen **Abbau von 10 000 Arbeitsplätzen** notwendig macht. Das war die unbezweifelte Voraussetzung, von der auch die Küstenländer, der Gutachter und die deutsche Schiffbauindustrie ausgegangen sind. Jetzt soll man nicht so tun, als ob nur die Bundesregierung diesen Abbau noch für notwendig hält. Er ist notwendig; denn die Situation der deutschen Schiffbauindustrie hat sich — das ist richtig — nicht verändert. Sie hat sich dramatisch verschlechtert. Deswegen ist diese gemeinsame Voraussetzung heute nach wie vor noch richtig.

Das zweite ist, man muß sich darüber verständigen können, was die Gründe dafür sind. Hier darf man nicht nur auf die Subventionierung in anderen Ländern verweisen. Gott sei Dank hat sich Herr Koschnick einmal aufgerafft, anzuerkennen, daß es der Bundes-

Bundesminister Dr. Bangemann

(A) regierung gelungen ist — und zwar zum erstenmal und entgegen der Skepsis, die weit verbreitet war —, eine **obere Grenze der Subventionen** in der Europäischen Gemeinschaft mit 28 % des Auftragswertes einzuführen.

(Jungmann [SPD]: Aber Sie machen es doch nicht!)

Ich habe in dieser Debatte gesagt — auch der französische Kollege hat es übrigens gesagt —, daß wir diese obere Grenze als eine Aufforderung zur Abwärtsbewegung derjenigen verstehen, die darüber liegen, und nicht als Aufforderung zum Aufzonen des allgemeinen Subventionsniveaus. Das würde uns überhaupt nichts nützen. Denn was solche Subventionen für Arbeitsplätze bedeuten, kann man sehr gut an den Ländern sehen, die höher subventionieren.

Wir hatten in der Bundesrepublik 1976 47 000 Arbeitsplätze im Handelsschiffneubau. Wir hatten 1985 22 000. Das ist ein Abbau von 53 %.

(Zuruf von der SPD: Fürchterlich!)

— Natürlich ist das fürchterlich. Aber das ist doch nicht eine Frage, die allein die Bundesregierung zu beantworten hat. Sie wissen ganz genau, daß wir in der Weltschiffstonnage einen Überhang haben, der zum Frachtverfall geführt hat — deswegen gibt es keine Neubauten —, daß wir natürlich auch in anderen Ländern Subventionen haben, daß wir beispielsweise im Lohnniveau Unterschiede haben, auf die ich noch kommen will.

(B) (Frau Simonis [SPD]: Wenn Sie das wissen: Warum tun Sie nichts?)

Aber nun hören Sie sich wenigstens einmal die Zahlen an. Bei uns gibt es einen **Abbau von 53 %**, in Frankreich einen solchen von 32 500 **Arbeitsplätzen** auf 17 000 — das sind 46 % —, in Italien, das zugegebenermaßen das höchste Subventionsniveau in der gesamten Europäischen Gemeinschaft hat, von 22 000 auf 10 000 rund gerechnet — das sind 53 % —, in den Niederlanden von 20 000 auf 6 400 — 69 % — und in Großbritannien, wo die Schiffbauindustrie weitgehend verstaatlicht ist, von 47 000 auf 13 000, das sind 71 %. Das ist der Beweis dafür, daß man mit Subventionen keine Arbeitsplätze erhält, sondern daß jede subventionierte Industrie wettbewerbsunfähig wird und Arbeitsplätze verliert. Deswegen ist es keine Dogmatik und keine bloße marktwirtschaftliche Philosophie, die wir vertreten, wenn wir gegen Subventionierungen sind, sondern es ist die bittere Erkenntnis, daß man wettbewerbsfähig sein muß, wenn man Arbeitsplätze erhalten will.

Lassen Sie mich sagen — es hat noch niemand jetzt hier gesagt —,

(Zuruf der Abg. Frau Traupe [SPD])

was dabei auch mit berücksichtigt werden muß, was aber nicht Sache der Bundesregierung ist, sondern der Tarifparteien.

(Dr. Apel [SPD]: Jetzt kommt dieses Märchen wieder!)

— Das ist kein Märchen, Herr Apel. Natürlich mögen Sie das nicht, denn Sie beschreiben und malen sich

eine Welt aus, in der man hohe Löhne zahlen kann und gleichzeitig dann mit Ländern wie Korea konkurrieren muß. Das kann nicht funktionieren. (C)

(Jungmann [SPD]: Sie wollen doch wohl nicht auf koreanische Sozialverhältnisse abzielen!)

— Nein, das wollen wir nicht.

(Abg. Dr. Apel [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

— Lassen Sie mich das zu Ende bringen, Herr Apel, weil ich sowieso wenig Zeit habe.

(Dr. Apel [SPD]: Gibt es eine Zwischenfrage oder nicht?)

— Herr Präsident, ich möchte keine Zwischenfragen zulassen.

(Dr. Apel [SPD]: Aha! Tapferkeit ist auch nicht Ihre Stärke!)

— Das hat nichts mit Tapferkeit zu tun. Ihren Mut bringe ich noch allemal auf, Herr Apel; da können Sie sicher sein.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU — Zuruf von der SPD: Das kann er aber gut verstecken!)

Wir haben ein **Strukturprogramm für die Küste** schon im Herbst des vergangenen Jahres mit Leistungen des Bundes von 300 Millionen DM und zusätzlich 120 Millionen DM der Länder, also insgesamt 420 Millionen DM zur **Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen** erarbeitet. Das ist nicht eine Subvention zur Erhaltung einer Struktur, die nicht mehr lebensfähig ist. (D)

(Jungmann [SPD]: Sie haben doch nichts zur Entwicklung neuer Strukturen getan!)

Denn das bleibt ja nun wahr, meine Damen und Herren: Welche Bundesregierung kann denn durch **Subventionen Tarifabschlüsse** ausgleichen, die überhaupt keine Rücksicht darauf nehmen, wie es dem einzelnen Betrieb geht?

(Kleinert [Marburg] [GRÜNE]: Die Gewerkschaften sind schuld!)

Natürlich kann man 4 % Lohnerhöhung bei den großen Betrieben der Automobilbranche wegstecken. Aber 4 % Lohnerhöhung ist eben für eine mittelständische Werft in Niedersachsen oder in Schleswig-Holstein das Aus.

(Jungmann [SPD]: Wo denn 4 %?)

Das wollen Sie auch nicht hören.

(Zuruf von der SPD: Wo denn?)

Bei dem Lohnanteil, den heute der Schiffbau immer noch hat, ist das eine erhebliche Belastung.

(Dr. Apel [SPD]: Haben Sie mal was von Arbeitsproduktivität gehört? — Frau Unruh [GRÜNE]: Wovon sollen denn die Leute leben? Die sind doch nicht verbeamtet! Es geht doch um Menschen! — Dr. Bötsch [CDU/CSU]: Und nicht um Panther! — Gattermann [FDP]: Hören Sie auf zu schreien!)

Wir wollen deswegen keine neuen und keine höheren Subventionen, sondern zusätzlich zu dem, was wir

Bundesminister Dr. Bangemann

- (A) bereits in diesem Strukturprogramm beschlossen haben, werden wir, wie wir das auch schon in den vergangenen Monaten gemacht haben, die vorhandenen Hilfen flexibel einsetzen. Wir haben Umbauten in die Möglichkeit der Bezuschussung mit aufgenommen. Wir sind bei dem Charakter der zu bezuschussenden Maßnahmen sehr weit gegangen, an Grenzen, die man nicht mehr überschreiten kann. Wir werden jetzt die nicht abfließenden Mittel so flexibel einsetzen, daß in der Tat, soweit es geht, solche Hilfen wirksamer werden. Wir müssen aber dabei von Daten ausgehen, die die Bundesregierung auch durch die größte Aufstockung von Hilfen nicht beeinflussen kann und die den Strukturwandel unausweichlich machen, nämlich:

Die **Frachtraten** sind verfallen, weil das Frachtraumangebot zu groß ist. Das ist nicht eine Entwicklung, die die Bundesregierung zu verantworten hat.

(Zuruf der Abg. Frau Beck-Oberdorf
[GRÜNE])

Die **Reederhilfe** des Bundesministers für Verkehr, bisher eine Hauptstütze für den Absatz auch der deutschen Werften, wurde 1987 nur zu einem Teil von deutschen Reedern in Anspruch genommen. Warum? Es ist dieselbe Antwort wie vorhin bei den Werften: Wenn man sich bei der ÖTV brüstet, daß man in einem Jahr zweistellige Lohnsteigerungsraten durchsetzt, dann muß man sich nicht wundern, wenn deutsche Reeder bei diesem Kostendruck ausflagen müssen. Sie wollen nicht ausflagen; sie werden gezwungen auszuflagen, weil sie sonst den Kostendruck und den Wettbewerb mit anderen Reedern nicht aushalten können; das ist die traurige Wahrheit.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Wir werden, meine Damen und Herren, die Obergrenze von 28 % soweit es geht, nach unten bringen. Das heißt, wir hätten auch heute schon mit 25 % oder niedriger abgeschlossen. Aber das ist in der EG natürlich nicht so ohne weiteres durchsetzbar. Die 28 % sind jedenfalls eine Obergrenze, die uns nach meiner Ansicht einem fairen europäischen Wettbewerb aussetzt, und das wollen wir ja.

Unsere VIII-E-Hilfe war bis jetzt eine große Unterstützung. Aber andere Länder matchen diese Hilfe. Das ist ja eben das Schicksal von Subventionen: Wenn einer in irgendeinem Bereich günstiger ist als ein anderer, dauert das eine Zeitlang, und dann wird man in der gleichen Weise ausgestochen. Das kann man nur verbessern, indem man das **Subventionsniveau** herunterbringt; aber das erreicht man nicht, indem man es wieder aufstockt, wie es die Folge des SPD-Antrages wäre.

(Widerspruch bei der SPD – Waltemathe
[SPD]: Der kann noch nicht mal lesen!)

– Deswegen wollen wir im Rahmen eines subventions- und haushaltspolitisch vertretbaren Finanzvolumens die Hilfen so modifizieren, daß sie den Problemen wirksamer begegnen, ohne daß der Strukturwandel dadurch aufgehalten wird.

(Jansen [SPD]): Sie kommen nicht zur EG, Sie bleiben hier!)

Lassen Sie mich sagen, wie wir das machen werden. Wir wollen das, was wir bei den Reederhilfen einsparen und was wir gern ausgegeben hätten, wenn die Möglichkeit dazu bestanden hätte, nicht einsetzen, um eine alte Auftragshilfe wiederzubeleben, die wirkungslos ist und ein neues Instrument von Subvention wäre. Wir wollen im Falle von Subventionen anderer Länder, die unsere eigene Obergrenze übersteigen, diesen Wettbewerbsnachteil ausgleichen, also das tun, was man im Jargon **Matching** nennt. Wenn also ein Auftrag verlorengelht, nur weil ein anderes Land ein höheres Subventionsniveau hat, werden wir dieses höhere Subventionsniveau mit diesen Mitteln ausgleichen. Mit **Matching**, d. h. mit Wettbewerbshilfen ist gleichzeitig ausgeschlossen, daß Hilfen gezahlt werden, wenn die Wettbewerber gar nicht subventioniert anbieten. Zunehmend ist es der Fall, daß Wettbewerber außerhalb Europas ohne Subventionen im Wettbewerb durchaus bestehen können. Wir wollen, daß diese Neuregelung, die natürlich unter der Voraussetzung steht, daß sich die Bundesländer entsprechend beteiligen und daß die EG-Kommission sie genehmigt, auch, soweit es geht, sofort wirkungsvoll wird. Das heißt, man kann sie in den Haushaltsbeschlüssen für das Jahr 1988 umsetzen, man kann sie aber auch, soweit das möglich ist, schon heute für die Positionen verwenden, die in Auftrag genommen werden könne, so daß kein Attentismus zu entstehen braucht.

Weil das alles die vorhandenen Mittel ausschöpfen kann – unter der Voraussetzung, daß dieser Strukturprozeß von allen weiter unterstützt wird –, halten wir diese Maßnahmen für eine ausreichende Hilfe. Allerdings muß eines sicher sein: Wer glaubt, mit welcher Hilfe auch immer, diesen Wandlungsprozeß aufhalten oder ihn nur verlangsamen zu können, der tut den Arbeitnehmern bei den Werften und auch den Küstenländern keinen Gefallen. Wenn der **Nord-Süd-Vergleich** immer wieder herangezogen wird, hat das damit zu tun, daß natürlich die süddeutschen Länder aus einer alten Industriezeit weniger Strukturprobleme haben.

(Zuruf des Abg. Jansen [SPD])

Es hat aber auch damit zu tun, daß sie sich stärker dem Strukturwandel stellen und öffnen, als das manche rückständigen Parteien und Politiker in den Küstenländern wollen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU –
Zurufe von den GRÜNEN)

Deswegen kann die Lösung nicht darin liegen, daß wir die politischen Fehler der Gewerkschaften oder der Parteien, die den Strukturwandel nicht wollen, durch Subventionen ausgleichen

(Beifall bei der FDP)

– das wäre der falsche Weg –, sondern wir wollen den gleichen Dynamismus, die gleiche wirtschaftliche Leistungskraft erreichen, die in den süddeutschen Ländern entsteht, weil sich die Menschen dort dem modernen Wirtschaftsprozeß stellen. Wir wollen, daß das auch die **Wachstumsregel für norddeutsche Länder** wird. Dazu wird die Bundesregierung beitragen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

(A) **Vizepräsident Westphal:** Meine Damen und Herren, Sie wissen, wie schwierig es ist, kurz vor einer namentlichen Abstimmung hier noch an das Rednerpult zu kommen. Ich bitte um Aufmerksamkeit für den letzten Redner dieser Debatte, Herrn Kollegen Hinrichs.

Hinrichs (CDU/CSU): Verehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sind heute zusammengekommen, um die dramatische Lage der Schiffbauindustrie zu diskutieren. Ich glaube, es sollten keine Argumente hineinkommen, die mehr mit dem Wahlkampf zu tun haben. Es ist die Gelegenheit für uns Politiker von der Küste klarzumachen, wie groß die **maritime Verantwortung und die Aufgaben der Bundesrepublik** sind. Wir sind das zweitgrößte Welthandelsland. Wir verfügen über wenig Rohstoffe, wir müssen importieren, verarbeiten und wieder exportieren, und ein großer Teil davon geht über See. Daraus folgen unsere maritime Abhängigkeit, aber auch verteidigungspolitische und strategische Notwendigkeiten, auf die Staatssekretär Würzbach vor kurzem wieder hingewiesen hat. Wir brauchen daher eine eigene Schifffahrt, wir brauchen einen eigenen Schiffbau.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Aber Grenzen zieht der internationale Markt, und dort liegt das Problem. Jedes Land, das Schiffbau betreibt, muß ein ausgewogenes Verhältnis zwischen einer wettbewerbsfähigen Schiffbauindustrie und den Hilfen herstellen, die notwendig sind, um die nationalen Aufgaben zu erfüllen. Der Markt zwang uns, in den letzten zehn Jahren die Kapazität der **Schiffbauindustrie** auf unter die Hälfte herabzusetzen. Die schlechte **Auftragslage** des letzten Jahres hat dazu geführt – darüber besteht Einigkeit an der Küste –, daß noch einmal die Kapazität zurückgenommen werden muß.

(B)

Es ist aber nicht richtig, Herr Kollege Koschnick, daß Sie sagen: Der Bund tut nicht genug dafür. Der Bund leistet mehr direkte Hilfe als früher, und er leistet auch indirekte Hilfe, indem er den Umstrukturierungsprozeß an der Küste fördert.

Sie haben auf 1983 verwiesen. Damals hat der Bund Bremen in die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ aufgenommen. Seit dieser Zeit besteht diese Förderung. Das sollten Sie nicht unterschlagen, wenn wir über die Probleme von damals diskutieren. Damals wollten gerade mittlere Werften auch nicht, daß eine Großwerft allein gefördert wird.

Heute geht es darum, daß wir dem verbliebenen Schiffbau, der sich auf hochwertige Spezialschiffe, auf hochwertige Umbaufträge und auf den Marine-schiffbau konzentriert hat, die notwendigen Hilfen geben. Es geht darum, dieses Know-how und diese Arbeitsplätze zu erhalten. Die vorgesehenen Mittel fließen nicht ab. Das Instrumentarium muß daher flexibler und effektiver werden. Die 6. EG-Richtlinie läßt uns den Spielraum dafür.

Heute ist die Situation so, daß die Werften interessante Anfragen über Aufträge in Höhe von mehreren hundert Millionen D-Mark vorliegen haben. Das konnte ich gerade in diesen Tagen feststellen. Die

Werften wollen bei der Beantwortung dieser Anfragen wissen: Kann ich dieselben Subventionen wie im übrigen Europa einrechnen? Die Werften fragen: Bekommen wir ebenfalls diese Hilfe bis zu 20%? Kommt die Hilfe sofort? (C)

Viele Betriebsräte haben mir in den letzten Wochen geschrieben. Auch sie haben darum gebeten: Stockt doch die Hilfe auf, wie es in Europa üblich ist! Dehnt sie auf den Export aus und helft möglichst schnell!

Ich glaube, es ist richtig, wie in dieser Situation die zuständigen Minister entschieden haben, so daß wir dies heute in unserem Antrag bereits begrüßen können. Davon sollte auch die Opposition ausgehen. Wir können das heute festschreiben.

(Unruhe)

Vizepräsident Westphal: Einen Augenblick, Herr Kollege. Ich möchte Ihnen gern ein bißchen mehr Ruhe verschaffen. Darf ich darauf hinweisen, daß dies ein Redner ist, der das Recht hat, auch gehört zu werden.

(Beifall)

Ich wäre dankbar, wenn die Kollegen Platz nehmen oder, wenn sie nichts zu tun haben, das nicht hier tun.

Bitte schön, fahren Sie fort.

Hinrichs (CDU/CSU): Wir konnten heute diesen Beschluß der Minister begrüßen, und wir können ihn festschreiben. Die Hilfe soll bis zu 20% gewährt werden. Sie wird so gestaltet – und das ist doch entscheidend –, daß die Werften umgehend ihre Aufträge für 1987 hereinholen können. Damit weiß auch die sehr bedeutende Zulieferindustrie, woran sie ist. (D)

Ich kann den Werften und den Betriebsräten heute mitteilen, daß wir ihre Wünsche erfüllen und daß wir sehr prompt gehandelt haben.

(Zurufe von der SPD)

Das Ergebnis bedeutet, daß trotz des Subventionsabbaus und trotz geringerer Steuereinnahmen als geschätzt diese **Hilfen für unseren Schiffbau** erhalten bleiben. Darin sehe ich einen Erfolg für die Küste.

Darum meine ich, daß der SPD-Antrag, der von einem früheren Vorschlag der Küstenländer abgeschrieben wurde, durch unseren Antrag überholt wurde. Unser Antrag ist konkreter. Bei dem SPD-Vorschlag ist nicht einmal die Finanzierung klar, denn Sie sagen, daß nur der größte Teil der erforderlichen Mittel aus der Umschichtung gedeckt werden kann.

Wir erwarten jetzt von der Administration – das richtet sich an Herrn Dr. Bangemann –, daß das umgesetzt wird, was wir heute auch mit Ihrer Partei beschlossen haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP –
Seiters [CDU/CSU]: Und zwar schnell!)

Darum bitte ich Sie, unserem Antrag zuzustimmen, weil er auf die aktuelle Situation eingeht und dadurch der Küste sofort helfen kann.

Hinrichs

(A) Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP —
Zurufe von der SPD)

Vizepräsident Westphal: Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende der Aussprache. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zu den Abstimmungen. Dazu darf ich zunächst sagen, daß wir Anträge auf namentliche Abstimmung über die Anträge der SPD, der GRÜNEN sowie der CDU/CSU und der FDP vorliegen haben.

Ich werde so verfahren, daß wir nacheinander alle drei namentlichen Abstimmungen abwickeln, und zwar in der Reihenfolge des zeitlichen Eingangs. Das heißt, wir stimmen zuerst über den Antrag der SPD-Fraktion ab. Wenn die Abstimmung geschlossen ist, werden die Urnen ausgewechselt, und wir kommen sofort zur Abstimmung über den Antrag der GRÜNEN. Im Anschluß daran werden die Urnen erneut ausgewechselt, und wir stimmen über den Antrag der Fraktion der CDU/CSU und der FDP ab. Ich wäre also dankbar, wenn Sie für alle drei Abstimmungen im Saal blieben.

Ich eröffne die Abstimmung — Sie kennen das Verfahren — über den Antrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 11/228.

Darf ich bitten, daß die Kollegen, die abgestimmt haben, den Raum vor den Urnen freimachen. Denn es gibt immer noch Kollegen, die herandrängen.

(B)

Darf ich fragen, ob alle Abgeordneten, die von ihrem Stimmrecht Gebrauch machen wollen, ihre Stimme abgegeben haben?

Ich kann jetzt die erste Abstimmung schließen.*)

Ich bitte, die Urnen auszuwechseln. — Sind die Urnen ausgewechselt?

Ich kann die zweite Abstimmung eröffnen. Es handelt sich um die namentliche Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN auf Drucksache 11/296.

Ich eröffne die Abstimmung.

Ich mache noch einmal darauf aufmerksam, daß nach dieser Abstimmung eine dritte namentliche Abstimmung stattfindet.

Meine Damen und Herren, ist noch ein Abgeordneter im Saal, der von seinem Stimmrecht Gebrauch machen möchte?

Ich denke, ich kann jetzt abschließen. Die zweite namentliche Abstimmung über den Antrag der GRÜNEN ist nun geschlossen.***) Ich bitte, die Urnen auszuwechseln und mir ein Zeichen zu geben, wenn dies erfolgt ist.

Wir kommen nun zu der dritten der namentlichen Abstimmungen. Es geht um den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und der FDP auf Drucksache 11/298. Ich eröffne die Abstimmung.

*) Ergebnis Seite 704 B

**) Ergebnis Seite 705 D

Gibt es noch Kollegen, die an der Abstimmung teilnehmen wollen und das bisher nicht getan haben? — Sie sollten das jetzt sofort tun. (C)

Meine Damen und Herren, ich schließe die Abstimmung und teile Ihnen mit, daß nun die Auszählung erfolgen wird und die Ergebnisse zu einem späteren Zeitpunkt im Laufe der Abwicklung der Tagesordnung bekanntgegeben werden.*)

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 3 auf:

a) Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Einkommensteuergesetzes (**Steuersenkungs-Erweiterungsgesetz 1988 — StSenkErwG 1988**)

— Drucksache 11/285 —

Überweisungsvorschlag:

Finanzausschuß (federführend)

Ausschuß für Wirtschaft

Ausschuß für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit

Haushaltsausschuß mitberatend und gemäß § 96 GO

b) Beratung des Antrags der Fraktion der SPD

Für eine gerechte und beschäftigungswirksame Steuerpolitik

— Drucksache 11/16 —

Überweisungsvorschlag des Ältestenrates:

Finanzausschuß (federführend)

Ausschuß für Wirtschaft

Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung

Ausschuß für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit

Haushaltsausschuß

Nach einer Vereinbarung im Ältestenrat sind für die gemeinsame Beratung dieser Tagesordnungspunkte zwei Stunden vorgesehen. — Ich sehe dazu keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen. (D)

Der Bundesminister der Finanzen hat das Wort zur Begründung seines Gesetzentwurfes.

Einen Augenblick noch, Herr Minister. Damit ich keinen Fehler mache: Dies wird auf die Zeit angerechnet. Ich eröffne also die Aussprache und gebe Ihnen das Wort.

Dr. Stoltenberg, Bundesminister der Finanzen: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit dem von der Bundesregierung vorgelegten Entwurf eines Steuersenkungs-Erweiterungsgesetzes 1988 soll ein Teil der für 1990 geplanten Punkte der Steuerreform auf den 1. Januar 1988 vorgezogen und damit die bereits für 1988 beschlossene zweite Stufe des Steuersenkungsgesetzes 1986/87 um 5,2 Milliarden DM aufgestockt werden. Insgesamt wollen wir so die Lohn- und Einkommensteuerbelastung mit Wirkung vom Januar nächsten Jahres um fast **14 Milliarden DM** verringern. Die Koalitionsparteien haben sich auf diese **zusätzliche Entlastung** geeinigt. Dabei ist vor allem die weitere Stärkung der Binnennachfrage ein wichtiges Ziel.

Im Gesamtzeitraum 1985 bis 1990 soll die Einkommen- und Körperschaftsteuer um insgesamt fast 50 Milliarden DM — das sind nahezu 2,5% des Brutto sozialprodukts — gesenkt werden. Die schon im

*) Ergebnis Seite 707 A

Bundesminister Dr. Stoltenberg

(A) letzten Jahr in Kraft getretene erste Stufe des Steuerentlastungsgesetzes und die ebenfalls 1985 verbesserten Abschreibungsbedingungen für Wirtschaftsgebäude führen in den kommenden Jahren zu Steuermindereinnahmen von jährlich rund 14 Milliarden DM. Weitere rund 14 Milliarden DM Lohn- und Einkommensteuer sollen, wie schon gesagt, mit der verstärkten Steuerentlastung 1988 an die Bürger zurückgegeben werden. Im Jahre 1990 wollen wir mit der endgültigen Einführung des sanft ansteigenden Tarifs, des linear-progressiven Tarifs, in der Einkommensteuer, der Absenkung der Körperschaftsteuer für einbehaltene Gewinne, der nachhaltigen Erhöhung des Grundfreibetrages, der Erhöhung der Kinderfreibeträge und anderen Punkten noch einmal eine Nettoentlastung von rund 20 Milliarden DM in Kraft setzen. Wir sehen, wie Sie wissen, für 1990 eine Bruttoentlastung von fast 40 Milliarden DM vor. 19 Milliarden DM sollen dabei durch Umschichtungen im Steuersystem, insbesondere durch den Wegfall von Steuervergünstigungen und Sonderregelungen, ausgeglichen werden. Wir werden auch Finanzhilfen in diese Diskussion einbeziehen.

Meine Damen und Herren, diese verschiedenen, in sich abgestimmten Schritte führen zu einer Steuerreform, einem spürbaren Rückgang der Steuerquote und einer verbesserten Steuerstruktur. Das ist nach unserer Überzeugung der richtige Weg, um die Wachstumskräfte unter schwierigeren weltwirtschaftlichen Vorzeichen zu stärken, berufliche Leistung und Investitionsfähigkeit zu fördern und so auch bessere Bedingungen für mehr Beschäftigung zu schaffen.

(B) (Sehr wahr! bei der CDU/CSU)

Die Wettbewerbsbedingungen sind in der Tat vor allem durch die starken **Wechselkursveränderungen** kurzfristig schwieriger geworden. Das ist ein zentraler Punkt der aktuellen konjunktur- und wirtschaftspolitischen Diskussion. Man muß sich wirklich einmal veranschaulichen, was wir bei den Wechselkursen erlebt haben: Von Februar 1985 bis Februar 1987 hat sich die Deutsche Mark gegenüber dem amerikanischen Dollar um mehr als 85 % aufgewertet, gegenüber den 14 für uns handelspolitisch wichtigsten Währungen im Durchschnitt immerhin auch um fast 20 %.

Heute geht unter diesem Vorzeichen die wirtschaftliche Dynamik unserer Volkswirtschaft von den internen Faktoren aus. Bereits im letzten Jahr ist die **Binnennachfrage** preisbereinigt um beachtliche 3,7 % angestiegen. Auch 1987 können wir in diesem zentralen Sektor mit einem realen Zuwachs von über 3 % rechnen.

Die veränderten Wettbewerbsbedingungen aber, die veränderten Terms of Trade, hinterlassen bestimmte Spuren in unserem **Export** und verpflichten alle, zu der erforderlichen Anpassung für mehr Wettbewerbsfähigkeit auch in der Exportwirtschaft zu sorgen. Damit leistet die Bundesrepublik übrigens auch einen Beitrag zur Verstetigung der internationalen Wirtschaftsentwicklung und einem schrittweisen Abbau der starken Handelsbilanzungleichgewichte. In realer Rechnung, d. h. wenn man den Einfluß der im letzten Jahr stark gesunkenen Importpreise ausschaltet, sind die **Importe** der Bundesrepublik

Deutschland 1986 bereits um 6,2 % gestiegen. In realer Rechnung heißt hier: in Mengen. Der Handelsbilanzüberschuß ist, so gerechnet, bereinigt um rund 20 Milliarden DM zurückgegangen. Wenn in diesem Jahr diese Preiseffekte in ihrer Wirkung nachlassen, wird der Umschwung auch in den nominalen Zahlen zunehmend sichtbar werden. (C)

Wir brauchen solche klaren Zeichen, wenn wir den von den schwerwiegenden Handelsungleichgewichten ausgehenden Druck auf die Weltwirtschaft verringern, die Wechselkurse stabilisieren und auch die Gefahren weltweiter Handelskonflikte mit unübersehbaren Folgen sowohl für die Industriestaaten als auch für die hochverschuldeten Entwicklungs- und Schwellenländer abwenden wollen.

Andere Länder mit teilweise noch höheren Überschüssen, also vor allem Japan, müssen ebenfalls das interne Wachstum stärker in den Mittelpunkt ihrer politischen Entscheidungen stellen. Sie müssen die nach wie vor bestehenden erheblichen Hindernisse für den freien Warenaustausch durch Öffnung ihrer Märkte abbauen. Auf der anderen Seite müssen die Länder mit hohen Importüberschüssen, also vor allem die Vereinigten Staaten von Amerika, durch die Verringerung ihrer überhöhten Defizite in den öffentlichen Haushalten inländische Nachfrage und inländische Produktion wieder stärker zur Deckung bringen, die privaten Investitionsbedingungen verbessern und damit die internationale Wettbewerbsfähigkeit ihrer Volkswirtschaft fördern.

Nur durch eine international besser abgestimmte Politik, durch stärkere Koordination und Kooperation unter Einbeziehung auch bestimmter steuerpolitischer Entwicklungen können wir die richtigen Antworten auf diese weltwirtschaftlichen Herausforderungen finden. Dagegen könnte der Versuch, die anstehenden Probleme im nationalen Alleingang, durch Protektionismus oder durch den Einsatz der Wechselkurse als handelspolitische Mittel zu lösen, schwere Erschütterungen zur Folge haben. Deshalb ist die intensivere **Abstimmung der Finanz-, Wirtschafts- und Währungspolitik**, wie sie beim Pariser Treffen der Finanzminister und Notenbankpräsidenten der großen Industrieländer vor drei Monaten eingeleitet wurde, in der aktuellen Situation besonders wichtig. (D)

Wie Sie wissen, steht auch die Entscheidung der Bundesregierung, die **Steuerentlastung** im nächsten Jahr zu verstärken, in einem solchen Zusammenhang. Deshalb liegt uns daran, die parlamentarische Beratung dieses Gesetzentwurfes möglichst bald zum Abschluß zu bringen. Ich bitte Sie alle um Ihre Unterstützung.

Das setzt voraus, daß die Diskussion nun nicht durch solche Änderungsvorschläge ausgeweitet wird, die noch einer besonderen Prüfung bedürfen. Ich bitte Sie deshalb, die Ergänzungsvorschläge des Bundesrates zur Verlängerung der **Auflösungsfrist für Rücklagen aus der Veräußerung von landwirtschaftlichem Grund und Boden** nach § 6 b Einkommensteuergesetz und zur uneingeschränkten **einkommensteuerlichen Berücksichtigung von Kindern unter 18 Jahren** jetzt nicht aufzugreifen. Ich will nicht verkennen, daß uns

Bundesminister Dr. Stoltenberg

(A) mit diesen Vorschlägen auch Fragen gestellt sind, die wir ernst nehmen müssen. Ich möchte aber —

(Frau Unruh [GRÜNE]: Deshalb werden Sie auch nicht mehr gewählt!)

— Können Sie nicht einmal in Ruhe zuhören, Frau Kollegin? Es fällt Ihnen offenbar sehr schwer. Das fiel vorhin schon auf.

(Frau Unruh [GRÜNE]: Jawohl, es fällt mir ungeheuer schwer!)

— Ja, es fällt Ihnen schwer, das ist wohl wahr. Ich vermute, daß auch Ihre Fraktionskollegen bei Ihren internen Beratungen darunter leiden. Ich habe dafür Mitgefühl.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Frau Unruh [GRÜNE]: Ich bin nicht so weltfremd wie Sie!)

— Das ist aber schön! Ich habe gerade über die Welt geredet und komme jetzt wieder stärker auf unsere eigenen nationalen Probleme zu sprechen.

Wir verkennen also nicht, daß hier Fragen aufgeworfen sind, die wir sorgfältig erörtern müssen. Ich will daran erinnern, daß der Deutsche Bundestag die Bundesregierung in einer Entschließung aufgefordert hat, im Laufe dieser Wahlperiode zur besseren Harmonisierung der **steuerlichen Freibeträge für Kinder** und der **Kindergeldleistungen** ein Konzept vorzulegen. Wir werden das tun und werden in Verbindung damit auf den vom Bundesrat angesprochenen Punkt zurückkommen.

(B) Vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden leichten Abschwächung des Wirtschaftswachstums in diesem Jahr sind im In- und Ausland zum Teil die Stimmen wieder vernehmlicher geworden, die von uns einen noch größeren Beitrag durch **expansive Finanzpolitik** fordern. Dabei wird meist übersehen, daß es für ein Land wie die Bundesrepublik Deutschland mit einem Exportanteil von über 30 % unserer volkswirtschaftlichen Leistung praktisch unmöglich ist, gleichzeitig — was von uns erwartet wird — den Exportanstieg bzw. die -überschüsse einzuschränken, die Importe kräftig zu steigern und dann noch hohe Zuwachsraten beim realen Bruttosozialprodukt zu erzielen.

Die bis 1990 vorgesehenen Steuerentlastungen werden im Ergebnis dazu führen, daß die **Nettokreditaufnahme** der öffentlichen Hände bis zum Ende dieses Jahrzehnts vorübergehend ansteigt. Auch das ist nicht neu. Sie können diese Einschätzung im Protokoll des Deutschen Bundestages nachlesen. Ich habe sie im letzten Dezember — ich glaube, am 14. Dezember war die letzte steuerpolitische und finanzpolitische Debatte der vergangenen Wahlperiode — hier ausgesprochen.

(Zurufe von den GRÜNEN)

— Wenn Sie es nicht gewußt haben, empfehle ich es Ihnen zur Lektüre! Man kann ja manchmal feststellen, daß für manche Kollegen das, was hier im Deutschen Bundestag in einer Spezialdebatte gesagt wurde, einige Monate später eine große Überraschung darstellt. Gut ist das für die parlamentarische Diskussion nicht, meine Damen und Herren.

(C) Für eine umfassende Steuerreform und eine starke Steuerentlastung erscheint dies vertretbar — ich habe das auch damals gesagt —, allerdings unter einer unverzichtbaren Bedingung: daß der Kurs zurückhaltender Ausgabenentwicklung und strenger Ausgabenbegrenzung konsequent fortgesetzt wird.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, seit 1982 haben die **Ausgaben des Bundes** im Jahresdurchschnitt um 1,7 % zugenommen. Das ist per annum die Bilanz der letzten vier Jahre. Das entspricht nur gut einem Drittel des Anstiegs des Bruttosozialprodukts.

(Zuruf der Abg. Frau Unruh [GRÜNE])

— Ja, Frau Kollegin, ohne diese Politik hätten wir nicht das ungewöhnliche Maß an **Preisstabilität** erreicht, das — um das hinzuzufügen — auch eine große sozialpolitische Errungenschaft ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Gleichgerichtete, wenn auch zuletzt bei einigen Ländern und Gemeinden etwas nachlassende Anstrengungen der übrigen Gebietskörperschaften haben das **Finanzierungsdefizit des öffentlichen Gesamthaushalts** von 4,9 % des Bruttosozialprodukts im Jahre 1982 auf 2,2 % im Jahre 1986 sinken lassen. Wenn es jetzt — ich sage das auch unter Einbeziehung der Zahlen der heutigen Steuerschätzung, die wir in unserer Projektion der letzten Woche schon ziemlich genau vorausgeschätzt haben — bis 1990 voraussichtlich wieder auf einen Wert von bis zu 3 % unserer volkswirtschaftlichen Leistung ansteigt, ist das bei einer gleichzeitigen spürbaren Verringerung der Steuerbelastung und der Steuerquote auf dem Hintergrund des geschilderten Gesamtkonzepts vertretbar.

Im einzelnen geht es bei der Vorlage um eine weitere Anhebung des **Grundfreibetrages** um 216 DM bzw. 432 DM sowie des **Haushaltsfreibetrages** für Alleinstehende mit Kindern um 216 DM.

Es geht zum zweiten um eine verstärkte **Abflachung der Progression des Einkommensteuertarifs**. Dies ist ein weiterer Zwischenschritt hin zu dem von uns vorgesehenen linear-progressiven Tarif.

(Abg. Sellin [GRÜNE] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

(D) **Vizepräsident Westphal:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Stoltenberg, Bundesminister der Finanzen: Ich komme gleich gerne zu einer Zwischenfrage. — Diese Maßnahme kommt über 60 % der Steuerpflichtigen zugute, was wirklich zeigt, daß die auch heute in ganz anderem Zusammenhang von der SPD wieder vernehmbaren Behauptungen, es sei eine Steuerpolitik für die Reichen oder die sogenannten Besserverdienenden, vollkommen abwegig sind.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Das Schwergewicht der Entlastung im Progressionstarif liegt im Interesse der Mehrzahl der Steuerpflichtigen und auch der Mehrzahl der Arbeitnehmer. — Bitte sehr, Herr Kollege.

(A) **Vizepräsident Westphal:** Herr Abgeordneter Sellin zu einer Zwischenfrage, bitte.

Sellin (GRÜNE): Hinsichtlich der Passage zur Steuerschätzung, die Sie in der letzten Woche vorgenommen haben, würde mich interessieren: Von welchen angenommenen Wachstumsraten gehen Sie denn aus? Das heißt: Die voraussichtliche Höhe der Steuereinnahmen hängt ja wesentlich davon ab, welche Wachstumsraten Sie zugrunde gelegt haben. Von daher ziehe ich auch Ihre These in Zweifel, daß die Nettoneuverschuldung in den nächsten Jahren 30 Milliarden DM betragen wird.

Dr. Stoltenberg, Bundesminister der Finanzen: Die Steuerschätzung geht für das kommende Jahr, wenn ich das jetzt exakt erinnere, von einem nominalen Wachstum von 4,5 % aus. Das scheint mir realistisch zu sein. Ich will es jetzt mit diesem einen Satz als Antwort bewenden lassen, denn wir reden in anderem Zusammenhang über Annahmen für die Steuerschätzung. Jetzt reden wir über die Begründung des Steuersenkungsgesetzes.

(Sellin [GRÜNE]: Das war keine Antwort!)

— Natürlich ist das eine Antwort, für das nächste Jahr; das können Sie doch nicht bestreiten.

Schließlich geht es um die Anhebung des **Ausbildungsfreibetrages** und um die Verbesserung der **Sonderabschreibungen für kleine und mittlere Betriebe**.

(B) Meine Damen und Herren, durch den Ihnen vorliegenden Antrag der Fraktion der SPD „Für eine gerechte und beschäftigungswirksame Steuerpolitik“, wie es heißt, ist die Frage nach der **Verteilungswirkung der Steuerentlastung** gestellt. Ich will auch kurz auf diesen Punkt eingehen. Natürlich ist es ganz legitim, dieses Thema aufzuwerfen. Wir haben diese Diskussion nach meiner Einschätzung auch schon intensiv geführt, auch in der Aussprache über die Regierungserklärung. Wir haben dabei klargemacht, daß die prozentuale Entlastung im unteren und mittleren Einkommensbereich von 1986 bis 1990 wesentlich höher sein wird als bei den wirklichen Spitzenverdienern.

Was ich einmal vorsorglich kritisch zu einigen Anmerkungen der Opposition sagen möchte, ist: Sie können diese **Verteilungswirkung nur im Gesamtzusammenhang** beachten. Wir haben bewußt 1986 die Entlastungen für die unteren Einkommensgruppen und die Besserstellung der Familien als ersten Schritt vollzogen, weil das am dringendsten war. Wenn Sie fair argumentieren, müssen Sie natürlich die Gesamtentlastung 1986 und 1988 zusammennehmen,

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

wenn denn noch eine von rationalen Argumenten bestimmte Diskussion in diesem Hause erfolgen soll.

(Dr. Bötsch [CDU/CSU]: Das müssen auch die Verbände wissen!)

Dagegen würden nach dem vorliegenden SPD-Antrag die steuerlichen Grenzbelastungen für die Bezieher mittlerer Einkommen in unvertretbarer Weise erhöht. Auch diese Diskussion, meine Damen

und Herren, haben wir ja in Verbindung mit dem sogenannten Rau-Tarif bereits im letzten Jahr geführt. Bereits ab 1988 würden nach Ihren Vorstellungen zahlreiche Facharbeitereinkommen in einem wesentlich stärkeren Maße als nach den Steuervorschlägen der Bundesregierung der Besteuerung unterworfen. In den Fällen, in denen es nach den SPD-Vorschlägen zu einer anfänglichen Entlastung käme, würde der steilere Progressionsverlauf schon nach wenigen Jahren zu Mehrbelastungen führen.

Wir müssen endlich einmal versuchen, darüber Einvernehmen zu erzielen, daß die ökonomischen und sozialen Wirkungen einer anspruchsvollen Steuerentlastung, einer weiterführenden Steuerreform nicht nur in der Momentaufnahme bewertet werden können. Wir müssen von der Wirklichkeit der **arbeitenden Menschen** ausgehen, die, wenn sie heute 35 oder 45 sind, in der **Perspektive ihres Berufswegs** doch die berechnete Erwartung haben, daß ihre steuerpflichtigen Einkommen in zehn Jahren einmal um 30 %, 50 %, im Falle beruflichen Aufstiegs auch um 60 % höher sein werden als heute. Diese Zeitachse gehört zu einer vertieften steuerpolitischen Debatte. Es macht keinen Sinn, einem 35jährigen zu sagen: Solange du 32 000 DM verdienst, bist du geringer Verdienender und mußt entlastet werden; aber wenn du später einmal 52 000 DM verdienst, dann bist du ein höher Verdienender und mußt belastet werden. Das macht doch keinen Sinn, wenn wir eine langfristig angelegte Steuerpolitik mit Hilfe eines vernünftigen und dauerhaften Steuertarifs erreichen wollen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

(D) Ich muß unter dem Gesichtspunkt Steuergerechtigkeit auch noch einmal kurz die SPD-Vorschläge zur Abschaffung der steuerlichen **Kinderfreibeträge** aufnehmen. Von der steuerlichen Bemessungsgrundlage können heute Werbungskosten, Sonderausgaben, außergewöhnliche Belastungen und vieles andere steuerentlastend abgezogen werden. Die Kollegen der sozialdemokratischen Opposition sind für mich bis heute eine überzeugende Antwort darauf schuldig geblieben, warum sie das akzeptiert haben — in ihrer Regierungszeit zum Teil auch noch ausgebaut haben — und nun ausgerechnet die wirtschaftlichen Belastungen, die Eltern für den Unterhalt und die Erziehung ihrer Kinder übernehmen, steuerlich nicht im selben System anerkennen wollen.

(Abg. Frau Matthäus-Maier [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

— Bitter sehr, Frau Matthäus-Maier.

Vizepräsident Westphal: Zu einer Zwischenfrage die Abgeordnete Frau Matthäus-Maier.

Frau Matthäus-Maier (SPD): Herr Finanzminister, ist Ihnen entgangen, daß wir z. B. bei der großen Steuerreform 1974/75 ausdrücklich versucht haben, bei den Sonderausgaben eine Begrenzung auf eine lineare und nicht auf eine progressive Abzugsfähigkeit vorzunehmen?

(A) **Dr. Stoltenberg**, Bundesminister der Finanzen: Sie mögen es vielleicht versucht haben.

(Frau Matthäus-Maier [SPD]: Wir hatten nicht die Mehrheit im Bundesrat! Dort ist es gescheitert!)

— Gut. Aber es läßt sich gar nicht bestreiten, daß Sie die nach der Leistungsfähigkeit gestalteten Freibeträge und Sonderregelungen, die entsprechend der Progression bei mittleren und höheren Einkommen zu einer stärkeren Entlastung führen, im wesentlichen nicht angetastet haben. Vielmehr haben Sie sie im wesentlichen bestätigt. Ich könnte Ihnen einige Entscheidungen — bis zum Jahr 1981 — in Erinnerung rufen. Zum Teil haben Sie sie noch ausgebaut. Und jetzt sagen Sie, daß das, was als ein Grundprinzip unser Steuersystem bestimmt, bei Aufwendungen der Eltern für ihre Kinder aber nicht kennzeichnend sein darf. Ich halte das unverändert für einen Widerspruch.

(Abg. Dr. Apel [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

— Bitte, Herr Apel.

Vizepräsident Westphal: Herr Apel zu einer Zwischenfrage.

Dr. Apel (SPD): Herr Kollege Stoltenberg, können Sie sich daran erinnern, daß wir diese Regelung — dem Staat muß jedes Kind gleich viel wert sein, deswegen weg mit den Freibeträgen und Ersatz durch ein einheitliches Kindergeld — damals einstimmig beschlossen haben, d. h. Koalition, dann auch CDU/CSU und dann auch die Mehrheit im Bundesrat — also auch das Land Schleswig-Holstein —, und zwar mit dem durchgängigen Argument — Sie wie wir —, daß es in der Tat nicht angehen kann, daß Vater Staat je nach den Einkommensverhältnissen der Eltern Unterschiede macht — wie gesagt, unter der Rubrik: dem Staat muß jedes Kind gleich viel wert sein —, und wie bewerten Sie heute Ihre damalige Position?

Dr. Stoltenberg, Bundesminister der Finanzen: Daran kann ich mich sehr gut erinnern, Herr Kollege Apel. Das war im Frühjahr 1974. Wenn Sie darauf eingehen, müssen wir hier natürlich die parlamentarische Lage noch einmal kurz exakt darstellen.

Es gab damals zwei unterschiedliche Konzepte: das der in der Opposition befindlichen CDU/CSU und das der sozialdemokratisch geprägten oder geführten Bundesregierung. Diese Konzepte sind in ein Vermittlungsverfahren gekommen. Die damals von uns gewünschten stärkeren Steuerentlastungen waren in dem Vermittlungsverfahren nur um den Preis zu bekommen, daß wir Ihnen hier eine Konzession gemacht haben. Das war ein Kompromiß. Es hat ja eine denkwürdige Nachtsitzung beim damaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt gegeben, an die Sie sich wahrscheinlich auch noch ganz gut erinnern werden. Wir beide sind, glaube ich, im Augenblick die einzigen Teilnehmer dieses Gesprächs, die jetzt im Plenum des Deutschen Bundestages sitzen.

Die Grundlage für das damalige Zugeständnis, das wir gemacht haben, Herr Kollege Apel, war die Ver-

sicherung der Bundesregierung, der Sie angehört haben, daß das **Kindergeld** regelmäßig erhöht wird. Das haben Sie in den folgenden Jahren nicht getan. Sie haben es 1981 für alle gekürzt, auch für die Bezieher geringerer Einkommen. (C)

Wir haben aus dieser bitteren Erfahrung die Konsequenz gezogen, daß es doch wieder richtig ist, die Familienpolitik, die Förderung der Kinder auf das duale System aufzubauen, d. h. auf eine **Kombination von steuerlichen Freibeträgen und Kindergeld**. Damit wählen wir den besseren Weg.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Darin sind wir uns heute, belehrt durch schlechte Erfahrungen der Jahre 1974 bis 1982, einig.

(Abg. Gattermann [FDP] sowie Abg. Dr. Apel [SPD] melden sich zu einer Zwischenfrage)

— Bitte sehr, Herr Kollege Gattermann.

Vizepräsident Westphal: Es geht weiter. Auch ich finde das sehr lebhaft. Herr Gattermann, bitte.

Gattermann (FDP): Herr Bundesminister, Sie haben es gerade angesprochen, aber würden Sie es bitte verdeutlichen: Ist es richtig, daß der schöne Satz „Dem Staat ist jedes Kind gleich lieb und teuer“ dazu geführt hat, daß die Erstkinder in der Bundesrepublik Deutschland unter den Haushaltszwängen der amtierenden Finanzminister mit 50 DM über ein Dezenium abgespeist worden sind?

Dr. Stoltenberg, Bundesminister der Finanzen: Das ist absolut zutreffend, Herr Kollege Gattermann. Das kann man dieser Diskussion hinzufügen. Man könnte auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und viele andere Elemente eingehen. (D)

Wir sind nach den zum Teil bitteren Erfahrungen seit 1974 der Auffassung, daß wir beide Säulen brauchen. Durch die **Einkommengrenze beim Kindergeld** — die wir eingeführt haben, nicht Sie — und durch den **Kindergeldzuschlag**, den wir für die Bezieher niedriger Einkommen, die die steuerlichen Möglichkeiten nicht nutzen können, zusätzlich eingeführt haben, haben wir heute ein vergleichsweise besseres und gerechteres System, das allerdings in einigen Punkten durchaus noch verbesserungsfähig ist. Darin gebe ich Ihnen recht. Darauf kommen wir in dieser Wahlperiode auf der Grundlage einer Entschließung des Deutschen Bundestages zurück.

Nun bitte ich Sie um Verständnis dafür, daß ich in meinen Ausführungen fortfahren möchte. Ich denke an die Kollegen, die in der vorgesehenen Diskussionszeit noch sprechen möchten.

Gerade in der Verteilungsdiskussion müssen wir darüber hinaus verstärkt die Frage nach den Zusammenhängen zwischen den steuerlichen Rahmenbedingungen für unsere Unternehmen und die arbeitenden Menschen auf der einen und unsere **internationale Wettbewerbsfähigkeit** und damit unsere langfristigen **Wachstumsaussichten** auf der anderen Seite einbeziehen. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß in vielen westlichen Industrieländern erhebliche Anstrengungen unternommen werden, um die oft

Bundesminister Dr. Stoltenberg

- (A) ohnehin niedrige Steuerbelastung der Unternehmen zu senken und so günstigere Standortbedingungen für arbeitsplatzschaffende Investitionen zu erreichen. Wenn wir diese Entwicklung nicht zur Kenntnis nehmen und nicht bestimmte Folgerungen daraus ziehen, dann werden wir negative Wirkungen in der Beschäftigung erfahren, werden wir vielleicht am Ende etwas mehr Gleichverteilung an Einkommen erzielen, aber auf wesentlich niedrigerem Niveau für fast alle, als es bei einer leistungsgerechten Besteuerung möglich ist. Wer diese Zusammenhänge ignoriert, verschließt die Augen vor den tatsächlichen Gegebenheiten bei unseren Partnern und bei unseren Wettbewerbern.

Ich bin davon überzeugt, meine Damen und Herren, daß die in den Koalitionsgesprächen vereinbarte Steuerpolitik bessere Voraussetzungen schafft, um die Herausforderungen der Zukunft meistern zu können.

Schönen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Westphal: Meine Damen und Herren, bevor ich das Wort weitergebe, möchte ich Ihnen die von den Schriftführern mitgeteilten Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen bekanntmachen. Zuerst haben wir über den Antrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 11/228 abgestimmt. Es wurden 403 Stimmen abgegeben. Es war keine ungültig. Mit Ja haben 177 Kollegen gestimmt, mit Nein 226. Es hat keine Enthaltung gegeben.

(B)

Endgültiges Ergebnis

Abgegebene Stimmen 402; davon

ja: 177
nein: 225

Ja**SPD**

Frau Adler
Andres
Dr. Apel
Bachmaier
Bahr
Bamberg
Becker (Nienberge)
Frau Becker-Inglau
Bindig
Dr. Böhme (Unna)
Börnsen (Ritterhude)
Brück
Büchler (Hof)
Frau Bulmahn
Catenhusen
Frau Conrad
Conradi
Frau Dr. Däubler-Gmelin
Daubertshäuser
Diller
Dreßler
Dr. Ehmke (Bonn)
Dr. Emmerlich
Erler
Ewen
Frau Faße

Fischer (Homburg)
Frau Fuchs (Köln)
Frau Fuchs (Verl)
Frau Ganseforth
Gansel
Dr. Gautier
Gerster (Worms)
Gilges
Dr. Glotz
Frau Dr. Götte
Großmann
Grunenberg
Dr. Haack
Haack (Extertal)
Haar
Hasenfratz
Dr. Hauchler
Dr. Hauff
Heimann
Heistermann
Heyenn
Hiller (Lübeck)
Dr. Holtz
Huonker
Jahn (Marburg)
Jansen
Dr. Jens
Jung (Düsseldorf)
Jungmann
Kastning

Kiehm
Kirschner
Kißlinger
Klein (Dieburg)
Dr. Klejdzinski
Koltzsch
Koschnick
Kretkowski
Kühbacher
Lambinus
Leidinger
Lennartz
Lohmann (Witten)
Frau Luuk
Frau Dr. Martiny-Glotz
Frau Matthäus-Maier
Menzel
Dr. Mitzscherling
Müller (Düsseldorf)
Müller (Pleisweiler-Oberhofen)
Müller (Schweinfurt)
Müntefering
Nagel
Frau Dr. Niehuis
Dr. Niese
Niggemeier
Frau Odendahl
Oesinghaus
Oostergetelo
Paterna
Dr. Penner
Peter (Kassel)
Pfuhl
Porzner
Poß
Reimann
Frau Renger
Reuter
Rixe
Roth
Schäfer (Offenburg)
Dr. Scheer
Scherrer
Frau Schmidt (Nürnberg)
Schmidt (Salzgitter)
Dr. Schmude
Dr. Schöfberger
Schütz
Seidenthal
Frau Seuster
Sielaff
Frau Simonis
Singer
Frau Dr. Skarpelis-Sperk
Dr. Soell
Dr. Sperling
Dr. Spöri
Stahl (Kempen)
Steiner
Frau Steinhauer
Stobbe
Dr. Struck
Frau Terborg
Frau Dr. Timm
Frau Traupe
Urbanik
Vahlberg
Verheugen
Dr. Vogel
Voigt (Frankfurt)
Waltemathe
Weiermann
Frau Weiler
Weisskirchen (Wiesloch)
Dr. Wernitz
Westphal
Frau Weyel
Frau Wieczorek-Zeul
Wiefelspütz
von der Wiesche
Wimmer (Neuötting)
Dr. de With

Wittich
Zumkley

(C)

DIE GRÜNEN

Frau Beck-Oberdorf
Frau Beer
Brauer
Dr. Briefs
Dr. Daniels (Regensburg)
Ebermann
Frau Eid
Frau Flinner
Frau Garbe
Häfner
Frau Hensel
Frau Hillerich
Hoss
Hüser
Kleinert (Marburg)
Dr. Knabe
Kreuzeder
Frau Krieger
Dr. Lippelt (Hannover)
Dr. Mechtersheimer
Frau Nickels
Frau Oesterle-Schwerin
Frau Rust
Frau Saibold
Schily
Frau Schmitt-Bott
Frau Schoppe
Sellin
Stratmann
Frau Teubner
Frau Unruh
Frau Vennegerts
Frau Dr. Vollmer
Weiss (München)
Wetzel
Frau Wilms-Kegel
Frau Wollny

(D)

Nein**CDU/CSU**

Dr. Abelein
Austermann
Bauer
Bayha
Dr. Becker (Frankfurt)
Frau Berger (Berlin)
Biehle
Dr. Blank
Dr. Blens
Böhm (Melsungen)
Börnsen (Bönstrup)
Dr. Bötsch
Bohl
Bohlsen
Breuer
Buschbom
Carstensen (Nordstrand)
Clemens
Dr. Czaja
Dr. Daniels (Bonn)
Daweke
Frau Dempwolf
Dörflinger
Doss
Dr. Dregger
Echternach
Ehrbar

Vizepräsident Westphal

(A)	Eigen Engelsberger Eylmann Dr. Falthäuser Feilcke Dr. Fell Frau Fischer Fischer (Hamburg) Francke (Hamburg) Dr. Friedmann Dr. Friedrich Füchtel Ganz (St. Wendel) Geis Dr. Geißler Dr. von Geldern Gerstein Gerster (Mainz) Dr. Göhner Gröbl Dr. Grünewald Günther Frau Hasselfeldt Haungs Hauser (Esslingen) Hauser (Krefeld) Hedrich Freiherr Heereman von Zuydtwyck Frau Dr. Hellwig Helmrich Dr. Hennig Herkenrath Hinrichs Hinsken Höpfinger Hörster Dr. Hoffacker Frau Hoffmann (Soltau) Dr. Hornhues Frau Hürland-Büning Dr. Hüscher Dr. Jahn (Münster) Dr. Jenninger Dr. Jobst Jung (Limburg) Jung (Lörrach) Kalb Dr.-Ing. Kansy Frau Karwatzki Kittelmann Klein (München) Dr. Köhler (Wolfsburg) Kolb Kossendey Kraus Kroll-Schlüter Dr. Kronenberg Dr. Kunz (Weiden) Lamers Dr. Lammert Dr. Langner Lattmann Dr. Laufs Lemmrach Lenzer Frau Limbach Link (Diepholz) Link (Frankfurt) Linsmeier Lintner Dr. Lippold (Offenbach) Dr. h. c. Lorenz Louven Lowack Lummer Maaß Frau Männle Magin Marschewski Dr. Meyer zu Bentrup Michels Dr. Miltner	Dr. Möller Müller (Wesseling) Nelle Dr. Neuling Dr. Olderog Oswald Frau Pack Petersen Pfeffermann Pfeifer Dr. Pinger Dr. Pohlmeier Dr. Probst Rauen Rawe Reddemann Repnik Dr. Riedl (München) Dr. Riesenhuber Frau Rönsch (Wiesbaden) Frau Roitzsch (Quickborn) Roth (Gießen) Rühe Dr. Rüttgers Ruf Sauer (Salzgitter) Sauer (Stuttgart) Sauter (Epfendorf) Scharrenbroich Schartz (Trier) Schemken Schmidbauer Schmitz (Baesweiler) Dr. Schneider (Nürnberg) Freiherr von Schorlemer Schreiber Dr. Schroeder (Freiburg) Schulhoff Dr. Schulte (Schwäbisch Gmünd) Schulze (Berlin) Schwarz Dr. Schwarz-Schilling Dr. Schwörer Seehofer Seesing Seiters Spilker Spranger Dr. Sprung Dr. Stark (Nürtingen) Dr. Stavenhagen Dr. Stoltenberg Straßmeir Frau Dr. Süßmuth Susset Tillmann Dr. Todenhöfer Dr. Uelhoff Uldall Dr. Unland Frau Verhülsdonk Vogel (Ennepetal) Vogt (Düren) Dr. Voigt (Northeim) Dr. Voss Dr. Waigel Graf von Waldburg-Zeil Dr. Warnke Dr. Warrikoff Dr. von Wartenberg Weirich Werner (Ulm) Frau Will-Feld Frau Dr. Wilms Wilz Wimmer (Neuss) Wissmann Dr. Wittmann Dr. Wörner Würzbach Dr. Wulff Zink
-----	--	--

FDP

Frau Dr. Adam-Schwaetzer
Baum
Beckmann
Bredenhorn
Cronenberg (Arnsberg)
Eimer (Fürth)
Engelhard
Dr. Feldmann
Frau Folz-Steinacker
Funke
Gallus
Gattermann
Gries
Frau Dr. Hamm-Brücher
Heinrich
Dr. Hirsch

Dr. Hoyer
Irmer

Kohn
Dr.-Ing. Laermann
Mischnick
Neuhausen
Nolting
Paintner
Richter
Rind
Ronneburger
Dr. Rumpf
Schäfer (Mainz)
Frau Dr. Segall
Dr. Solms
Dr. Thoma
Wolfgramm (Göttingen)
Frau Würfel

(C)

Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Die zweite Abstimmung betraf den Antrag der Fraktion der GRÜNEN auf Drucksache 11/296. Dabei hat es 401 abgegebene Stimmen gegeben. Keine war ungültig. Mit Ja haben 38 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 360. Es hat 3 Enthaltungen gegeben.

Endgültiges Ergebnis

Abgegebene Stimmen 400; davon

ja: 38
nein: 359
enthalten: 3

(D)

Ja**SPD**

Jansen

DIE GRÜNEN

Frau Beck-Oberdorf
Frau Beer
Brauer
Dr. Briefs
Dr. Daniels (Regensburg)
Ebermann
Frau Eid
Frau Flinner
Frau Garbe
Häfner
Frau Hensel
Frau Hillerich
Hoss
Hüser
Kleinert (Marburg)
Dr. Knabe
Kreuzeder
Frau Krieger
Dr. Lippelt (Hannover)
Dr. Mechttersheimer
Frau Nickels
Frau Oesterle-Schwerin
Frau Rust
Frau Saibold
Schily
Frau Schmitt-Bott
Frau Schoppe
Sellin

Stratmann
Frau Teubner
Frau Unruh
Frau Vennegerts
Frau Dr. Vollmer
Weiss (München)
Wetzel
Frau Wilms-Kegel
Frau Wollny

Nein**CDU/CSU**

Dr. Abelein
Austermann
Bauer
Bayha
Dr. Becker (Frankfurt)
Frau Berger (Berlin)
Biehle
Dr. Blank
Dr. Blens
Böhm (Melsungen)
Börnßen (Bönstrup)
Dr. Bötsch
Bohl
Bohlßen
Breuer
Buschbom
Carstensen (Nordstrand)
Clemens
Dr. Czaja
Dr. Daniels (Bonn)
Daweke
Frau Dempwolf

Vizepräsident Westphal

(A)	Dörflinger Doss Dr. Dregger Echternach Ehrbar Eigen Engelsberger Eylmann Dr. Falthäuser Feilcke Dr. Fell Frau Fischer Fischer (Hamburg) Francke (Hamburg) Dr. Friedmann Dr. Friedrich Fuchtel Ganz (St. Wendel) Geis Dr. von Geldern Gerstein Gerster (Mainz) Dr. Göhner Gröbl Dr. Grünewald Günther Frau Hasselfeldt Haungs Hauser (Esslingen) Hauser (Krefeld) Hedrich Freiherr Heereman von Zuydtwyck Frau Dr. Hellwig Helmrich Dr. Hennig Herkenrath Hinrichs Hinsken Höpfinger Hörster	Marschewski Dr. Meyer zu Bentrup Michels Dr. Miltner Dr. Möller Müller (Wesseling) Nelle Dr. Neuling Dr. Olderog Oswald Frau Pack Petersen Pfeffermann Pfeifer Dr. Pinger Dr. Pohlmeier Dr. Probst Rauen Rawe Reddemann Repnik Dr. Riedl (München) Dr. Riesenhuber Frau Rönsch (Wiesbaden) Frau Roitzsch (Quickborn) Roth (Gießen) Rühe Dr. Rüttgers Ruf Sauer (Salzgitter) Sauer (Stuttgart) Sauter (Epfendorf) Scharrenbroich Schartz (Trier) Schemken Schmidbauer Schmitz (Baesweiler) Dr. Schneider (Nürnberg) Freiherr von Schorlemer Schreiber Dr. Schroeder (Freiburg) Schulhoff Dr. Schulte (Schwäbisch Gmünd) Schulze (Berlin) Schwarz Dr. Schwarz-Schilling Dr. Schwörer Seehofer Seesing Seiters Spilker Spranger Dr. Sprung Dr. Stark (Nürtingen) Dr. Stavenhagen Dr. Stoltenberg Straßmeir Frau Dr. Süsmuth Susset Tillmann Dr. Todenhöfer Dr. Uelhoff Uldall Dr. Unland Frau Verhülsdonk Vogel (Ennepetal) Vogt (Düren) Dr. Voigt (Northeim) Dr. Voss Dr. Waigel Graf von Waldburg-Zeil Dr. Warnke Dr. Warrikoff Dr. von Wartenberg Weirich Werner (Ulm) Frau Will-Feld Frau Dr. Wilms Wilz Wimmer (Neuss) Wissmann Dr. Wittmann	Dr. Wörner Würzbach Dr. Wulff Zink	Nagel Frau Dr. Niehuis Dr. Niese Niggemeier Frau Odendahl Oesinghaus Oostergetelo Paterna Dr. Penner Peter (Kassel) Pfuhl Porzner Poß Reimann Frau Renger Reuter Rixe Roth Schäfer (Offenburg) Dr. Scheer Scherrer Frau Schmidt (Nürnberg) Schmidt (Salzgitter) Dr. Schmude Dr. Schöpberger Schütz Seidenthal Frau Seuster Sielaff Frau Simonis Singer Frau Dr. Skarpelis-Sperk Dr. Soell Dr. Sperling Stahl (Kempen) Steiner Frau Steinhauer Stobbe Dr. Struck Frau Terborg Frau Dr. Timm Frau Traupe Urbaniak Vahlberg Verheugen Dr. Vogel Voigt (Frankfurt) Waltemathe Weiermann Frau Weiler Weisskirchen (Wiesloch) Dr. Wernitz Westphal Frau Weyel Frau Wieczorek-Zeul Wiefelspütz von der Wiesche Wimmer (Neuötting) Dr. de With Wittich Zumkley	(C)
		SPD			
		Frau Adler Andres Dr. Apel Bachmaier Bahr Bamberg Becker (Nienberge) Frau Becker-Inglaup Bindig Dr. Böhme (Unna) Börnsen (Ritterhude) Brück Büchler (Hof) Frau Bulmahn Catenhusen Frau Conrad Conradi Frau Dr. Däubler-Gmelin Daubertshäuser Diller Dreßler Dr. Ehmke (Bonn) Dr. Emmerlich Erler Ewen Frau Faße Fischer (Homburg) Frau Fuchs (Köln) Frau Fuchs (Verl) Frau Ganseforth Gansel Dr. Gautier Gerster (Worms) Gilges Dr. Glotz Frau Dr. Götte Großmann Dr. Haack Haack (Extertal) Haar Hasenfratz Dr. Hauchler Dr. Hauff Heimann Heistermann Heyenn Hiller (Lübeck) Dr. Holtz Huonker Jahn (Marburg) Dr. Jens Jung (Düsseldorf) Jungmann Kiehm Kirschner Kißlinger Klein (Dieburg) Dr. Klejdzinski Koltzsch Kretkowski Kühbacher Lambinus Leidinger Lohmann (Witten) Frau Luuk Frau Dr. Martiny-Glotz Frau Matthäus-Maier Menzel Dr. Mitscherling Müller (Düsseldorf) Müller (Pleisweiler- Oberhofen) Müller (Schweinfurt) Müntefering			
(B)	Dr. Hoffacker Frau Hoffmann (Soltau) Dr. Hornhues Frau Hürland-Büning Dr. Hüscher Dr. Jahn (Münster) Dr. Jenninger Dr. Jobst Jung (Limburg) Jung (Lörrach) Kalb Dr.-Ing. Kansy Frau Karwatzki Kittelmann Klein (München) Dr. Köhler (Wolfsburg) Kolb Kossendey Kraus Kroll-Schlüter Dr. Kronenberg Dr. Kunz (Weiden) Lamers Dr. Lammert Dr. Langner Lattmann Dr. Laufs Lemmrich Lenzer Frau Limbach Link (Diepholz) Link (Frankfurt) Linsmeier Lintner Dr. Lippold (Offenbach) Dr. h. c. Lorenz Louven Lowack Lummer Maaß Frau Männle Magin			(D)	
			FDP		
			Frau Dr. Adam-Schwaetzer Baum Beckmann Bredehorn Cronenberg (Arnsberg) Eimer (Fürth) Engelhard Dr. Feldmann Frau Folz-Steinacker Funke Gallus Gattermann Gries Frau Dr. Hamm-Brücher Dr. Haussmann Heinrich Dr. Hirsch		

Vizepräsident Westphal

(A)	Dr. Hoyer Irmer Kohn Dr.-Ing. Laermann Mischnick Neuhausen Nolting Paintner Richter Rind Ronneburger Dr. Rumpf Schäfer (Mainz) Frau Dr. Segall	Dr. Solms Dr. Thomae Wolfgramm (Göttingen) Frau Würfel
-----	---	---

Enthalten**SPD**

Grunenberg
Kastning
Koschnick

Frau Limbach
Link (Diepholz)
Link (Frankfurt)
Linsmeier
Lintner
Dr. Lippold (Offenbach)
Dr. h. c. Lorenz
Louven
Lowack
Lummer
Maaß
Frau Männle
Magin
Marschewski
Dr. Meyer zu Bentrup
Michels
Dr. Miltner
Dr. Möller
Müller (Wesseling)
Nelle

Dr. Neuling
Dr. Olderog
Oswald
Frau Pack
Petersen
Pfeffermann
Pfeifer
Dr. Pinger
Dr. Pohlmeier
Dr. Probst
Rauen
Rawe
Reddemann
Repnik

Dr. Riedl (München)
Dr. Riesenhuber
Frau Rönsch (Wiesbaden)
Frau Roitzsch (Quickborn)
Roth (Gießen)
Rühe
Dr. Rüttgers
Ruf
Sauer (Salzgitter)
Sauer (Stuttgart)
Sauter (Epfendorf)
Scharrenbroich
Schartz (Trier)
Schemken
Schmidbauer
Schmitz (Baesweiler)
Dr. Schneider (Nürnberg)
Freiherr von Schorlemer
Schreiber
Dr. Schroeder (Freiburg)
Schulhoff
Dr. Schulte
(Schwäbisch Gmünd)
Schulze (Berlin)
Schwarz
Dr. Schwarz-Schilling
Dr. Schwörer
Seehofer
Seesing
Seiters
Spilker
Spranger
Dr. Sprung
Dr. Stark (Nürtingen)
Dr. Stavenhagen
Dr. Stoltenberg
Straßmeir
Frau Dr. Süßmuth
Susset
Tillmann
Dr. Todenhöfer
Dr. Uelhoff
Uldall
Dr. Unland
Frau Verhülsdonk
Vogel (Ennepetal)
Vogt (Düren)
Dr. Voigt (Northeim)
Dr. Voss

Dr. Waigel
Graf von Waldburg-Zeil
Dr. Warnke
Dr. Warrikoff
Dr. von Wartenberg
Weirich
Werner (Ulm)
Frau Will-Feld
Frau Dr. Wilms
Wilz
Wimmer (Neuss)
Wissmann
Dr. Wittmann
Dr. Wörner
Würzbach
Dr. Wulff
Zink

(C)

Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Die dritte der namentlichen Abstimmungen ging über den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP auf Drucksache 11/298. 402 Stimmen wurden abgegeben. Keine war ungültig. Mit Ja haben 225 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 177. Es hat keine Enthaltung gegeben.

Endgültiges Ergebnis

Abgegebene Stimmen 401; davon

ja: 225
nein: 176

Ja**CDU/CSU**

(B)	Dr. Abelein Austermann Bauer Bayha Dr. Becker (Frankfurt) Frau Berger (Berlin) Biehle Dr. Blank Dr. Blens Böhm (Melsungen) Börnsen (Bönstrup) Dr. Bötsch Bohl Bohlsen Breuer Buschbom Carstensen (Nordstrand) Clemens Dr. Czaja Dr. Daniels (Bonn) Daweke Frau Dempwolf Dörflinger Dr. Dregger Echternach Ehrbar Eigen Engelsberger Eylmann Dr. Faltlhauser Feilcke Dr. Fell Frau Fischer Fischer (Hamburg) Francke (Hamburg) Dr. Friedmann Dr. Friedrich Fuchtel Ganz (St. Wendel) Geis Dr. Geißler Dr. von Geldern Gerstein Gerster (Mainz)	Dr. Göhner Gröbl Dr. Grünewald Günther Frau Hasselfeldt Haungs Hauser (Esslingen) Hauser (Krefeld) Hedrich Freiherr Heereman von Zuydtwyck Frau Dr. Hellwig Helmrich Dr. Hennig Herkenrath Hinrichs Hinsken Höpfinger Hörster Dr. Hoffacker Frau Hoffmann (Soltau) Dr. Hornhues Frau Hürland-Büning Dr. Hüsch Dr. Jahn (Münster) Dr. Jenning Dr. Jobst Jung (Limburg) Jung (Lörrach) Kalb Dr.-Ing. Kansy Frau Karwatzki Kittelmann Klein (München) Dr. Köhler (Wolfsburg) Kolb Kossendey Kraus Kroll-Schlüter Dr. Kronenberg Dr. Kunz (Weiden) Lamers Dr. Lammert Dr. Langner Lattmann Dr. Laufs Lemmrich Lenzer
-----	--	---

FDP

Frau Dr. Adam-Schwaetzer
Baum
Beckmann
Bredenhorn
Cronenberg (Arnsberg)
Eimer (Fürth)
Engelhard
Dr. Feldmann
Frau Folz-Steinacker
Funke
Gallus
Gattermann
Gries
Frau Dr. Hamm-Brücher
Dr. Haussmann
Heinrich
Dr. Hirsch
Dr. Hoyer
Irmer
Kohn
Dr.-Ing. Laermann
Mischnick
Neuhausen
Nolting
Paintner
Richter
Rind
Ronneburger
Dr. Rumpf
Schäfer (Mainz)
Frau Dr. Segall
Dr. Solms
Dr. Thomae
Wolfgramm (Göttingen)
Frau Würfel

Nein**SPD**

Frau Adler
Andres
Dr. Apel
Bachmaier
Bahr
Bamberg
Becker (Nienberge)
Frau Becker-Inglaug
Bindig
Dr. Böhme (Unna)
Börnsen (Ritterhude)
Brück
Büchler (Hof)
Frau Bulmahn
Catenhusen
Frau Conrad
Conradi
Frau Dr. Däubler-Gmelin

(D)

Vizepräsident Westphal

(A)	Daubertshäuser	Dr. Schmude
	Diller	Dr. Schöfberger
	Dreßler	Schütz
	Dr. Ehmke (Bonn)	Seidenthal
	Dr. Emmerlich	Frau Seuster
	Erler	Sielaff
	Ewen	Frau Simonis
	Frau Faße	Singer
	Fischer (Homburg)	Frau Dr. Skarpelis-Sperk
	Frau Fuchs (Köln)	Dr. Soell
	Frau Fuchs (Verl)	Dr. Sperling
	Frau Ganseforth	Dr. Spöri
	Gansel	Stahl (Kempen)
	Dr. Gautier	Steiner
	Gerster (Worms)	Frau Steinhauer
	Gilges	Stobbe
	Dr. Glotz	Dr. Struck
	Frau Dr. Götte	Frau Terborg
	Großmann	Frau Dr. Timm
	Grunenberg	Frau Traupe
	Dr. Haack	Urbanik
	Haack (Extertal)	Vahlberg
	Haar	Verheugen
	Hasenfratz	Dr. Vogel
	Dr. Hauchler	Voigt (Frankfurt)
	Dr. Hauff	Waltemathe
	Heimann	Weiermann
	Heistermann	Frau Weiler
	Heyenn	Weisskirchen (Wiesloch)
	Hiller (Lübeck)	Dr. Wernitz
	Dr. Holtz	Westphal
	Huonker	Frau Weyel
	Jahn (Marburg)	Frau Wiczorek-Zeul
	Jansen	Wiefelspütz
	Dr. Jens	von der Wiesche
	Jung (Düsseldorf)	Wimmer (Neuötting)
	Jungmann	Dr. de With
	Kastning	Wittich
	Kiehm	Zeitler
	Kirschner	Zumkley
	Kißlinger	
(B)	Klein (Dieburg)	
	Dr. Klejdzinski	
	Koltzsch	
	Koschnick	
	Kretkowski	
	Kühbacher	
	Lambinus	
	Leidinger	
	Lohmann (Witten)	
	Frau Luuk	
	Frau Dr. Martiny-Glotz	
	Frau Matthäus-Maier	
	Menzel	
	Dr. Mitzscherling	
	Müller (Düsseldorf)	
	Müller (Pleisweiler-	
	Oberhofen)	
	Müller (Schweinfurt)	
	Müntefering	
	Nagel	
	Frau Dr. Niehuis	
	Dr. Niese	
	Niggemeier	
	Frau Odendahl	
	Oesinghaus	
	Oostergetelo	
	Paterna	
	Dr. Penner	
	Peter (Kassel)	
	Pfuhl	
	Porzner	
	Poß	
	Reimann	
	Frau Renger	
	Reuter	
	Rixe	
	Roth	
	Schäfer (Offenburg)	
	Dr. Scheer	
	Scherrer	
	Frau Schmidt (Nürnberg)	
	Schmidt (Salzgitter)	

DIE GRÜNEN

Frau Beck-Oberdorf
Frau Beer
Brauer
Dr. Daniels (Regensburg)
Ebermann
Frau Eid
Frau Flinner
Frau Garbe
Häfner
Frau Hensel
Frau Hillerich
Hoss
Hüser
Kleinert (Marburg)
Dr. Knabe
Kreuzeder
Frau Krieger
Dr. Lippelt (Hannover)
Dr. Mechtersheimer
Frau Nickels
Frau Oesterle-Schwerin
Frau Rust
Frau Saibold
Schily
Frau Schmitt-Bott
Frau Schoppe
Sellin
Stratmann
Frau Teubner
Frau Unruh
Frau Vennegerts
Volmer
Weiss (München)
Wetzlar
Frau Wilms-Kegel
Frau Wollny

Dieser Antrag ist angenommen worden.

(C)

Jetzt fahren wir in unserer Debatte fort. Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Spöri.

Dr. Spöri (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir erleben hier heute ja so etwas wie eine Premiere. Die Bundesregierung ändert die von ihr selbst beschlossene **Steuersenkung 1988**, noch bevor sie in Kraft getreten ist. Die bereits für 1988 gedruckten Steuertabellen sind Makulatur und müssen nunmehr eingestampft werden. Von einer vorausschauenden und berechenbaren Steuerpolitik oder gar von Ruhe an der Steuerfront kann nicht die Rede sein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Das jetzt nachgeschobene Reparaturgesetz ist vielmehr ein unfreiwilliges Eingeständnis der Bundesregierung, daß unsere wirtschaftspolitische Kritik an der Entlastungsstufe 1988 voll berechtigt war, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD — Uldall [CDU/CSU]:
Nein, ganz falsch!)

Was veranlaßt wirklich den Herrn Bundesfinanzminister, jetzt hoppla hopp nachträglich eine Änderung der Entlastungsstufe 1988 vorzuschlagen? Ist es die inzwischen gewonnene neue Einsicht, daß die als größte Steuerreform aller Zeiten gepriesene Steueränderung etwas unausgewogen ist? Das wäre ja in der Tat ein überzeugender Grund, meine Damen und Herren. Denn durch die von Ihnen beschlossene **Steuersenkung 1988**, Herr Stoltenberg, werden einseitig die Bezieher hoher und höchster Einkommen begünstigt. Verheiratete Arbeitnehmer mit einem Monatsgehalt bis zu 4 000 DM sollten nach dem von Ihnen ursprünglich beschlossenen Gesetz keine müde Mark bekommen; das sind die Fakten.

(D)

(Beifall der Abg. Frau Unruh [GRÜNE] —
Dr. Apel [SPD]: So ist es!)

Den durchschnittlich verdienenden Arbeitnehmern und Familien wird mit diesem von Ihnen beschlossenen **Steuersenkungsgesetz** zugemutet, daß sie bei jeder Lohnerhöhung einen immer höheren Anteil ihres Gesamteinkommens als Lohnsteuer abzuführen haben. Während also für die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen damit der Marsch in den Lohnsteuerstaat weitergeht, erhalten Spitzenverdiener lukrative Steuergeschenke.

Diese verteilungspolitische Schieflage Ihrer bisherigen Steuerpolitik müßte in der Tat korrigiert werden. Im Jahre 1988 für eine **Steuersenkung** verfügbare Mittel müßten eigentlich auf die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen konzentriert werden. Wenn es Ihnen wirklich um mehr **Steuergerechtigkeit** ginge, dann bräuchten Sie heute keinen eigenen Entwurf vorzulegen, dann könnten Sie unseren bereits seit langem vorliegenden Tarifvorschlägen zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Ich finde es sowieso etwas ideologisch verbohrt, meine Damen und Herren, daß Sie nicht in der Lage

Dr. Spöri

(A) sind, einer aus Gerechtigkeits- und Haushaltsgesichtspunkten eindeutig besseren Alternative zuzustimmen, nur weil es der Vorschlag der Opposition, der SPD, ist. Das entspricht nicht der demokratischen Kultur in diesem Haus.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CDU/CSU: Ist das der Rau-Tarif mit der Eiger-Nordwand drin?)

Meine Damen und Herren, der von Ihnen vorgelegte Entwurf – ich gehe jetzt darauf ein –, der in erster Linie einen nochmaligen Nachschlag für Betuchte bringt, beweist wieder einmal, daß Steuergerechtigkeit nicht zu den Zielen Ihrer Politik gehört.

(Zuruf von der SPD: Sehr wahr!)

Für die heute vom Bundesfinanzminister nachgeholte Flickschusterei war nicht maßgebend, ein offenkundig ungerechtes Gesetz nachzubessern; die Bundesregierung glaubt vielmehr, mit dieser Nachbesserung den in Paris angemahnten Forderungen der anderen westlichen Industrieländer nach einem Beitrag der Bundesrepublik zur konjunkturellen Stabilisierung gerecht zu werden. Unsere Welthandelspartner beklagen bereits seit langem, daß von der Bundesrepublik keine hinreichenden **binnenwirtschaftlichen Impulse zur Stärkung der Weltwirtschaft** ausgehen. Nun fürchten unsere Partner zu Recht, daß bei uns ein konjunktureller Einbruch droht, meine Damen und Herren. In der Tat – das verdeutlichen auch die neuesten Daten des Münchener Ifo-Instituts – zeigen die wichtigen Konjunkturindikatoren weiter nach unten. Die Kapazitätsauslastung und die Auftragsbestände in der deutschen Industrie gehen zurück. Die Geschäftslage wird von den Unternehmen immer skeptischer beurteilt. Auch die OECD kommt in ihrer neuesten Prognose zu einer **revidierten Wachstumschätzung** für die Bundesrepublik. Selbst die Bundesregierung geht inzwischen davon aus, daß in diesem Jahr ein Anstieg des Bruttosozialprodukts von real nur noch 1,8% zu erreichen ist.

(B)

(Zuruf von der CDU/CSU: Besser als nichts!)

Die in dem Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung enthaltenen Wachstumsannahmen werden damit deutlich nach unten geschraubt. Einige Institute gehen sogar nur noch von einem realen Wachstum von 1% aus.

Es zeigt sich also, meine Damen und Herren, daß unsere bereits vor der Bundestagswahl geäußerten konjunkturellen Befürchtungen und nicht die von Ihnen betriebene konjunkturpolitische Schönfärberei der heutigen Realität entsprechen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Man kann die Konjunktur kaputtreden!)

Es zeigt sich auf Grund dieser Zahlen und dieser Datenentwicklung eindeutig, daß Ihre Konjunkturlüge inzwischen wie eine Seifenblase geplatzt ist.

(Beifall bei der SPD – Uldall [CDU/CSU]: Behalten Sie mal Ihr bisheriges Niveau, Herr Spöri!)

Wir sind uns mit unseren westlichen Handelspartnern einig, daß die enormen außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte abgebaut werden müssen. Eine immer deutlicher werdende Konjunkturabschwächung bei uns ist mit diesem Ziel nicht vereinbar. Daher sind in der Tat politische Impulse zur **Erhöhung der Binnennachfrage** dringend geboten. Noch dringlicher spricht die auch von Ihnen nicht mehr länger zu leugnende Gefahr dafür, daß wir mit über 2 Millionen Arbeitslosen in eine tiefe Rezession hineinrutschen könnten.

(C)

(Vorsitz: Vizepräsident Cronenberg)

Meine Damen und Herren, wir sind im Prinzip mit der Bundesregierung einig, daß auch Steuerentlastungen die Binnennachfrage ankurbeln und damit einen wichtigen Beitrag zu mehr Beschäftigung leisten könnten. Dies gilt aber nur, wenn die Entlastung vorrangig den Bevölkerungskreisen zugute kommt, die damit nicht Finanzanlagen im Ausland erwerben, sondern die zusätzlich verfügbaren Mittel tatsächlich in Nachfrage hier in unserem eigenen Staate umsetzen.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Frau Unruh [GRÜNE])

Die Bundesregierung geht mit dem vorliegenden Gesetzentwurf jedoch genau den falschen wirtschaftspolitischen Weg: Während Bezieher hoher und höchster Einkommen 1988 zu den ohnehin vorgesehenen 4 000 DM Entlastung zusätzlich 2 000 DM Entlastung erhalten, d. h. also insgesamt 6 256 DM, werden verheiratete Normalverdiener mit insgesamt 94 DM im Jahr abgespeist; das sind nicht einmal 8 DM im Monat.

(D)

(Huonker [SPD]: Und damit wollt ihr die Konjunktur ankurbeln!)

Oder, um es deutlicher zu sagen: Den **Spitzenverdienern** spendiert diese Bundesregierung jeden Monat ein Wochenende in Paris, die **Normalfamilie** kann sich eine Kiste Limonade kaufen.

(Huonker [SPD]: Sprudel ohne Zusatz!)

So sehen die Fakten aus.

Dies ist nicht nur ungerecht, es ist auch wirtschaftspolitisch verfehlt. Eine spürbare Konjunkturstärkung können Sie von einer derartigen Maßnahme nicht erwarten. Graf Lambsdorff hat zu Recht darauf hingewiesen, daß die USA für die Steuerpolitik der Bundesregierung nur noch Spott und Hohn übrig haben.

(Huonker [SPD]: Das trifft zu!)

Herr Bundesfinanzminister, die Ihnen in dem Pariser **Louvre-Abkommen** auferlegten Schulaufgaben haben Sie mit dem heute eingebrachten Gesetzentwurf nicht gemacht.

(Beifall bei der SPD)

Sie müssen damit rechnen, bei dem kommenden Weltwirtschaftsgipfel in Venedig von den anderen Industriestaaten noch mehr unter Druck gesetzt zu werden.

Dr. Spöri

- (A) Was wollen Sie dort eigentlich anbieten? Von dem für 1990 groß angekündigten, bisher noch nicht finanzierten Steuerpaket sind heute, im Jahre 1987, keine positiven Konjunkturimpulse zu erwarten, und unsere Vorschläge für einen ernsthaften Versuch, über mehr öffentliche und private Umweltinvestitionen die Binnenkonjunktur zu stärken, haben Sie doch, durchweg aus ideologischer Verblendung, abgeschmettert, und das werden Sie in einem Jahr genauso verspätet bereuen, wie Sie heute die falsche Struktur des Steuersenkungsgesetzes bereut haben.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, mit Ihrer konkurrenzpolitisch völlig verfehlten Politik riskieren Sie, daß der Dollar nach einem ergebnislosen Weltwirtschaftsgipfel in Venedig, Herr Stoltenberg, wieder absackt und die Probleme unserer Exportwirtschaft weiter zunehmen. Mit Ihrer Finanzpolitik, deren Ergebnis nur eine ungerechte Umverteilung und nicht spürbare Konjunkturbelebung ist, stellen Sie die Weichen, daß die **Massenarbeitslosigkeit** bei uns ungehindert weiter ansteigt. Die Zunahme der saisonbereinigten Arbeitslosigkeit während der letzten Monate zeigt deutlich, daß Ihre Wirtschafts- und Finanzpolitik in eine Sackgasse führt, an deren Ende wir die traurige Rekordmarke von drei Millionen Arbeitslosen übertreffen werden.

(Dr. Falthäuser [CDU/CSU]: Wiederholungslüge! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

- (B) So muß man objektiv feststellen: Die von der SPD vorgeschlagene Umstrukturierung der Steuersenkung 1988 ist für die meisten Bürgerinnen und Bürger eindeutig vorteilhafter, selbst unter Schonung der öffentlichen Haushalte um 5 Milliarden DM.

Hierzu fünf entscheidende Argumente: Erstens. Nach dem von uns vorgeschlagenen Tarif wird der **Grundfreibetrag** auf 5 022 DM für Ledige und 10 044 DM für Verheiratete angehoben. Das sind immer noch 270 bzw. 540 DM mehr als nach dem von Ihnen vorgelegten Änderungsgesetz.

Zweitens. Unsere Vorschläge, die 5 Milliarden DM weniger kosten, führen dazu, daß Verheiratete bis zu einem Bruttoeinkommen von etwa 80 000 DM und Ledige bis zu einem Bruttoeinkommen von immerhin noch 43 000 DM im Jahr weniger Steuern zahlen als nach dem von Ihnen eingebrachten Gesetzentwurf. Nicht nur der ledige Durchschnittsverdiener, sondern auch und gerade der gut verdienende verheiratete Facharbeiter, Angestellte, Ingenieure und Meister sowie die kleinen und mittleren Unternehmer werden nach unseren **Tarifvorschlägen** stärker entlastet. Das sind die Fakten.

(Beifall bei der SPD)

Drittens. Durch die von uns vorgeschlagene Anhebung des **Kindergeldes** auf monatlich 100 DM für das erste Kind, 200 DM für das zweite Kind und 300 DM für das dritte und jedes weitere Kind — der Herr Bundesfinanzminister ist eben darauf eingegangen — wird den Familien und vor allen Dingen den kinderreichen Familien spürbar geholfen. Sie dagegen haben mit Ihrer jetzt eben verteidigten Umstellung

auf **Kinderfreibeträge** ein ungerechtes System geschaffen, das einkommensstarke Familien kraß bevorzugt. Und damit, meine Damen und Herren, verschenken Sie wiederum den möglichen kräftigeren Nachfrageimpuls einer gerechten Familienpolitik.

(Beifall bei der SPD)

Viertens. Insgesamt führen unsere steuerpolitischen Vorschläge — allein das **Gesamtbild** zählt — für 1988 im Vergleich zu Ihren Vorschlägen dazu, daß 80 % der Verheirateten und 70 % der Ledigen günstiger behandelt werden. Das sind die Fakten, über die heute entschieden wird, nicht etwa irgendwelche herausgeklauten Einzelbeispiele.

Fünftens. Die breite Mehrheit der Steuerzahler wird also stärker entlastet, obwohl durch die Vorschläge der SPD — was ja für die öffentliche Investitionskraft und damit für die Beschäftigungspolitik ganz entscheidend ist — 5 Milliarden DM weniger **Steuerausfälle für Bund, Länder und Gemeinden** zu verkräften sind als durch die Vorschläge der Bundesregierung. Dies zeigt, wie kraß einseitig die von der Bundesregierung vorgesehenen Steuersenkungen ausgerichtet sind.

Meine Damen und Herren, die Alternative der SPD zur Steuersenkung 1988 beweist, daß eine gerechte Tarifgestaltung möglich ist, die gleichzeitig auch unter dem Gesichtspunkt einer stärkeren Inlandsnachfrage wirtschaftlich vernünftig ist. Die Bundesregierung setzt jedoch mit dem jetzt vorliegenden Gesetzentwurf den eingeschlagenen Weg der Umverteilung von unten nach oben über die Steuerpolitik 1988 konsequent fort.

Meine Damen und Herren, nun zum schönen Jahr 1990: Für das Jahr 1990 ist ja die große Superreform angekündigt. Für 1990 sind aber leider keine konkreten Angaben über die Entwicklung der Steuerbelastung aus heutiger Sicht möglich. Herr Stoltenberg, Sie haben nämlich erst die Speckseite Ihrer Steuerpläne 1990, den Steuerentlastungsteil, der Öffentlichkeit präsentiert. Wie der andere Teil, die **Finanzierungs- und Belastungsseite**, aussieht, wollen Sie den Wählern, den Bürgern immer noch verschweigen. Erst nach den letzten Landtagswahlen in diesem Jahr, nach der Wahl in Ihrer schönen Heimat Schleswig-Holstein, wollen Sie den Bürgern die Wahrheit über dieses Steuerpaket sagen.

(Zuruf von der SPD: Unerhört!)

Dieses Versteckspiel wird sich nicht lohnen, Herr Stoltenberg.

(Zustimmung bei der SPD)

Gegenwärtig weiß die Mehrheit der Bürger also nicht — und das ist eigentlich ein Skandal —, wie sich das Steuerpaket 1990 für sie tatsächlich auswirkt. Ob sie entlastet oder belastet werden, ist völlig offen. Nur die kleine Zahl der sehr gut Verdienenden, für die der Spitzensteuersatz gesenkt werden soll, kann wirklich sicher sein, daß sie der absolute Gewinner des Steuerpakets ist.

Meine Damen und Herren, Herr Stoltenberg, Sie bringen die öffentlichen Haushalte mit Ihrer Politik einseitig ungerechter Steuergeschenke in immer mas-

Dr. Spöri

- (A) sivere Schwierigkeiten. Sie haben bereits selbst einen Anstieg der **Haushaltsdefizite der Gebietskörperschaften** auf 3% des Bruttosozialprodukts im Jahr 1990 angekündigt. Im Klartext heißt das, meine Damen und Herren, daß Bund, Länder und Gemeinden 1990 70 Milliarden DM neue Schulden aufnehmen werden.

Dem Bund werden 1990 mindestens 45 Milliarden fehlen, auch wenn Sie, Herr Stoltenberg, bisher nur eine geplante **Neuverschuldung** von etwas mehr als 30 Milliarden DM zugegeben haben. Und bei dem **Haushaltsdefizit des Bundes** von 45 Milliarden DM ist dann noch einmal berücksichtigt, daß das heutige Ergebnis der Steuerschätzung ein weiteres Loch von wahrscheinlich 7 Milliarden DM für 1990 aufreißen wird, für das Sie keine Deckung haben, Herr Bundesfinanzminister.

(Zuruf von den GRÜNEN: Allerdings!)

Sie, der große Konsolidierungsheld, sitzen in Wahrheit auf einer selbstgebastelten haushaltspolitischen Zeitbombe, Herr Stoltenberg.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Sie tun nur so, als ob Sie das alles noch im Griff hätten. Doch ich sage Ihnen: Jetzt, wo der Konjunktur-Boom vorbei ist, jetzt, wo die Bundesbankgewinne abnehmen, haben Sie Ihren Haushalt mittelfristig nicht mehr im Griff.

Wie wollen Sie angesichts dieser trostlosen Haushaltsperspektive ohne **Erhöhung der Mehrwertsteuer** eigentlich noch zurechtkommen? Mit **Subventionsabbau**, bei dem Sie bisher wirklich jeden Erfolgsnachweis schuldig geblieben sind, werden Sie Ihre Haushaltsprobleme nicht in den Griff bekommen. Ich sage Ihnen: Sie werden die Mehrwertsteuer in diesem Hause erhöhen. Und es ist zu befürchten, daß Sie die Mehrwertsteuer sogar um zwei Prozentpunkte, nämlich von 14% auf 16%, erhöhen werden.

(B)

Vizepräsident Cronenberg: Herr Abgeordneter Spöri, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Uldall?

Dr. Spöri (SPD): Lassen Sie mich — ich bin am Ende — zusammenfassen: Das von der Bundesregierung eingebrachte Reparaturgesetz verspielt die Chance, unser Steuersystem gerechter zu machen. Es verspielt auch konjunkturpolitische Chancen. Sicher ist lediglich, daß es die öffentliche Verschuldung bis 1990 um 16,5 Milliarden DM zusätzlich verschärft. Die Koalition wird es daher bald bereuen, daß sie unseren Antrag für eine gerechte und gleichzeitig beschäftigungswirksame Steuerpolitik heute ablehnt. Gehen Sie daher in sich, Herr Uldall! Es ist noch Zeit bis zur Abstimmung.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Cronenberg: Das Wort hat der Abgeordnete Gattermann.

Gattermann (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Spöri, Sie haben soeben einen eindrucksvollen Fünf-Argumente-Katalog vorgetragen. Ich will ihn ergänzen: Sechstens. Sie treiben den Facharbeiter der Mineralölwirtschaft sofort, alle übrigen aufstrebenden Arbeitnehmer mit einem time-lag von ein bis zwei Jahren in eine Eiger-Steilwand eines **Progressionstarifs** hinein, der wirklich nicht zu verantworten ist.

Siebtens. Sie muten dem Arbeitnehmer an der Drehbank mit vier Kindern das Erlebnis zu, daß sein Nachbar mit mitarbeitender Ehefrau steuerlich genauso zur Kasse gebeten wird. Dadurch fördern Sie also die **kinderlose Ehe** in erheblichem Umfange.

(Widerspruch bei der SPD)

Achtens, lieber Herr Spöri. Sie haben mit dem **Rau-Tarif** schon bei der Bundestagswahl Schiffbruch erlitten. Sie werden damit auch im nächsten Frühjahr im Ländle keinen Blumentopf gewinnen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsident Cronenberg: Herr Abgeordneter Gattermann, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Gattermann (FDP): Wenn der Herr Präsident die Großzügigkeit hat, sie nicht auf meine Redezeit anzurechnen.

Vizepräsident Cronenberg: Er hat sie.

Gattermann (FDP): Er hat sie. — Bitte schön.

(D)

Dr. Spöri (SPD): Also, Herr Kollege Gattermann, ich möchte Sie fragen, ob Ihnen bekannt ist, daß auch die Kollegin Frau Noelle-Neumann, die Ihnen näher als mir steht, bei ihren demoskopischen Umfragen herausgefunden hat, daß aus dem ursprünglich geplanten offensiven Thema Steuerpolitik für die Koalition im Bundestagswahlkampf ein Defensivthema geworden ist. Und zweitens: Wollen Sie eigentlich in diesem Parlament weiter so tricky verfahren, daß Sie unseren Tarifentwurf für 1988, der 20 Milliarden DM weniger Entlastungsmasse enthält, mit Ihrem Tarif von 1990 vergleichen? Das ist doch ein völlig unseriöser Vergleich, Herr Gattermann.

Gattermann (FDP): Also, sehr verehrter Kollege Spöri, wie nahe mir Frau Noelle-Neumann steht,

(Dr. Spöri [SPD]: Sie können auch Kaltefleiter fragen!)

wage ich mangels persönlicher Bekanntschaft nicht zu bewerten. Es kommt mir auch nicht auf die Kaffeesatzleserei an.

(Dr. Spöri [SPD]: Sie haben damit angefangen!)

Ich sehe nur das Ergebnis der Wahl hier in der Sitzverteilung des Deutschen Bundestages.

(Beifall bei der FDP — Abg. Frau Matthäus-Maier [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Gattermann

(A) — Ich lasse jetzt keine weiteren Zwischenfragen mehr zu.

(Dr. Apel [SPD]: Das ist auch besser für Sie!)

Ich will aber den zweiten Teil der Frage noch beantworten, Herr Spöri. Es hat nun wirklich keinen Sinn: Wir haben uns über die Vergleiche, die Seriosität von Vergleichen und die Zulässigkeit von Vergleichen hier in der letzten Steuerdebatte ausgiebig unterhalten. Lesen Sie nach, was wir damals dazu gesagt haben. Das ist die Antwort auf Ihre Frage.

Das Steuersenkungs-Erweiterungsgesetz 1988 fügt sich nahtlos in die steuerpolitische Konzeption dieser Koalition aus CDU/CSU und FDP ein. Das ist eine seit fünf Jahren in Konsistenz betriebene Steuerpolitik. Wir werden sie weiter so konsequent wie bisher führen.

Dieses Konzept lautet nämlich: Rücknahme der überzogenen Steuerlast auf allen Ebenen — ich betone: auf allen Ebenen —: bei den Unternehmen und den Selbständigen ebenso wie bei den Arbeitnehmern und den Familien. Der Leistungswille der arbeitenden Menschen und die Wachstumskräfte der Wirtschaft sind zu stärken. Das ist eine zentrale Aufgabe unserer Steuerpolitik. Und der werden wir genügen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

(B) Der erste Schritt bei dieser Strategie war eine **Entlastung der Unternehmen**, überwiegend bei den ertragsunabhängigen Steuern 1984. Dann kam der nächste Schritt mit der ersten Stufe des Steuersenkungsgesetzes, der eine eindeutige **familienpolitische Orientierung** hatte. Erst 1988 — so das noch im Bundesgesetzblatt stehende Steuersenkungsgesetz 1986/1988 — kommt die Entlastung der **progressiv besteuerten Bürger** an die Reihe.

Mir ist wirklich unverständlich, wie bei einer solchen Steuerpolitik Ihre Propaganda mit dem unsozialen Steuerrecht gerechtfertigt werden soll. Was ist eigentlich daran auszusetzen, wenn man zuerst dafür sorgt, daß die Wirtschaft wieder anspringt, wenn man zum zweiten dafür sorgt, daß die Familien entlastet werden,

(Dr. Spöri [SPD]: Wechselkurse!)

und wenn man zum dritten dafür sorgt, daß die überbordende Steuerbelastung der progressiv besteuerten Bürger reduziert wird?

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Der nächste Schritt ist die für 1990 angekündigte Steuerreform.

Und nun ist mir diesem Gesetzentwurf etwas passiert: Wir haben einen Teil aus diesem Konzept für 1990 im Volumen von 5,2 Milliarden auf das Jahr 1988 vorgezogen.

Dazu fällt Ihnen natürlich wieder nichts anderes ein, als von der „Fortsetzung dieser ungerechten Politik“ zu reden. Aber wenn Sie sich die Verteilung nur einmal dieser 5,2 Milliarden DM anschauen, werden Sie merken, daß die ganz überwiegend im Bereich kleiner

und mittlerer Unternehmer und geringer verdienender Arbeitnehmer und Selbständiger liegt. (C)

(Huonker [SPD]: Der zahlt auch mehr!)

Mit diesem Steuersenkungs-Erweiterungsgesetz kommen wir einer Verpflichtung aus dem **Louvre-Abkommen** nach, Herr Spöri. Dieses Abkommen wird nach meiner Meinung in der Diskussion ein wenig unterbewertet. Immerhin ist mit diesem Abkommen eine Währungsinterventionspolitik erreicht worden, die den rapiden, rasanten Fall des Dollars gebremst hat. Ich wage mir nicht vorzustellen, welche Auswirkungen eine weitere ungebremste Talfahrt für unseren Export und auch für unsere Haushaltsentwicklung gehabt hätte. In diesem Zusammenhang ist das Vorziehen dieses 5,2-Milliarden-Paketes zur **binnenkonjunkturellen Stützung** zugesagt worden.

(Frau Traupe [SPD]: Das glauben Sie doch selbst nicht, Herr Gattermann!)

Das ist eine Situation, die — wenn auch nicht in den Dimensionen — mit dem Weltwirtschaftsgipfel 1978 vergleichbar ist. Doch im Gegensatz zu 1978 hüten wir uns davor, nun in irgendwelchen konjunkturpolitischen Aktionismus zu verfallen, sondern wir bleiben in der Konsistenz unserer steuerpolitischen Konzeption und beschleunigen einen ohnehin projektierten Schritt teilweise.

(Zuruf von der SPD: Bis jetzt noch!)

Meine Damen und Herren, man kann sich möglicherweise darüber streiten, was 5,2 Milliarden DM Nachfrage konjunkturpolitisch bewirken sollen. Aber bitte, vergessen Sie doch nicht, daß wir hier die Kumulation mit den 8,5 Milliarden DM haben, die ohnehin auf Grund unserer früheren Gesetzgebung erst 1988 zum Tragen kommen werden. Das heißt: Es handelt sich um ein Volumen von rund 14 Milliarden DM, und das ist interessanterweise, Herr Apel, exakt das Steuermindereinnahmenvolumen der Steuerreform von 1975. (D)

(Uldall [CDU/CSU]: Der Bruttoentlastung!)

Also, man wird einem Paket von 15 Milliarden DM eine gewisse binnenkonjunkturstärkende Wirkung mit Sicherheit nicht absprechen können.

Herr Bundesfinanzminister, wir haben dieses Gesetz hier eingebracht, wir werden es zügig beraten, so daß schon auf dem **Weltwirtschaftsgipfel in Venedig** insoweit ein gewisser Teilvollzug des Louvre-Abkommens vermeldet werden kann. Weiteren Druck, Herr Kollege Spöri, wird es natürlich immer geben; das ist so üblich. Diesen Druck werden wir aber mit diesen Maßnahmen durchaus aushalten können.

Meine Damen und Herren, Herr Kollege Spöri, Ihre Vorstellungen zur Steuerpolitik, Ihr Antrag für eine gerechte und beschäftigungswirksame Steuerpolitik enthält nichts als die Rezepte von gestern. Sie wollen die überzogenen **Grenzsteuerbelastungen** sowohl bei der Einkommensteuer festschreiben, Sie wollen die **Tarifbelastung** für die thesaurierten Gewinne bei der Körperschaftsteuer auf dem Niveau von 56 % festschreiben, Sie wollen also im Ergebnis — anders ausgedrückt — den Unternehmen die nicht zuletzt wegen des internationalen Steuersenkungstrends und der

Gattermann

- (A) sich daraus ergebenden Wettbewerbssituation notwendige Entlastung verweigern. Meine Damen und Herren, da hoffe ich auf einen Umdenkungsprozeß auch in der SPD.

Mitte April habe ich in der „Hamburger Morgenpost“ aus dem Papier des Herrn von Dohnanyi zur Situation der Reeder als einen Forderungspunkt entnommen, daß die **ertragsunabhängigen Steuern für Reeder** drastisch gesenkt werden sollen. Das ist in der Subventionslandschaft nicht besonders verwunderlich, aber die Begründung dafür ist interessant. Die Begründung ist nämlich, daß im internationalen Steuerwettbewerb die Belastung für die Reeder in Deutschland zu hoch sei. Wenn man verstanden hat, worum es für die Reeder geht, dann hoffe ich, daß man das in einem exportorientierten Land wie der Bundesrepublik Deutschland auch für die gesamten makroökonomischen Rahmenbedingungen versteht.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren von den GRÜNEN, Ihre Alternativen sind in der Öffentlichkeit weitgehend unbekannt. Das ist Ihr Glück, denn ich habe in einer Umfrage gelesen, daß gerade im Wählerpotential der GRÜNEN die Auffassung am stärksten vertreten ist, daß die Steuern gesenkt werden müßten. Wer dann aber Ihr Programm mit Steuererhöhungen, Abschaffung des Ehegattensplitting und was der schönen Horrorinstrumente mehr sind, lesen würde, müßte eines Besseren belehrt werden. Ich habe das hier nur deshalb gesagt, weil wir alle miteinander, meine Damen und Herren, aufgerufen sind, hier wirklich Aufklärungsarbeit zu leisten. Die Wähler sollen doch, Herr Kollege Spöri, keine Katze im Sack kaufen.

(B)

(Poß [SPD]: Hat doch bei Ihnen nichts genutzt! Warum soll es bei den GRÜNEN etwas nutzen? — Dr. Spöri [SPD]: Wo sind denn Ihre 19 Milliarden? Das ist doch die Katze im Sack! — Weiterer Zuruf von der SPD: Politischer Roßtäuscher!)

— Die kriegen Sie in diesem Jahr noch vorgelegt.

Herr Kollege Spöri, enden möchte ich mit einer Empfehlung für den Spitzenkandidaten in Baden-Württemberg. Die Schwaben haben ein ungewöhnlich ausgeprägtes Gespür dafür, daß die eigene Überzeugung und das eigene Wissen in Übereinstimmung mit dem stehen muß, was man sagt. Da ich weiß, wieviel Sachverstand und Kenntnis der Zusammenhänge bei Ihnen vorhanden ist, spüren die Schwaben natürlich, daß solche Horrorgemälde mit reiner verteilungspolitischer Polemik, wie Sie sie hier dargestellt haben, eigentlich kein echter Spöri sind.

(Dr. Spöri [SPD]: Das ist Gerechtigkeit, nicht Polemik! Dafür sind die Schwaben!)

Vizepräsident Cronenberg: Herr Abgeordneter Gattermann, gestatten Sie zum Schluß noch eine Frage des Abgeordneten Stratmann?

Gattermann (FDP): Ja, bitte, gerne.

Vizepräsident Cronenberg: Bitte sehr.

Stratmann (GRÜNE): Herr Gattermann, wenn ich Ihre Äußerungen zu den steuerpolitischen Vorschlägen der GRÜNEN-Programmatik anhöre, kommt mir die Frage, ob Ihnen auch schon bei der Lektüre von FDP-Programmen nach einem halben Absatz die Puste ausgeht oder ob Sie bereit sind, Programme ganz zu lesen und sie dann auch in ihrer Gänze zu bewerten? (C)

Gattermann (FDP): Lieber Herr Kollege Stratmann, ich lese Programme vollständig. Ich habe auch aus Ihrem Programm etwas mehr gelesen als die drei Punkte, die ich hier erwähnt habe. Aber das sind doch die springenden Punkte: Abschaffung des Ehegattensplitting,

(Beifall bei den GRÜNEN)

Anhebung des Spitzensteuersatzes auf 60%,

(Beifall bei den GRÜNEN)

Einführung einer progressiven Vermögensteuer, Ausbau der Gewerbesteuer zur Wertschöpfungssteuer, Einführung einer Serie von Umweltabgaben wie Schadstoffabgaben, Chlorsteuer, Sondermüllabgabe, Verpackungsabgabe usw.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dann haben Sie in der Tat — das will ich Ihnen zugehen — im Vergleich zu den anderen Parteien einen sehr hohen Grundfreibetrag ausgewiesen. Das konzediere ich Ihnen. Aber, lieber Herr Stratmann, Sie können ein Wirtschaftssystem und einen Staat wie diesen nicht mit Menschen finanzieren, die sich darauf beschränken, maximal im Rahmen ihrer Freibeträge Einkommen zu erwirtschaften. (D)

Schönen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsident Cronenberg: Das Wort hat der Abgeordnete Hüser.

Hüser (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich werde in den nächsten vier Jahren mit Sicherheit hier versuchen, auch das deutlich zu machen, was nach Ihrer Meinung in der Öffentlichkeit noch nicht bekannt genug ist, nämlich unsere steuerpolitischen Vorschläge. Vielleicht liegt es auch daran, daß wir bei der letzten Wahl leichte Einbußen erlitten haben. Wenn unsere steuerpolitischen Vorschläge bekannt wären, bin ich sicher, daß wir auch da einen Rückhalt innerhalb der Bevölkerung bekämen.

Ich möchte jetzt aber auf die Gesetzesinitiativen, die hier vorgelegt worden sind, eingehen. Es wird für die Geschichte wohl schwer nachvollziehbar sein, welches Konzept hinter den vielen Steuerbeschlüssen eigentlich steht. Das letztjährige „Jahrhundertwerk der Steuersenkung 1986/88“ wird einmal schnell zur kleinen Steuerreform degradiert, an der dann noch weiter herumgeflickt wird. Der erste Teil der zweiten großen Steuerreform wird auf die zweite Stufe der ersten großen Steuerreform vorgezogen. Was uns sonst noch bevorsteht, werden wir wohl erst noch in den nächsten Jahren erfahren. So ein Wirrwarr kann

Hüser

- (A) wohl wahrlich nicht als konzeptionelle Politik betrachtet werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir würden dies bei uns als Chaos bezeichnen.

In der Präambel zu diesem Erweiterungsgesetz steht als Zielsetzung zu lesen, daß es um die „Verstärkung der insgesamt nach oben gerichteten wirtschaftlichen Entwicklung“ gehe. Es wäre wohl treffender gewesen, wenn Sie von einer „Verschärfung der insgesamt nach oben gerichteten Umverteilung“ geschrieben hätten; denn auch dieses Gesetz, die Erweiterung des Steuerausfallvolumens um 5,2 Milliarden DM zusätzlich zu den schon in der letzten Legislaturperiode für 1988 beschlossenen Steuerausfällen von 8,5 Milliarden DM, wirkt eindeutig unsozial. Da können Sie sich, meine Damen und Herren von der Regierungskoalition, noch so sehr in semantischen Verrenkungen üben, es wird einfach bei dieser Tatsache bleiben.

Lassen Sie mich dies im einzelnen an zwei Punkten begründen. Sie feiern hier einmal die **Anhebung des Grundfreibetrages**. Diese Anhebung des Grundfreibetrages von 216 DM setzt das steuerlich gewährte Existenzminimum auf etwas über 4 700 DM, 4 752 DM genau, hinauf. Die zusätzliche Steuerersparnis von gerade 4 DM kann ja wohl kein Grund zum Feiern sein. Dazu reichen die 4 DM mit Sicherheit nicht aus.

- (B) Grund zum Feiern haben allerdings gerade diejenigen, die nicht nur diese 4 DM einstecken, sondern auch eine kräftige Anreicherung durch das Steuersenkungs-Anreicherungs-gesetz erhalten.

Wenn wir uns das einmal ganz konkret für einen **Spitzenverdiener** mit 130 000 DM zu versteuerndem Jahreseinkommen anschauen, dann stellen wir fest, daß die Entlastung der zweiten Stufe des Steuersenkungsgesetzes in Höhe von 2 069 DM noch einmal um 1 059 DM angereichert wird. Hier wird sehr deutlich, was das Wort „Anreicherung“ bedeuten soll. 1990 wird noch einmal um 3 619 DM erhöht. Wir haben hier also in fünf Jahren von Ihnen ein Steuergeschenkpaket für diese Personen geknüpft bekommen, das die Steuer um über 8 000 DM pro Jahr verringert. Für Spitzenverdienerhepaare macht dies sogar fast 17 000 DM aus. Das ist wahrlich eine radikale Politik. Das ist eine Entlastung für Spitzenverdienerhepaare, die im Monat — und das sollte man auf der Zunge zergehen lassen — viereinhalb mal so hoch ist wie die Steuerentlastung für einen Ledigen mit geringem Einkommen im ganzen Jahr.

Lassen Sie mich noch etwas zur Umverteilung insgesamt sagen. Sie argumentieren immer damit, daß bei dem gesamten Steuersenkungspaket die **unteren Einkommenschichten** stärker entlastet werden als die **oberen Einkommenschichten**. Das ist aber meiner Meinung nach eine bewußte Irreführung der Wähler und Wählerinnen und stellt die Tatsachen auf den Kopf. Fakt ist doch eindeutig, daß alle Spitzenverdiener von allen Maßnahmen des Steuersenkungspaketes profitieren, sowohl von der Anhebung des Grundfreibetrages als auch von der Abflachung der Progression und natürlich von der Reduzierung des Spitzensteuersatzes. Somit tragen nach der Steuer-

senkung die Spitzenverdiener zum Steueraufkommen relativ weniger bei als vorher, und das ist doch eindeutig eine Umverteilung von unten nach oben. Das können Sie nicht wegdiskutieren. (C)

Sie heben zweitens als besonders familienfreundlich hervor, daß die **Ausbildungsfreibeträge** angehoben werden und daß Sie den **Haushaltsfreibetrag**, den Alleinerziehende erhalten, um den gleichen Betrag wie den Grundfreibetrag anheben. Zu letzterem hat der Verband alleinstehender Mütter und Väter in einem Brief an den Bundeskanzler eindeutig klargestellt, daß dies nicht als großzügige Geste darzustellen ist, sondern daß dieses durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts geboten ist.

Es liegt natürlich voll auf Ihrer Linie, meine Damen und Herren von der Koalition, daß Eltern mit hohem Einkommen zweieinhalbmal so stark entlastet werden wie Familien mit geringem Einkommen, vorausgesetzt natürlich, daß diese Eltern überhaupt genügend Geld haben, ihren Kindern eine Ausbildung zahlen zu können, die über das 18. Lebensjahr hinausgeht bzw. eine auswärtige Unterbringung erfordert. Diese unsozialen steuerlichen Freibeträge können einfach den Flurschaden nicht wettmachen, der durch die Streichung des Schüler-BAFöG entstanden ist. Solche Maßnahmen wie die Streichung des Schüler-BAFöG stellen eine bildungspolitische Selektion dar, die durch die progressiv entlastenden steuerlichen Ausbildungsfreibeträge in der Regel nur noch verstärkt wird.

Lassen Sie mich noch einen wichtigen Punkt bei der Erhöhung der Ausbildungsfreibeträge und der Haushaltsfreibeträge erwähnen, der in der Regel in der steuerpolitischen Debatte kaum beachtet wird. Durch das Steuersenkungsgesetz sind für **ausländische Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen**, deren Familien in ihren Heimatländern leben, diese **Freibeträge** gestrichen worden. Für den deutschen Fiskus sind diese Familien anscheinend nicht existent. Dies ist wohl eine Variante der Ausländerpolitik, mit der über eine steuerliche Schlechterstellung den Ausländern die Heimreise schmackhaft gemacht werden soll. Für die Bundesregierung sind eben nicht alle Familien gleich. Freundlich ist die Regierung nur zu bestimmten Familien: Sie müssen erstens deutsch sein. Zweitens müssen die Eltern verheiratet sein. Drittens müssen die Eltern die gute alte geschlechtsspezifische Arbeitsteilung vollziehen. Und viertens müssen sie noch reich sein. Das ist eine ideale, förderungswürdige Familie, wie sie genau den Konzepten der CDU/CSU entspricht. (D)

Allerdings sind auch für die SPD die Bedingungen für eine merkliche finanzielle Förderung kaum anders, nur — das gestehe ich zu — daß im Punkt 4 etwas abgeschwächt wird. Auch Sie haben sich dagegen ausgesprochen, Inlands- und sogenannte Auslands-kinder gleich zu behandeln. Ebenso wollen Sie auch das **Ehegattensplitting** unverändert beibehalten.

(Frau Matthäus-Maier [SPD]: Gelogen! Zum Splitting haben wir doch Vorschläge gemacht! — Dr. Spöri [SPD]: Wir akzeptieren nicht das System dieser Freibeträge!)

Hüser

(A) — Sie wollen doch — das ist aus diesem Antrag, den Sie einbringen, ersichtlich — nicht an das Ehegattensplitting heran.

Vizepräsident Cronenberg: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Matthäus-Maier?

Hüser (GRÜNE): Ja, bitte. Ich nehme an, Sie rechnen es mir nicht auf die Zeit an.

Vizepräsident Cronenberg: Natürlich nicht, bitte schön.

Frau Matthäus-Maier (SPD): Ist Ihnen bekannt, Herr Kollege, daß wir noch im Jahre 1982 — leider wurde danach diese alte sozialliberale Regierung gestürzt — einen Gesetzentwurf zur Beschränkung des Splittingvorteils auf 10 000 DM im Jahr eingebracht haben?

Hüser (GRÜNE): Das ist mir nicht bekannt.

(Dr. Spöri [SPD]: Lesen Sie im Bundestagsprotokoll nach!)

Wenn das so ist, dann werden wir vielleicht eine Möglichkeit finden, daß wir in diesem Bereich zusammenarbeiten können.

(Beifall bei der GRÜNEN)

Allerdings noch ein Punkt zu den Kinderfreibeträgen, die Sie abschaffen und durch ein Kindergeld ersetzen wollen. Wenn man das Kindergeld für das erste Kind mit den jetzt schon gewährten Zulagen — Kindergeld und Kinderfreibeträge, und den Vorteilen, die man daraus zieht — vergleicht, dann macht das gerade eine Erhöhung von 4 DM aus. Das kann doch wahrlich keine Alternative sein. Dies ist aber auch nicht weiter verwunderlich, da Sie an das Gesamtprinzip im großen und ganzen nicht herangehen, sondern auf der Steuersenkungsschiene beharren wollen, gegen das Votum der Gewerkschaften, wobei wir auch hier mit den Gewerkschaften auf einer Linie liegen.

(B) Jetzt komme ich, Herr Gattermann, zu den Vorschlägen, die wir in die Steuerdebatte einbringen wollen: Wir haben in unserem **Programm „Umbau der Industriegesellschaft“** einen Umbau des Familienlastenausgleichs gefordert, ein Umbau weg von der Eheförderung hin zu einer finanziellen Unterstützung von Kindern, die ausreichend ist, den finanziellen Mindestbedarf der Kinder zu decken. Dies bedeutet nicht, daß nur für das erste Kind 100 DM und dann gestaffelt nach der Ordnungszahl Kindergeld gezahlt wird, sondern daß ganz deutlich je nach Alter des Kindes für jedes Kind Kindergeld in einer Spanne von 210 bis 450 DM bezahlt werden soll. Dieser Umbau ist durch entsprechende Umverteilungen im Steuersystem finanzierbar.

Lassen Sie mich jetzt zu einem weiteren Punkt kommen, der in diesem Gesetzentwurf angesprochen ist. Der Gesetzentwurf beinhaltet auch eine Erweiterung der **Sonderabschreibungen für kleine und mittlere Unternehmen**. Abgesehen davon — diese Kritik ist auch aus der Wirtschaft gekommen —, daß kleine und mittlere Unternehmer auf steuerliche Sonderregelungen in ihrem Investitionsverhalten so gut wie gar nicht

reagieren können, schon aus dem einfachen Grund, weil den kleinen Unternehmen in ihren Betrieben die Steuerfachabteilung fehlt (C)

(Dr. Faltthäuser [CDU/CSU]: Die können gut rechnen, die brauchen keine Steuerabteilung!)

— das glaube ich nicht; lesen Sie die Kritiken aus der Wirtschaft zu diesen Empfehlungen, dann müssen Sie mir Recht geben —, möchte ich hier eine grundsätzliche Kritik an der Art und Weise, wie Investitionsförderung betrieben werden soll, anbringen.

Der hier gewählte wirtschaftspolitische Ansatz ist angesichts der zu bewältigenden Probleme gerade bei der Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit und dem Abbau der Umweltzerstörung nach unserer Meinung absolut untauglich. Dies gilt auch — das möchte ich hier betonen — für den Gegenvorschlag der SPD, eine zeitlich befristete, steuerfreie **Investitionsrücklage für kleine und mittlere Unternehmen** einzuführen.

Lassen Sie mich dies begründen: Beide Maßnahmen stellen erstens eine Verringerung des Kapitalnutzungspreises dar und geben somit einen Anreiz, Arbeit durch Kapital zu ersetzen, also weitere Rationalisierungen mit den entsprechenden Folgen für den Arbeitsmarkt durchzuführen.

(Frau Matthäus-Maier [SPD]: Unzutreffend!)

Zweitens werden durch beide Maßnahmen jegliche Investitionen gefördert, egal ob es sich um Investitionen handelt, die die Umwelt entlasten oder um solche, die sie zusätzlich belasten. (D)

Wir GRÜNEN halten es dagegen für absolut notwendig, alle Mittel — und gerade auch die Mittel für die Förderung der Wirtschaft — darauf zu konzentrieren, daß wir zu einer umweltverträglichen Wirtschaftsweise gelangen. Dieser großen Koalition aus Umweltignoranten hier in diesem Hohen Haus

(Zurufe von der CDU/CSU: Aber bitte!)

ist es dagegen wohl offensichtlich egal, ob umweltverträglich oder umweltschädlich investiert wird.

(Beifall bei den GRÜNEN — Zuruf von der SPD)

— Ich habe hier sehr deutlich differenziert!

(Dr. Spöri [SPD]: Wer einen so elitären Dünkel hat, hat einen Schatten!)

— Das glaube ich nicht, Herr Spöri, aber wir können uns im Finanzausschuß darüber bestimmt noch unterhalten.

(Dr. Spöri [SPD]: Da sind wir auf Ihre Vorschläge gespannt!)

— Die werden kommen, bestimmt.

(Dr. Spöri [SPD]: Ihr Monopolanspruch!)

Durch den vorliegenden Gesetzentwurf der Koalition werden gerade dem Bereich der Umweltschutzinvestitionen der Gemeinden Mittel entzogen werden. Es ist ja bekannt, daß ungefähr drei Viertel dieser Investitionen von den Kommunen getragen werden. Für die Kommunen, die schon in diesem Jahr mit einem Defizit abschließen werden, dürften die gesamt-

Hüser

- (A) ten steuerlichen Ausfälle, die auf sie zukommen werden, zu einer glatten Finanzkatastrophe ausarten, zumal wenn die steigenden Sozialhilfebelastungen noch hinzugerechnet werden. Es ist schon zynisch, wenn der Herr Staatssekretär Voss aus dem Finanzministerium im „Handelsblatt“ schreibt — ich möchte zitieren —:

Die Kommunen werden sich durch eine restriktive Finanzpolitik die Finanzierungsspielräume selbst schaffen müssen. Aus einem übermäßigen Ausgabegebaren kann kein Anspruch auf finanzielle Unterstützung durch den Bund abgeleitet werden.

Wenn wir sehen, daß diese finanziellen Ausgaben eben hauptsächlich auf der Erhöhung der Sozialhilfe beruhen, halten wir das für reichlich zynisch.

Lassen Sie mich zum Schluß noch eine kurze Anmerkung zur **Finanzierung** machen. Vor nicht allzu langer Zeit haben Sie noch jegliche Erhöhung der Nettoneuverschuldung als Teufelszeug weit von sich gewiesen. Die härtesten Kürzungen im sozialen Bereich wurden mit Konsolidierungsargumenten begründet. Wichtige Leistungsgesetze für die nächsten vier Jahre werden einfach ausgeschlossen. Aber für die unsoziale Steuerreform, für die Verteilung von Steuergeschenken wird jede Ideologie beiseitegefegt, und mit den gewagtesten Argumenten wird einer nicht unerheblichen Neuverschuldung das Wort geredet. Ich kann dem Kollegen Sellin nur darin recht geben, daß die 30 Milliarden mit Sicherheit nicht ausreichen werden. Hier zeigt sich unserer Meinung nach sehr deutlich, daß Sie nichts weiter als eine konzeptionslose Lobbyistenpartei sind.

(B)

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Wir werden dazu beitragen, daß dies auch in der Öffentlichkeit kundgetan wird.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Cronenberg: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Uldall.

Uldall (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und meine Herren! Man muß sich wirklich schon ganz große Mühe geben, um in Ihrer Politik, Herr Spöri, eine klare Linie zu erkennen. Wenn man sich einmal Ihre heutigen Ausführungen und die der vergangenen Monate vor Augen hält, waren es auf der einen Seite Forderungen nach höheren Ausgaben und auf der anderen Seite — was wir heute gehört haben — Klagen über ein zu hohes Defizit; dann war es Kritik an zu hohen Subventionen, aber auch wieder die Forderung nach neuen Subventionen. Herr Spöri, das alles paßt nicht zueinander,

(Dr. Spöri [SPD]: Das begreifen Sie nicht!)

und ich gebe Ihnen den guten Rat: Wenn Sie in Baden-Württemberg die 28,5%-Grenze überschreiten wollen, müssen Sie zunächst einmal dafür sorgen,

daß Sie einen klaren finanzpolitischen Kurs verfolgen. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Dr. Spöri [SPD]: Denken Sie lieber einmal an Hamburg!)

Ich kann nur sagen, in ganz erfreulichem Gegensatz dazu steht die **mehrteilige Steuerreform**, die die Koalitionsparteien 1986, 1988 und 1990 in einem geschlossenen Gesamtprogramm zur Steuersenkung durchführen.

(Dr. Spöri [SPD]: „Aus einem Guß“ haben Sie vergessen!)

Dieses Programm ist vom Umfang und von der Konzeption her in der Geschichte der Bundesrepublik wirklich einmalig.

(Sehr wahr! bei der CDU/CSU)

Alle SPD-Vorschläge dagegen laufen immer auf Steuererhöhungen oder bestenfalls auf eine konstante Steuerlast hinaus. Damit bleibt die SPD auf ihrem alten Kurs von vor 1982, als Steuersenkungen bei den direkten Steuern immer mit einer Erhöhung der Mehrwertsteuer verbunden waren.

(Zuruf von der CDU/CSU: Jawohl! Tabaksteuer!)

Vizepräsident Cronenberg: Das veranlaßt den Abgeordneten Spöri zu einer Zwischenfrage. Gestatten Sie sie?

Uldall (CDU/CSU): Ja, die darf er gleich stellen. Ich halte es immer für gut, wenn der Kollege Spöri versucht, sich durch gute Fragen etwas schlauer zu machen, indem er sich dann meine guten Antworten anhört. Aber zunächst möchte ich diesen Gedanken zu Ende führen: (D)

Damals wurden durch Ihre steuerpolitischen Maßnahmen die bescheidenen Nettoentlastungen, die Sie letztlich durchgeführt haben, immer wieder durch das Zusammenspiel von Inflation und Steuerprogressionen aufgezehrt. Wenn man sich ansieht, wie in den 70er Jahren, als Sie die Verantwortung hatten, mit der Mehrwertsteuer umgegangen worden ist, kann man nur erkennen: 1977 wurde die Mehrwertsteuer erhöht, 1979 wurde die Mehrwertsteuer erhöht. Wenn wir weiter so vorgegangen wären, wären wir heute bei einer Mehrwertsteuer von 16%.

(Zuruf von der CDU/CSU: 20%)

Jetzt Herr Spöri, bitte.

Dr. Spöri (SPD): Oh, sehr gnädig!

Vielleicht können Sie mich einmal ein bißchen schlau machen; ich habe nämlich folgende Probleme. Sie haben gerade gesagt, all unsere Vorschläge zur Steuerreform liefen auf Steuererhöhungen hinaus. Wie können Sie das mit der Tatsache in Übereinstimmung bringen, Herr Uldall, daß wir als Kontrast zu Ihrem Steuersenkungsgesetz 1986/88 mit einem Entlastungsvolumen von 20 Milliarden DM ein Gegenkonzept mit dem gleichen Entlastungsvolumen entwickelt haben, das lediglich die Entlastungsmasse gerechter zugunsten der Mehrheit der Bevölkerung verteilt, nicht im Verhältnis 1 : 50 zugunsten der Bezie-

Dr. Spöri

(A) her von Spitzeneinkommen? Was ist daran Steuererhöhung, Herr Uldall?

Uldall (CDU/CSU): Lieber Herr Spöri, ich habe meine Rede damit eingeleitet, daß ich gesagt habe, Sie würden mit Ihren steuerpolitischen Maßnahmen einen Zickzackkurs fahren.

(Dr. Spöri [SPD]: Den machen Sie jetzt!)

Deswegen fällt es mir jetzt auch gar nicht schwer, Ihnen zu sagen: Gucken Sie einmal in Ihr **Programm „Umwelt und Arbeit“**. Das Programm „Umwelt und Arbeit“ ist ein reines Steuererhöhungsprogramm. Solange Sie Ihre Steuerpolitik mit solchen Programmen untermauern, kann ich wirklich nur sagen: Bei Ihnen kommt immer ein Mehr, aber nie ein Weniger für den Steuerzahler heraus.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP —

Dr. Spöri [SPD]: Also Herr Uldall!)

— Wollen Sie noch eine Zwischenfrage stellen oder wollen Sie nur lamentieren?

Dr. Spöri (SPD): Ich darf Sie nur noch fragen: Ist Ihnen eigentlich gar nicht bekanntgeworden, daß Ihre eigene Bundesregierung, die Sie hier in diesem Haus unterstützen, inzwischen wesentliche Teile unseres Programms „Arbeit und Umwelt“ abgekupfert hat

(Lachen bei der CDU/CSU und der FDP)

und über die Kreditanstalt für Wiederaufbau durchgeführt? Ist Ihnen das nicht bekannt?

(B) **Uldall** (CDU/CSU): Nein, mein lieber Herr Spöri, das ist nicht so, denn wir verfolgen einen grundsätzlich anderen Kurs, um die Konjunktur zu beleben. Das werde ich Ihnen im Verlaufe meiner Rede noch einmal darstellen.

Lassen Sie mich jetzt aber zurückkommen zu meinen Ausführungen — —

Vizepräsident Cronenberg: Ehe Sie das tun, möchte ich den Abgeordneten Spöri darauf aufmerksam machen, daß unsere Geschäftsordnung nicht ganz zu Unrecht vorsieht, daß die Fragen kurz und präzise, also Zwischenfragen und nicht Zwischenreden sein sollten. Wenn Sie sich dessen in Zukunft befleißigten, würden Sie es dem Präsidenten unheimlich erleichtern, die Zeiten nicht anzurechnen.

(Dr. Spöri [SPD]: Danke für die Nachsicht!)

Herr Abgeordneter, Sie können nun fortfahren.

Uldall (CDU/CSU): Meine Damen und meine Herren, ich hatte dargestellt, daß die Sozialdemokraten eine Mehrwertsteuererhöhung in Permanenz durchgeführt haben und daß die Sozialdemokraten heute, wären sie noch an der Regierung, bereits einen Mehrwertsteuersatz von 16 % erreicht hätten, wenn man das fortgeschrieben hätte. Wenn die Sozialdemokraten in ihrem Antrag, der uns heute vorliegt, sagen: „Die Erhöhung der Mehrwertsteuer . . . ist abzulehnen“, dann heißt das doch nichts anderes als das: Bitte, liebe Koalition, mache um Gottes willen nicht die Politik, die wir immer betrieben haben. Meine Damen und Herren, insofern kann ich nur sagen: Die Steuerreform, die wir hier verfolgen, ist eine Steuerre-

form, um die Leistungsbereitschaft der Steuerzahler wieder zu fördern. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Die Steuerreform bringt mehr Gerechtigkeit mit sich. Die Steuerreform ist sozial ausgewogen.

Unsere **Steuersenkungen** werden in **Teilschritten** vollzogen, und zwar deswegen, weil wir 1986 nicht das Geld hatten, um eine Steuersenkung in einem Schritt durchzuführen. Deswegen haben wir zunächst einmal die Steuern für die Bezieher niedriger Einkommen gesenkt. Dem so entstandenen Nachholbedarf wird mit der Verabschiedung des Steuersenkungserweiterungsgesetzes 1988 Rechnung getragen, das nichts anderes als ein Angleichen an die Maßnahmen beinhaltet, die 1986 vorgenommen worden sind. Deswegen ist es falsch, nur die Steuerentlastungen eines einzelnen Teilschritt zu sehen. Alles, was die Sozialdemokraten und auch die GRÜNEN hier an Beispielen — isoliert auf einen Teilschritt bezogen — gebracht haben, ist falsch. Man muß alle drei Schritte unserer langfristig angelegten Steuerpolitik gemeinsam betrachten.

Deswegen zählt alleine ein **Vergleich der Steuerbelastung** von vor 1986 mit der Steuerbelastung von 1990. Wenn ich mir diese Zahlen einmal ansehe, dann komme ich hier zu sehr interessanten Ergebnissen, die die ungerechtfertigten Vorwürfe der Sozialdemokraten wirklich als falsch deklassieren. Ein verheirateter ungelerner Arbeiter mit zwei Kindern und einem Brutto-Arbeitslohn von 22 500 DM kommt bei uns im Jahre 1990 auf eine hundertprozentige Steuerentlastung. (D)

(Frau Matthäus-Maier [SPD]: Wieviel abso-
lut?)

Bei den Sozialdemokraten mußte er damals eine Steuerlast von 1 500 DM tragen.

(Zuruf des Abg. Dr. Spöri [SPD])

— Da kann ich nur sagen, Herr Spöri: Einem Niedrigverdiener eine solche Steuerlast aufzubürden, ist meines Erachtens nun wirklich nicht als sozial zu bezeichnen.

Wir haben in der Debatte vorher über die Werften gesprochen. Deswegen möchte ich einmal die Entwicklung der Steuerbelastung eines durchschnittlich verdienenden Werftarbeiters aufzeigen. Er hat heute einen Stundenlohn von etwa 17 DM. Wenn Sie diesen Stundenlohn bei einem durchschnittlichen Bezug von 13,8 Monatsgehältern nach den Tarifverträgen und einer 3- oder 4 %igen Steigerung der Einkommen auf das Jahr 1990 hochrechnen,

(Zuruf von der SPD: Dort ist der Werftarbeiter
arbeitslos!)

werden Sie feststellen, daß er dann 43 000 DM zu versteuerndes Einkommen erzielen wird. Bei diesem Arbeitnehmer, der ja nun wahrlich nicht als ein Großverdiener zu bezeichnen ist, erreichen wir 1990 im Vergleich zu 1985 eine Entlastung um 37,2 %. Er zahlt in Zukunft 3 420 DM statt 5 400 DM Steuern.

(Dr. Spöri [SPD]: Und was ist mit den indirekten Steuererhöhungen und sonstigen Belastungen? Unglaublich!)

Uldall

- (A) Da kann ich wirklich nur sagen: Eine Entlastung um 37 % bei der Steuerzahlung ist für diesen typischen Arbeitnehmer eine großartige Leistung dieser Koalition.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Dr. Spöri [SPD]: Das ist doch unglaublich! Was ist denn mit der Belastung von 19 Milliarden DM, die Sie nicht einrechnen?)

– Herr Spöri, selbst wenn Sie „unglaublich“ dazwischenrufen: Ich habe auch das Beispiel eines leitenden Angestellten, der ein Einkommen von 120 000 DM erzielt. Er wird nicht um 37 %, sondern um 30 % entlastet. Sie sehen sehr wohl, welche soziale Ausgewogenheit bei einer Gesamtbetrachtung der Entlastungsschritte festzustellen ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Cronenberg: Herr Abgeordneter, Sie gestatten noch eine Zwischenfrage?

Uldall (CDU/CSU): Die gestatte ich gerne. Ich hatte ja vorhin leider nicht die Ehre, Herrn Spöri eine Frage stellen zu dürfen. Deswegen freut es mich um so mehr, daß der Wissensdrang bei ihm so ungehemmt ist.

Dr. Spöri (SPD): Sie kamen leider erst zum Schluß meiner Rede.

Lieber Herr Kollege Uldall, Sie erzählen laufend etwas von der Entlastung im Jahr 1990 für typische Arbeitnehmerhaushalte. Ist Ihnen bekannt, daß es sich bei den Beispielen, die Sie anführen, um reine Bruttoentlastungswerte handelt, d. h. es ist gar nicht eingerechnet, was auf diese Arbeitnehmer an Zusatzbelastungen durch Ihre Entscheidung in der Koalition zukommt, im Herbst dieses Jahres eine zusätzliche Belastung in Höhe von 19 Milliarden DM durch den Abbau arbeitnehmerspezifischer Steuervergünstigungen und die Erhöhung indirekter Steuern zu beschließen, wie Herr Stoltenberg das heute noch im Finanzausschuß angekündigt hat? Ist Ihnen nicht bekannt, daß man die Entlastung an Hand von Beispielen nur korrekt berechnen kann, wenn man Bruttoentlastung und Zusatzbelastung zusammen sieht?

- (B)

Uldall (CDU/CSU): Herr Spöri, natürlich ist mir das bekannt. Aber Sie haben die Antwort ja schon selber gegeben:

(Dr. Spöri [SPD]: Sie sagen nur die halbe Wahrheit!)

Bisher liegen ja noch keine Pläne im Detail vor, wie diese 19 Milliarden DM zusammenzubekommen sind.

(Dr. Spöri [SPD]: Na also!)

Ich kann Ihnen daher nur raten: Stellen Sie jetzt keine Zwischenfragen, sondern investieren Sie die Zeit für das Entwickeln entsprechender Streichungsvorschläge, damit diese dann verwirklicht werden können. Wenn diese Vorschläge vorliegen, können wir auch ausrechnen, wie sich die Nettoentlastung insgesamt auswirkt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Es ist also falsch, wenn man immer nur Teilschritte betrachtet. Man muß vielmehr das Ganze im Auge

haben. Dieses Ganze ergibt insgesamt ein sehr gutes, abgerundetes Bild. (C)

Genauso ungereimt ist die Forderung der SPD nach der Abschaffung der **Kinderfreibeträge**, die wir immer wieder hören und mit der auch fürchterlich viel Polemik betrieben wird. Wissen Sie eigentlich, wann der Vorteil der Kinderfreibeträge am höchsten ist? Der Vorteil der Kinderfreibeträge ist um so höher, je höher die Spitzenbelastung, die Grenzsteuerbelastung ist.

(Dr. Spöri [SPD]: Ja, bei 56 %, beim Chefarzt!)

Deswegen kann ich Ihnen nur eins sagen: Sie mildern diese Ungerechtigkeiten in dem Moment, in dem Sie die entsprechenden Spitzensteuersätze, Grenzsteuersätze reduzieren.

(Lachen bei der SPD und den GRÜNEN)

– Völlig richtig. Denn das ist die Kehrseite des progressiven Steuersystems.

(Dr. Apel [SPD]: Das ist ganz logisch!)

Wenn Sie jetzt konsequent wären, Herr Apel und Herr Spöri,

(Dr. Apel [SPD]: Spitzensteuersatz auf 19%)

müßten Sie in Ihrer eigenen Drucksache den Abschnitt 1.3 streichen. Denn hier schreiben Sie:

Der Abbau von Steuervergünstigungen für Arbeitnehmer (wie z. B. Weihnachtsfreibetrag und Arbeitnehmerfreibetrag . . .) ist abzulehnen. (D)

(Frau Matthäus-Maier [SPD]: Das ist ja hervorragend!)

Ist Ihnen denn das Weihnachtsfest des Reichen genausoviel wert wie das Weihnachtsfest des Armen? Warum fangen Sie nicht an, auch hier zu streichen? Sie sind hier an einem elementaren Punkt des gesamten progressiven Steuersystems angekommen. Entweder krepeln Sie das ganze Steuersystem um, oder Sie bleiben im System. Aber das, das was Sie machen, ist Flickwerk und reine Polemik.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, die **Steuerpolitik** der Bundesregierung, die in dem vorliegenden Antrag noch einmal untermauert wird, ist darauf ausgerichtet, die **wirtschaftlichen Rahmenbedingungen** stetig zu verbessern. Dazu leistet das Steuersenkungs-Erweiterungsgesetz einen wichtigen Beitrag. Indem die Steuerzahler von 5,2 Milliarden DM Steuerlasten befreit werden, erhöhen wir die Nachfrage, und damit werden Wachstumskräfte weiter gestärkt und so die positive Wirtschaftsentwicklung verstetigt.

Wesentliche Komponenten sind die Entlastung durch die **Anhebung des Grundfreibetrags** und die weitere **Abflachung der Grenzbelastung** in der Progressionszone. Mit der Anhebung des Grundfreibetrags fallen 500 000 bisher steuerpflichtige Bürger aus der Einkommensteuer heraus. Die vorgesehene geringere Grenzbelastung im Progressionsbereich, in dem sich mittlerweile zwei Drittel der Steuerzahler befinden, kommt vor allen Dingen dem Mittelstand zugute. Hier zeigt sich, mit welcher langfristigen Zielsetzung

Uldall

(A) unsere Wirtschafts- und Konjunkturpolitik angelegt wird.

(Dr. Spöri [SPD]: Toll!)

Diese Entlastung, die wir für die Bürger schaffen, beträgt gemeinsam mit der Entlastung 1986 und der Entlastung 1990 – der Finanzminister hat es vorhin vorgetragen – etwa 50 Milliarden DM,

(Kleinert [Marburg] [GRÜNE]: Donnerwetter!)

die zusätzliche Nachfrage bei uns in der Bundesrepublik bedeuten.

Herr Spöri, das ist viel mehr als das, was Sie durch noch so gut ausgefeilte Beschäftigungsprogramme oder Programme „Arbeit und Umwelt“ oder wie die Dinger immer heißen, jemals erreichen könnten.

(Beifall bei der CDU/CSU – Poß [SPD]: Es wird immer mehr! – Frau Unruh [GRÜNE]: Sozialhilfeempfänger!)

Es ist eine Steuerpolitik und eine Konjunkturpolitik aus einem Guß, die sich nicht an kurzfristigen und kurzatmigen Gesichtspunkten ausrichtet,

(Dr. Spöri [SPD]: Das ist ein kurzfristiger Erguß!)

sondern das ist eine Politik, die unsere Konjunktur langfristig stabilisiert.

Ich will Ihnen das an den Investitionsmöglichkeiten zeigen, die ein Handwerksmeister hat. Nehmen wir einmal an, ein Handwerksmeister erzielt zusammen mit seiner Frau, die im Betrieb mitarbeitet – meistens arbeiten auch noch die Kinder mit –

(B)

(Dr. Spöri [SPD]: Denen Sie die Investitionsrücklage nicht geben wollen! – Frau Unruh [GRÜNE]: Und die Großmutter!)

einen Ertrag von 100 000 DM. Durch besonderen Fleiß und durch besonderen Einsatz steigert er seinen Ertrag, um Kapital bilden zu können, um neue Maschinen anzuschaffen, die er benötigt, um seine Wettbewerbsfähigkeit behaupten zu können. 1985, als der Tarif noch galt, den die Sozialdemokraten festgelegt hatten, mußte er von 1 000 DM zusätzlichem Einkommen etwa 500 DM an das Finanzamt abführen. Es verblieb ihm gerade die Hälfte, um seine Rücklage zu stärken und sich weitere Maschinen zu kaufen,

(Dr. Spöri [SPD]: Deshalb wollte er eine Investitionsrücklage, die Sie ihm nicht geben!)

deren Nachfrage sich natürlich auch konjunkturfördernd auswirkt. Wenn wir unsere Steuerreform abgeschlossen haben, werden ihm nicht 500, sondern fast 700 DM verbleiben. Daran erkennen Sie die positive Wirkung unserer Steuerpolitik auch für den Mittelstand.

Lassen Sie mich zusammenfassen, meine Damen und Herren. Das vorgezogene Entlastungspaket 1988 kann als ausgewogen angesehen werden. Es paßt in den Zusammenhang der großen Steuerreform, die folgende Merkmale hat. Die Steuerreform ist aus einem Guß. Sie ist bei weiterhin strenger Ausgabendisziplin solide finanziert. Sie begünstigt in ihren Schritten immer zuerst die Bezieher kleinerer Einkommen und

erst später die Bezieher größerer Einkommen, und sie schafft schließlich den Mittelstandsbauch in der Progressionszone ab, diese Ungerechtigkeit, die uns alle hier in der Bundesrepublik seit Jahren belastet hat.

(C)

Die CDU/CSU-Fraktion wird deswegen den Bundesfinanzminister bei der zügigen Durchsetzung seiner steuerpolitischen Vorschläge unterstützen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Cronenberg: Das Wort hat der Abgeordnete Poß.

Poß (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zu den Entlastungsbeispielen, die der leider nicht mehr vorhandene Abgeordnete Gattermann und Herr Uldall gebracht haben, will ich eigentlich nur auf die Entwicklung der **Lohnsteuerquote** verweisen, die die Gesamtwirkung Ihrer Politik offenkundig macht. Die Lohnsteuerquote wird bis Anfang der neunziger Jahre auf über 19 % ansteigen. Da nützen all Ihre vernebelnden Beispiele überhaupt nichts.

Auch was die positiven **konjunkturellen Wirkungen**, von denen der Herr Bundesfinanzminister sprach, angeht, muß ich z. B. auf Rundschreiben von Banken an ihre Aufsichtsgremien verweisen, die in diesen Tagen davon sprechen, die Eigenansparung gerade bei den Beziehern höherer Einkommen, also die Sparquote, würde sich in den nächsten Jahren gewaltig erhöhen; man müsse sich Gedanken über die Verwendung des Geldes machen. Das beweist doch wohl, welche Binnenwirkung und konjunkturelle Wirkung von diesen Maßnahmen zu erwarten ist. Ich glaube, Sie verbinden mit diesen Maßnahmen ganz einfach auch konjunkturell und wirtschaftspolitisch falsche Hoffnungen.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Es gibt andere Widersprüche. Der Herr Bundesfinanzminister sprach letzte Woche davon, daß die Steuern in drei Stufen und in vier Jahren um 49 Millionen DM gesenkt werden sollen. Vielleicht kann Herr Stoltenberg oder einer der nachfolgenden Redner einmal erklären, wie diese Rechnung zusammenkommt. Nach meiner Rechnung auf Grund der Materialien des Finanzministeriums ergibt sich in der Tat eine Nettoentlastung von 48 Milliarden DM, aber in acht Jahren, nämlich von 1983 bis 1990, und zwar bei kompensatorischen Steuererhöhungen von 31 Milliarden DM, wozu auch die Mehrwertsteuererhöhung von 1983 gehört, die Herr Dr. Stoltenberg so gerne unterschlägt.

(Uldall [CDU/CSU]: Die haben wir doch zurückgegeben!)

Mit dem heute zu beratenden Gesetzentwurf dokumentiert die Bundesregierung ja selbst, daß Kohls größte Steuerreform aller Zeiten unzulänglich, ein Flop war. Auch mit der angekündigten Steuerentlastung 1986/1988, wo eine durchschnittliche Entlastung von 1 023 DM je Steuerzahler erreicht werden sollte, wird der Wähler getäuscht. Diese Durchschnittssumme erinnert schnell an die obskure Entlastungssumme, die der Herr Stoltenberg im Bundestagswahlkampf verkündet hat, nämlich durch das

Poß

- (A) Steuerpaket 1990 würden die Steuerzahler durchschnittlich um 1 000 DM entlastet. Leider werden die Bürger erst nach den Landtagswahlen im Herbst dieses Jahres merken, daß das nicht so ist. Dann werden sie erkennen, daß die Bürger gar nicht gemeint waren, als die Herren Stoltenberg, Bangemann und Geißler eine durchschnittliche Steuerentlastung von 1 000 DM für jeden Steuerzahler versprochen.

Denn es ist doch so, wie Herr Spöri in einem Zwischenruf deutlich gemacht hat: Bei den Entlastungsbeispielen ist der Belastungsteil überhaupt nicht berücksichtigt. Hier wird von Bruttoentlastung gesprochen, und die Nettoentlastung wird verschwiegen. Es werden verschwiegen: Verbrauchsteuererhöhung, Streichung von Sonderregelungen, Steuersubventionen etc. pp.

Die Zweifel bei den Bürgern an diesem Bundesfinanzminister werden wachsen, wenn sich viele noch erinnern, was Herr Stoltenberg im Bundestag bei der Haushaltsdebatte im Dezember letzten Jahres mit Stentorstimme vorgetragen hat: Die Trendwende bei den Investitionen ist erreicht; die Kraft des Aufschwungs ist ungebrochen und erhält jetzt einen neuen Schub. Alles hehre Worte.

Im Wettstreit mit Herrn Bangemann und Herrn Ost hat Herr Dr. Stoltenberg das **Wirtschaftswachstum** nach oben jubeln wollen. Von 4 % Zuwachs des Brutto sozialprodukts war da die Rede, dann von 3 %, dann von 2,5 %, schließlich um die 2 % herum, und jetzt sind wir bei 1,8 % angelangt. Da kann ich nur sagen: Welche hohle Worte!

- (B) Wenn dann alles ganz anders kommt, als man verkündet hat, dann stellen sich verantwortliche Regierungsmitglieder wie der Herr Bangemann hier hin und sagen: Ob wir ein halbes Prozent Wachstum mehr oder weniger haben, darauf kommt es ja gar nicht an. Ihm ist wohl gar nicht klar, was 1 % Wachstum überhaupt bedeutet, was damit verbunden ist, daß das 20 Milliarden DM sind, daß damit Arbeitsplätze verbunden sind. Aber das ist die bekannte Kompetenz dieser Bundesregierung, und Milliarden an Steuer ausfällen sind die Folge auch dieser Fehlprognose, was zu erhöhter Staatsverschuldung führt.

Was dem Bundesfinanzminister nach meinen Einsichten und Berechnungen heute von den Steuerschätzern wohl gemeldet werden wird, ist keine Überraschung. Hier erhält der Bundesfinanzminister die Quittung für seine bewußt hochgejubelten falschen Aufschwungparolen. Nur weil er sich jetzt nicht mehr vor der Wirklichkeit herausleugnen kann, weil die Wirklichkeit seine Wunsch- und Traumwelt eingeholt hat, kommen die richtigen Zahlen auf den Tisch. Er korrigiert nur dieses abgelaufene Jahr. Weil er gar nicht mehr anders konnte, hat er die Wirtschaftsdaten angepaßt, die er dem Arbeitskreis „Steuerschätzung“ vorgibt und die dieser Arbeitskreis zugrunde legen muß. Für das laufende Jahr waren das jetzt ein reales Wirtschaftswachstum von 1,8 % und eine Inflationsrate von 2 %. Dabei reden Sie immer von inflationsfreiem Wachstum. Der Inflationsaufschlag ist in den gesamtwirtschaftlichen Annahmen dieser Bundesregierung auch für das Jahr 1987 höher als die reale Wachstumsrate.

Sie haben im Ablauf des letzten Jahres also bewußt einen Aufschwungsrirtum und eine Aufschwungslüge eingeleitet, indem Sie den Steuerschätzern bewußt ein um 30 Milliarden DM erhöhtes Brutto sozialprodukt nachgemeldet haben, um höhere Steuereinnahmen konstatieren zu können, um sich selbst in Stimmung zu bringen. Diese Rechnung ist mit dem heutigen Tag gescheitert. Wenn die Zahlen auf den Tisch kommen, ist klar, daß Sie sich reichgerechnet haben. Sie haben versucht, mit Taschenspielertricks über den 25. Januar zu kommen.

(Beifall bei der SPD)

Ich kann Ihnen das alles mit Zahlen belegen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Tun Sie es doch mal!)

— Sie haben sich im Herbst letzten Jahres um 27 Milliarden DM reichgerechnet. Das wissen Sie ja selbst.

Ich mache hier den Steuerschätzern keine Vorwürfe, aber ich glaube, man muß Ihnen politische Vorwürfe wegen dieser offenkundigen Wahlmanipulation machen. Ohne daß sonst noch irgendwelche bedeutenden Änderungen bei den Wachstumsvorgaben der Bundesregierung vorgenommen wurden, müssen die Steuerschätzer für den Zeitraum bis 1990 heute Steuer mindereinnahmen von insgesamt 60 Milliarden DM gegenüber der letzten Steuerschätzung ausweisen, und allein für 1990 beträgt diese vorläufige Korrektur 18 Milliarden DM. Das treibt die Nettokreditaufnahme nach oben, und wir wissen, was das bedeutet. Wir kommen dann zu den berühmten 3 %, von denen der Herr Bundesfinanzminister neuerdings spricht, die rund 70 Milliarden DM ausmachen. Man stelle sich vor, Sozialdemokraten könnte ein solcher Vorwurf gemacht werden!

Wie rettet sich der Herr Bundesfinanzminister? Er sagt: Das ist gar nicht schlimm, daß wir fast das dreifache der bisher mit 24,5 Milliarden DM vorgesehenen Verschuldungsplanung für 1990 vorsehen müssen. Das ist nur eine geringfügige vorübergehende Erhöhung der **Nettokreditaufnahme**. Ich sage: Das ist eine Begriffsmanipulation. Wer soll den Worten und Zusagen des Bundesfinanzministers noch trauen können? Hier wird das Scheitern einer groß angekündigten dauerhaften Konsolidierungspolitik dokumentiert. Herr Stoltenberg, an dieser Stelle sind Sie gescheitert; Sie müssen es nur noch zugeben.

(Beifall bei der SPD)

Ich zitiere Sie — Erklärung vom 2. Juli 1985 im Deutschlandfunk —: „Nach meiner Auffassung müssen wir in der kommenden Wahlperiode unter 20 Milliarden DM Nettoneuverschuldung kommen“. Wer kann angesichts dieser Zahlen noch bestreiten, daß Herr Stoltenberg inzwischen zum erfolgreichsten Märchenerzähler in der Bundesrepublik Deutschland geworden ist?

(Beifall bei der SPD)

Er macht dieser Funktion auch alle Ehre, wenn er das Märchen von den guten und den schlechten Schulden erzählt. Die schlechten Schulden sind die Ausgaben, die Schulden, die die Sozis gemacht haben, die guten Schulden sind die Schulden, die der Herr Dr. Stolten-

Poß

- (A) berg macht, auch wenn Länder und Gemeinden durch diese Schuldenbelastung ihre notwendigen Aufgaben nicht mehr finanzieren können. Dabei wachsen die Ausgaben von Ländern und Gemeinden durch die Politik dieser Bundesregierung noch, die ihren Haushalt entlastet und die Lasten auf Länder und Gemeinden verschiebt. In den kommenden Monaten werden Sie, meine Damen und Herren von der Koalition, die Aufgabe übernehmen müssen, denjenigen, die keine Arbeit oder Angst davor haben, den Arbeitsplatz zu verlieren, zu erklären, warum die Bundesregierung 60 bis 70 Milliarden DM Neuverschuldung in einem Jahr für vertretbar hält, um die Steuern für die Reichen zu senken, wenn es aber um zusätzliche Arbeitsplatzinvestitionen geht, die Gefahr des Staatsbankrotts an die Wand malt.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Cronenberg: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Faltlhauser.

Dr. Faltlhauser (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Poß: es gibt keine „guten“ und „schlechten“ **Schulden**. Es gibt aber sehr wohl einen wesentlichen Unterschied: ob man neue Schulden aufnimmt, um damit Investitionen zu finanzieren und dadurch Arbeitsplätze zu schaffen, die Konjunktur zu stabilisieren bzw. zu verbessern, oder ob man diese Schulden — wie Sie es während Ihrer Regierungszeit getan haben — nur zur Deckung konsumtiver Ausgaben, die man vorher großzügig über das Volk ausgeschüttet hat, aufnimmt.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU — Poß [SPD]: Das stimmt doch gar nicht!)

Herr Spöri hat sich hier hingestellt und mit lockerer Hand einige Begriffe in diesen Saal geworfen. Er hat von einer „Konjunkturlüge“ gesprochen. Ich hatte zunächst den fatalen Eindruck, daß er sich über die Reduktion der Wachstumszahlen des **Bruttosozialprodukts** gefreut hat. Herr Kollege Spöri, wenn Sie von einer „Konjunkturlüge“ sprechen, muß ich fragen: Sind fünf Jahre eines konstanten Aufschwungs eine „Konjunkturlüge“? Sind fünf Jahre konstanten Abbaus von Defiziten, die Sie uns geschaffen haben, eine „Konjunkturlüge“? Ich glaube, das ist nicht der Fall!

(Beifall bei der CDU/CSU)

Seien Sie sicher: Die notwendige Korrektur der Wachstumszahlen ist eine Konjunkturdelle, kein Totalschaden.

Herr Spöri, Sie haben an diesem Platz Krokodilstränen über die Verschuldung vergossen. Da zündet die SPD ein Haus an und macht Schulden wie ein Weltmeister. Dann kommt dieser Finanzminister Stoltenberg, löscht das Haus, und hinterher stellen Sie sich hierher und sagen: Wir hätten das ohne Wasser wesentlich besser gelöscht.

(Frau Traupe [SPD]: Was ist denn das für ein Geschwätz!)

Ich glaube, das war ein etwas peinlicher Auftritt, Herr Spöri: Ohne diesen Finanzminister hätten wir heute pro Jahr eine Neuverschuldung von mehr als 60 Milliarden DM netto. Das sind die Tatsachen.

Und noch etwas, Herr Spöri: Sie haben 3 Millionen **Arbeitsplätze** angekündigt; weitgehend und weitblickend, wie man als Spitzenkandidat offenbar zu sein hat. Das hat auch Herr Roth im alten Plenarsaal wiederholt versucht. Auch er ist mit einer derartigen Ankündigung gescheitert. Es sind eben nicht 3 Millionen Arbeitslose geworden, und zwar auf Grund der erfolgreichen Politik dieser Bundesregierung. Das ist eine Wunschmarke von Ihnen, wie mir scheint. Sie sollten eigentlich aus den vergangenen Erfahrungen gelernt haben.

Vizepräsident Cronenberg: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Spöri?

Dr. Faltlhauser (CDU/CSU): Weil er gerade so schön steht, will ich ihm auch noch folgendes sagen.

(Dr. Spöri [SPD]: Ich bleibe nur stehen, wenn Sie mir eine Frage erlauben!)

— Selbstverständlich.

Ich halte es nicht für gut, daß Sie in diesem Plenum am Nachmittag der Öffentlichkeit gegenüber aus einer geschlossenen Ausschusssitzung vom Vormittag angebliche Aussagen des Finanzministers zitieren, und noch dazu falsch zitieren. Ich halte es in einem doppelten Sinne für einen schlechten Stil. Sie haben nämlich zum einen falsche Angaben gemacht, und Sie haben das zum anderen auch noch in der Öffentlichkeit getan.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Bitte, Herr Kollege Spöri.

(D)

Dr. Spöri (SPD): Herr Kollege Faltlhauser, ist Ihnen bekannt, daß die Ankündigung, die indirekten Steuern zu erhöhen, die ich unter Bezugnahme auf die Ausschusssitzung zitiert habe, von Herrn Stoltenberg mehrmals auch im Plenum des Deutschen Bundestages gemacht wurde und ich insofern keinerlei Indiskretion begangen habe?

Sie haben davon gesprochen, daß Herr Stoltenberg den Brand des Hauses gelöscht habe. Ist Ihnen bekannt — Sie sind ja noch nicht so lange im Finanzausschuß —, daß die Bundesschuld seit 1982 um 100 Milliarden DM gewachsen ist

(Uldall [CDU/CSU]: Das sind doch nur Ihre Zinsen!)

und daß dieses Wachstum der Bundesschuld größer ist als die Bundesschuld, die jemals ein sozialdemokratischer Finanzminister zu verantworten hatte?

Dr. Faltlhauser (CDU/CSU): Zunächst zum ersten: Bekannt ist mir nur eines, Herr Spöri: daß dieser Bundesfinanzminister und auch andere Kollegen aus der Fraktion die Erhöhung von **Verbrauchssteuern** bisher nur als letzte Möglichkeit mit ins Kalkül einbezogen, aber niemals, so wie Sie es hier dargelegt haben, gesagt haben: Wir werden Verbrauchssteuern erhöhen. Das hat auch, wenn wir jetzt schon einmal dabei sind, der Finanzminister heute in der Früh nicht gesagt, und das hat er nach meiner Kenntnis auch in diesem Plenum noch nicht gesagt.

(Zuruf des Abg. Dr. Spöri [SPD])

Dr. Falthäuser

(A) — Wollen Sie die Antwort auf Ihre zweite Frage hören? —

(Dr. Spöri [SPD]: Natürlich!)

Zweitens. Wenn Sie hier von **Schulden** sprechen, dann müssen Sie zunächst einmal von den Wachstumsraten der Schulden sprechen. Sie haben in den letzten beiden Jahren Ihrer Regierungszeit unter Schmidt jeweils ein Wachstum der Nettoneuverschuldung von 44 % gehabt. Im ersten Jahr der Regierungszeit Kohl waren es 23 %, im zweiten Jahr waren wir bereits bei Null. Und dann haben wir die Schulden auf bis fast 20 Milliarden DM abgebaut.

(Dr. Spöri [SPD]: Schulden abgebaut? Neuverschuldung!)

Heute hätten wir ohne diesen Finanzminister eine Nettoneuverschuldung pro Jahr — ich habe es schon gesagt — von mehr als 60 Milliarden DM! Wir leiden — dieses Land leidet — unter dem großen Berg von Schulden, die Sie gemacht haben. Wir müssen nämlich Zinsen in einem Ausmaß zahlen, daß nicht mehr gesund ist. Diesen großen Schuldenberg haben Sie mit Ihrer Politik aufgeschüttet.

(Dr. Spöri [SPD]: Aber Sie haben doch keine Schulden abgebaut!)

Das ist meine Antwort auf Ihre zweite Frage.

Vizepräsident Cronenberg: Nun kommt der Abgeordnete Glos und bittet um eine Zwischenfrage.

Dr. Falthäuser (CDU/CSU): Herr Kollege Glos.

(B)

Glos (CDU/CSU): Herr Kollege Dr. Falthäuser, würden Sie bitte die Liebenswürdigkeit haben, dem Herrn Kollegen Dr. Spöri mitzuteilen, daß die Neukreditaufnahme, die in der Zeit von Herrn Minister Stoltenberg stattgefunden hat, bedeutend geringer war als die Summe der Zinsen, die Herr Stoltenberg zu zahlen hatte, und zwar für Schulden, die seine Vorgänger gemacht haben?

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Cronenberg: Herr Abgeordneter, Sie können sich setzen. Denn dies ist eine Dreiecksfrage, die ich selbstverständlich nicht zulasse. Ich bitte den Abgeordneten Dr. Falthäuser, nunmehr fortzufahren.

Dr. Falthäuser (CDU/CSU): Ich bin gern bereit, so freundlich zu sein, diese Feststellung an Herrn Spöri weiterzugeben. —

(Heiterkeit bei der CDU/CSU — Dr. Spöri [SPD]: Das ist Grandezza! — Weiterer Zuruf von der SPD: Mein Gott, sind Sie großzügig!)

Meine Damen und Herren, Sie von der SPD verlangen, daß die Arbeitnehmer hinsichtlich ihrer Einkommenssituation entlastet werden. Dann kommt diese Bundesregierung mit dem größten Entlastungsvolumen der Nachkriegszeit, und trotzdem protestieren Sie hier mit allen möglichen Behauptungen.

(Zuruf von der SPD: Wegen der Verteilung!)

Die größte Steuerreform, deren ersten vorgezogenen Teil wir heute in erster Lesung debattieren, ist jedoch in besonderer Weise arbeitnehmerfreundlich. (C)

(Dr. Spöri [SPD]: Deswegen haben 70 % nichts davon!)

Und hier stehen Zahlen gegenüber Behauptungen: Die **Entlastung von der Steuerschuld** beträgt nach dem Steuersenkungs-Erweiterungsgesetz im Vergleich zum Tarif 1981 in der unteren Proportionalzone 12,2 %, in der Progressionszone 11 % und in der oberen Proportionalzone 3,4 %.

Allein diese nüchternen Zahlen, Herr Spöri, widerlegen die unsinnige Behauptung von der Umverteilung von unten nach oben oder von der Förderung der Reichen.

(Dr. Spöri [SPD]: 80 % haben von der Entlastung nichts gespürt!)

Ein Spitzenverdiener muß auch künftig jede zweite Mark an Steuern abführen, ein Steuerpflichtiger in der unteren Proportionalzone hingegen nur etwa jede zehnte Mark.

Jeweils rund 7 Milliarden DM werden für die Anhebung des Grundfreibetrages und die Absenkung des Eingangsteuersatzes eingesetzt. 16,6 Milliarden DM werden überwiegend zur Entlastung unterer Einkommenschichten und von Familien zur Verfügung stehen, während die Kappung des Spitzensteuersatzes auf 53 % — die Wiederherstellung des Zustandes, wie er vor 1974 gegeben war — nur etwa 1 Milliarde DM kostet. Ist dies Umverteilung von unten nach oben? Ich glaube, die Zahlen belegen das Gegenteil. (D)

Beispiele machen dies deutlicher: Ein lediger Durchschnittsverdiener mit einem Jahreseinkommen von 43 000 DM zahlt künftig 15,8 % weniger Steuern. Wenn er verheiratet ist und zwei Kinder hat, beträgt die Entlastung 24,6 %. Oder ein anderes Beispiel: Unter Berücksichtigung des Kindergeldes bleibt ein Monatseinkommen von 2 859 DM für einen Verheirateten mit zwei Kindern belastungsfrei. Dieser Betrag ist für uns deshalb so interessant, weil die SPD ein Wahlversprechen gemacht hat; ein Wahlversprechen, mit dem sie ankündigte, Verheiratete mit zwei Kindern — unter Gegenrechnung des Kindergeldes — bis zu 2 800 DM steuerfrei zu stellen. Dies haben wir jetzt durch unsere Tarifgestaltung und unsere Steuerreform übertroffen. Das sind nicht Versprechungen, sondern Tatsachen, die durch diese Regierung geschaffen werden.

Was hat die SPD — Herr Uldall hat hier schon einige Ausführungen dazu gemacht — dagegengesetzt? Wenn man Ankündigungen hier in diesem Hause sowie solche in Programmpunkten, die auf Ihren Parteitagen eine Rolle gespielt haben, sammelt, dann kommt eine Vielzahl von Aussagen zusammen: Einschränkung des Ehegatten-Splittings — Frau Matthäus-Maier hat es dankenswerterweise hier heute noch einmal klargestellt, daß Sie das wollen —, Sparbuchsteuer, Bodenwertzuwachssteuer — Sie können das auch Witwenenteignungssteuer nennen —, die Erhöhung der Grundsteuerbelastung, Rücknahme aller seit 1983 erfolgten Steuersenkungen, Arbeitsmarktabgabe, Ausbildungsplatzabgabe, Erweiterung und Verschärfung der Gewerbesteuer,

Dr. Falthäuser

- (A) Verbrauchssteuer auf Luxusgüter, Sonderabgabe „Arbeit und Umwelt“ und derlei mehr. Das ist eine Summe, die es geradezu peinlich erscheinen läßt, daß Sie hier als eine Partei auftreten, die die Steuern senken will. Sie sind die Steuererhöhungspartei, wir sind die Steuersenkungspartei!

(Beifall bei CDU/CSU)

Im Rahmen des Steuersenkungs-Erweiterungsgesetzes 1988 wird auch eine Komponente der Koalitionsvereinbarung mit Wirkung vom 1. Januar 1988 vorgezogen, die mir bedeutsam erscheint: die Verbesserung der **Sonderabschreibung zur Förderung kleinerer und mittlerer Betriebe nach § 7 g des Einkommensteuergesetzes**. In der Öffentlichkeit wird diese Maßnahme vielfach als die Mittelstandskomponente bezeichnet. Dies ist irreführend. Denn die entscheidende Mittelstandskomponente ist die Beseitigung des Mittelstandsbauchs in der Tarifgestaltung.

(Glos [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Durch die Schaffung des linear progressiven Tarifs wird die Leistung der mittleren Einkommen, ob von Arbeitnehmern oder Gewerbetreibenden oder kleinen Handwerkern, am stärksten entlastet. Der Tarif ist bereits an sich die Mittelstandskomponente. Der § 7 g ist dabei ein zusätzliches Anreizinstrument für die Investitionen des gewerblichen Mittelstands.

In diesem § 7 g steckt eine dreifache Verbesserung: zum einen die Verdoppelung des Höchstbetrags der Sonderabschreibungen von 10 auf 20 %; zweitens die Erweiterung des Zeitraums für die Inanspruchnahme auf drei Jahre und drittens die Erweiterung des Kreises der geförderten Betriebe.

(B)

Die Wahlfreiheit für die Verteilung der Sonderabschreibungen auf die ersten drei Jahre bietet eine Möglichkeit, Gewinnschwankungen mit der Folge einer endgültigen Steuerersparnis auszugleichen. Ein Beispiel: Wenn ein verheirateter kinderloser mittelständischer Fuhrunternehmer einen Lkw zum Preis von 200 000 DM kauft, kann er bei Gewinnen zwischen 100 000 und 140 000 DM im Zeitraum von 1988 bis 1991 allein eine Steuerersparnis von 2 360 DM erwirtschaften, ohne daß der Zinseffekt berücksichtigt wird.

Wir sollten aber, liebe Kollegen, im Lauf der Debatte im Ausschuß überlegen, ob die drei Jahre ausreichend sind

(Glos [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

oder ob man den Dehnungseffekt etwas erweitert und den Vorschlag des Kollegen Glos aufgreift, das vielleicht auf fünf Jahre auszudehnen.

Gerade die kleinen Unternehmer, Herr Hüser von den GRÜNEN, sind gezwungen, mit dem spitzen Bleistift zu rechnen. Die brauchen keine Finanzabteilung. Die können sich die Vorteile dieses § 7 g sehr wohl selbst errechnen. Und sie werden sie sich errechnen. Deshalb sind wir zuversichtlich, daß die jetzt für diesen § 7 g angesetzten 1,5 Milliarden DM tatsächlich ausgeschöpft werden — zum Wohl der Schaffung von Arbeitsplätzen in diesem Land.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir haben ein Steuerentlastungskonzept der Bundesregierung vor uns. Es ist ein großes Vorhaben. Wir haben hier heute einen ersten Schritt vorliegen, der weiß Gott beifallswürdig ist —

(Dr. Spöri [SPD]: Ach!)

nicht nur in diesem Saal, sondern auch draußen bei den Steuerzahlern.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Cronenberg: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Matthäus-Maier.

Frau Matthäus-Maier (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Finanzminister Stoltenberg, Sie bezeichnen Ihre **Steuersenkungspläne** für die nächsten Jahre als Steuerreform. Ich versuche, zu zeigen, daß das Wort „Reform“ für dieses Paket absolut unzutreffend ist. Ich finde das schade. Denn ich glaube, wir brauchen Reformen in unserem Steuerwesen.

Sie haben, Herr Stoltenberg, im Unterschied zur sozialliberalen Koalition eine Mehrheit nicht nur im Bundestag, sondern auch im Bundesrat, die wir während der 13 Jahre sozialliberaler Koalition nicht hatten, weswegen unsere Reformpläne in vielen Fällen im Bundesrat gescheitert sind. Sie aber haben eine solche Mehrheit. Darum finde ich es traurig, daß Sie das, was jede regierende Partei, welche auch immer, im Steuerrecht reformieren muß, nicht angehen, von der Reform der Gewerbesteuer, der Einheitswerte und der Besteuerung der Alterseinkünfte gar nicht zu reden; die werden gar nicht in Angriff genommen; aber ich spreche jetzt nur von diesem Paket.

Beispiel eins: Die **Steuerfreiheit des Existenzminimums** ist auch nach Ihren großen Plänen nicht gewährleistet. Zu begrüßen ist ausdrücklich, daß Sie genau wie die Vorgängerin, die sozialliberale Koalition, den Grundfreibetrag weiter gehoben haben. Aber das bleibt doch weit hinter dem Existenzminimum zurück. Ich glaube, daß Sie auch verfassungsrechtlich gehalten wären, den Grundfreibetrag sehr viel höher anzuheben. Ich weiß, daß in Ihren eigenen Reihen Pläne von 8 000 und 10 000 DM Grundfreibetrag diskutiert worden sind. Deswegen ist mir völlig unverständlich, warum Sie nicht einer deutlichen Anhebung des Grundfreibetrages den Vorzug geben vor den ungerechten Senkungen der Steuer bei Spitzeneinkommen. Da hätten Sie uns an Ihrer Seite.

(Abg. Uldall meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Zweites Beispiel. Ein rationaler, gerechter Kinderlastenausgleich wird auch bei diesen Steuerplänen von Ihnen nicht in Angriff genommen. Im Gegenteil: Wir haben das bekannte Durcheinander von Kindergeld, Einkommensgrenzen beim Kindergeld, Kinderfreibeträgen bei der Steuer und dem Kindergeldzuschlag festzustellen.

Herr Stoltenberg, Sie haben sich, glaube ich, bei der Frage von Herrn Apel eben geirrt, als Sie sagten, Sie hätten 1974 der Einführung des Kindergeldes nur zugestimmt als Ergebnis des Vermittlungsausschusses

(C)

(D)

Frau Matthäus-Maier

- (A) ses. Ich habe Ihren Antrag, den Antrag der CDU/CSU-Fraktion, vom 10. Juli 1974 hier vorliegen,

(Huonker [SPD]: Jetzt können Sie etwas lernen, Herr Bundesminister!)

in dem die CDU/CSU-Fraktion — er gehörte dem Bundestag nicht an; deshalb kann ich nicht sagen: „Sie“ — genauso wie SPD und FDP im Bundestag beantragt hatte, daß der Kinderfreibetrag bei der Steuer aus familien- und sozialpolitischen Gründen — das heißt doch wohl: Das andere ist unsozial! — ersetzt werden soll durch das gleich hohe Kindergeld für alle. Ich werde Ihnen nachher diesen Gesetzentwurf geben.

Was ist eigentlich in diesen zehn Jahren bei Ihnen vorgegangen, daß Sie, sobald Sie die Mehrheit hatten, davon wieder heruntergegangen sind? Ich muß Ihnen sagen: Eine Partei, die das Kind von Herrn Flick — so er denn überhaupt eines hat — zweieinhalbmal soviel steuerlich entlastet wie das Kind des Fahrers von Herrn Flick, darf hier nicht herkommen und sagen, daß Sie eine soziale Steuerpolitik gemacht haben.

Vizepräsident Cronenberg: Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Uldall?

Frau Matthäus-Maier (SPD): Bitte.

Uldall (CDU/CSU): Darf ich, da ich hier schon so lange warten mußte, noch einmal auf den Grundfreibetrag zurückkommen? Ich möchte Sie fragen, Frau Kollegin, ob Ihre Kritik an der mangelnden Erhöhung des Grundfreibetrages nicht etwas peinlich ist, wenn ich feststelle, daß Sie den Grundfreibetrag nur auf 5 000 DM erhöhen wollen, wir aber den Grundfreibetrag auf 5 600 DM, mithin um 600 DM mehr, erhöhen.

Frau Matthäus-Maier (SPD): Ich glaube, Herr Kollege Uldall, Sie machen einen Denkfehler.

(Uldall [CDU/CSU]: Ich beziehe mich hier nur auf die Zahlen!)

— Moment! Gerade die Zahlen aus unserem Gesetzentwurf zeigen, daß wir den Grundfreibetrag bereits im Jahre 1988 auf 5 022 DM erhöhen wollen,

(Zustimmung bei der SPD)

nämlich 270 DM mehr, während Ihre Vorschläge erst für das Jahr 1990 gelten. Bis dahin würden wir den Grundfreibetrag längst noch einmal anheben.

(Beifall und Zurufe von der SPD)

Vizepräsident Cronenberg: Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage? — Bitte sehr, Herr Abgeordneter Uldall.

Uldall (CDU/CSU): Frau Matthäus-Maier, habe ich vorhin den Kollegen Spöri richtig verstanden, daß er eine weitergehende Steuerentlastung gar nicht vornehmen möchte?

Frau Matthäus-Maier (SPD): Entschuldigen Sie, selbstverständlich haben wir ausdrücklich beschlossen und im Wahlkampf zugesagt, daß wir auch 1990 eine weitere Steuersenkung vornehmen wollen. Der

Unterschied zu Ihnen ist der, daß wir sagen: Wir wissen heute noch nicht, erstens wie die konjunkturelle Lage ist und zweitens wie hoch die Inflationsrate ist. Nur wenn Sie diese kennen, wissen Sie, ob es überhaupt heimliche Steuererhöhungen gibt. Drittens wollen wir uns nicht in die peinliche Situation begeben wie Sie, die bereits vor zwei Jahren ein Gesetz für 1988 verabschiedet haben und es dann, bevor es überhaupt in Kraft tritt, ändern müssen, weil Sie merken, daß Sie schiefgelegen haben.

(Beifall bei der SPD — Abg. Uldall [CDU/CSU] meldet sich zu einer weiteren Zwischenfrage)

— Nein, Sie können doch verstehen, daß ich nun weitermachen möchte.

Vizepräsident Cronenberg: Ich glaube auch, daß ich die Zusage, das nicht mehr anzurechnen, dann nicht mehr einhalten kann. Das wäre nicht sehr fair. Im übrigen würden Sie, Herr Abgeordneter Uldall, dem Präsidenten einen großen Gefallen tun, wenn auch Sie Ihre Hand nicht unbedingt in der Hosentasche hätten.

(Sehr gut! bei der SPD)

Frau Matthäus-Maier (SPD): Herr Stoltenberg, ich möchte zum **Kinderlastenausgleich** noch ein weiteres sagen: Unabhängig von der Ungerechtigkeit des Kinderfreibetrages bei der Steuer geht, glaube ich, eine schlimme Ungereimtheit bei dem heutigen Kinderlastenausgleich weitgehend unter. Sie haben auf der einen Seite den steuerlichen Kinderfreibetrag der Höchstverdiener besonders entlastet. Dann haben Sie aber Einkommensgrenzen beim Kindergeld eingeführt mit der gegenteiligen Wirkung, so daß Sie insbesondere bei mittleren Einkommen, nämlich bei einem Nettojahreseinkommen von etwa 40 000 bis 50 000 DM, ein sogenanntes Mittelstandsloch haben. Das sind Familien mit Kindern, die sowohl weniger als die Geringverdienenden als auch viel weniger als die Höherverdienenden bekommen. Ich wundere mich, daß insbesondere Sie von der FDP dieses Mittelstandsloch hinnehmen. Es gibt wirklich nur eine Antwort darauf: Ersetzung dieses Durcheinanders durch das gleich hohe Kindergeld für alle, 100 DM für das erste, 200 DM für das zweite und 300 DM für jedes weitere Kind.

Sie lassen in Ihrem Familienlastenausgleich auch weiterhin das wirklich ungerechte **Steuersplitting** bestehen. Dieses Steuersplitting führte im Jahre 1981 zu einem Vorteil von 14 837 DM. Nach dem Gesetzentwurf für 1988 (neu) steigt der Steuervorteil durch das Splitting auf 19 561 DM im Jahr und 1990 auf 22 844 DM. Ich frage Sie, meine Damen und Herren von der CDU/CSU: Können Sie es wirklich hinnehmen, daß durch die bloße Heirat eines Spitzenverdieners oder einer Spitzenverdienerin

(Dr. Faltlhauser [CDU/CSU]: Was heißt „bloße“?)

— ohne Kinder, heißt das; da sind keine Kinder in der Ehe zu betreuen — ein Steuervorteil von über 22 000 DM entsteht? Es gibt eine Menge Leute, die ein Jahr lang arbeiten müssen, um dies zu verdienen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Frau Matthäus-Maier

(A) Übrigens, damit Sie das auch wissen: Auch die Ungerechtigkeiten z. B. gegenüber einem Witwer mit Kindern, der das Splitting nicht hat, oder einer alleinstehenden Mutter mit Kindern, die das Splitting auch nicht hat, entnehme ich den Äußerungen von Alfred Dregger aus dem Jahre 1984, als er, als wir darüber gestritten haben, gesagt hat, eine Reform des Ehegattensplitting werde in Aussicht gestellt, weil er die Ungerechtigkeit sehe. Sie hätten jetzt die Chance, im Rahmen Ihrer Steuersenkungspläne eine wirkliche **Reform des Familienlastenausgleichs** mit unserer Hilfe durchzuführen.

Drittes Beispiel: Die **Unternehmensbesteuerung** begünstigt risikolose Kapitalanlagen im Vergleich zu Investitionen. Auch diese strukturelle Ungereimtheit packen Sie bei Ihren Steuersenkungsplänen nicht an. So weigern Sie sich bis heute, die tatsächliche steuerliche Erfassung der wirklich hohen Zinseinkünfte zu realisieren. Jemand wie **Wolfram Engels** von der „Wirtschaftswoche“, der nun wirklich nicht in dem Verdacht steht, den Sozialdemokraten besonders nahezustehen, schrieb dieser Tage in der „Wirtschaftswoche“:

Zieht man das Resümee der Steuerreformpläne, führen sie zu dem Ergebnis, daß die Diskrepanzen in der Besteuerung

— er meint: zwischen Risikokapital und Anlagekapital —

nicht vermindert, sondern vergrößert werden. Risikotragendes Kapital, produktive Investitionen und die Eigenkapitalfinanzierung am Markt werden im Ergebnis zusätzlich diskriminiert sein. Für die Bezieher hoher Einkommen oder die Besitzer großer Vermögen wird es noch attraktiver, ihre Mittel im Ausland in Geldvermögen oder Grund und Boden anzulegen. Arbeitsplätze werden so nicht geschaffen.

Besser als der Herr Engels können Sozialdemokraten das gar nicht formulieren.

(Dr. Spöri [SPD]: Das ist vernichtend!)

Wir fordern Sie auf, unseren Vorschlag der steuerfreien Investitionsrücklage für kleine und mittlere Unternehmen anzunehmen.

Viertes Beispiel: Die **Verbreiterung der steuerlichen Bemessungsgrundlage**, eine wichtige Reform, die wir, wenn wir die Mehrheit hätten, genauso in Angriff nehmen müßten wie Sie, wird nicht in Angriff genommen. Sie sprechen zwar vom Abbau von Subventionen, also auch Steuersubventionen, doch der bisherige Erfolg läßt Schlimmes ahnen. Wenn Sie überhaupt einmal — jetzt meine ich nicht Sie, sondern Teile der CDU/CSU-Fraktion —, nach Beispielen gefragt, was Sie denn einschränken wollten, eine Antwort geben, taucht immer wieder das Stichwort Weihnachtsfreibetrag und das Stichwort Arbeitnehmerfreibetrag auf.

Herr Stoltenberg, heute morgen haben Sie im Ausschuß gesagt, diese beiden Freibeträge würden im Kern erhalten. Aber auch Sie haben auf meine ausdrückliche Frage: Schließen Sie aus, daß diese beiden **Arbeitnehmerfreibeträge** eingeschränkt oder abgeschafft werden? keine klare Antwort gegeben.

(Uldall [CDU/CSU]: Sie müssen doch die Rücknahme fordern! Die haben doch die gleiche Wirkung wie ein Kinderfreibetrag!)

Ich will hier für die Öffentlichkeit sagen, warum wir uns dem Abbau dieser Arbeitnehmerfreibeträge entschieden widersetzen: Sie sind nämlich ein Ausgleich dafür, daß Arbeitnehmer erstens durch die Lohnsteuer im Unterschied zu Selbständigen direkt zur Kasse gebeten werden und daß sie zweitens nicht die Gestaltungsfreiheit wie Selbständige haben.

Dafür ein Beispiel: Setzen sich zwei Unternehmer abends bei gutem Essen hin und diskutieren, wie sie die Pläne der Gewerkschaft zur Einführung der 35-Stunden-Woche erfolgreich verhindern können, können sie die Aufwendungen selbstverständlich als Bewirtungsspesen steuerlich absetzen. — Setzen sich am nächsten Abend zwei Arbeitnehmer aus den Betrieben der beiden Unternehmer in dieselbe Wirtschaft und diskutieren ebenfalls beim Abendessen, wie sie die Pläne ihrer Gewerkschaft auf Einführung der 35-Stunden-Woche besonders effektiv unterstützen können, können sie die Aufwendungen für die Bewirtung selbstverständlich nicht steuerlich absetzen. Zum Ausgleich für diese Ungerechtigkeit gibt es den Arbeitnehmerfreibetrag.

Ich möchte zum Schluß kommen. Mit der Mehrheit im Bundestag und im Bundesrat haben Sie eine große Chance, zu einer wirklichen Reform zu kommen. Sie wissen, daß ich nicht häufig etwas Positives über den amerikanischen Präsidenten **Reagan** sage, aber eines ist festzuhalten: Auch wenn man seine Steuerreform im Detail kritisieren und sagen kann, das eine oder andere hätten wir in diesem Lande anders gemacht, eines haben Demokraten und Republikaner im amerikanischen Kongreß sicher gemacht, eine richtige **Steuerreform**, nämlich eine Senkung der steuerlichen Belastung mit gleichzeitiger drastischer Ausdehnung der Bemessungsgrundlage. Ich kann Ihnen nur sagen, nutzen Sie Ihre Mehrheiten und versuchen Sie diese Reform. Die Deutsche Steuer-Gewerkschaft, die uns in unseren Zeiten wirklich heftig kritisiert hat, hat auf ihrem Steuergewerkschaftstag in Dortmund vor wenigen Wochen gesagt: Der Weg in das Steuerchaos ist bei dieser Bundesregierung noch schlimmer geworden. Dem ist nichts hinzuzufügen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Cronenberg: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich kann die Aussprache schließen.

Zu den Tagesordnungspunkten 3a und 3b schlägt der Ältestenrat Überweisung der Vorlagen an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vor. Andere Vorschläge werden offensichtlich nicht gemacht. Dann sind die Überweisungen so beschlossen.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Ich berufe die nächste Sitzung des Deutschen Bundestages auf morgen, Donnerstag, den 21. Mai 1987, 9 Uhr ein.

Ich wünsche Ihnen noch einen angenehmen Arbeitstag.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung: 16.37 Uhr)

(C)

(D)

(A) **Anlage zum Stenographischen Bericht**

(C)

Anlage**Liste der entschuldigten Abgeordneten**

Abgeordnete(r)	entschuldigt bis einschließlich
Dr. Abelein **	22. 5.
Dr. Ahrens *	21. 5.
Amling	22. 5.
Beckmann **	22. 5.
Frau Beer **	22. 5.
Dr. Biedenkopf	20. 5.
Biehle **	22. 5.
Frau Brahmst-Rock	28. 5.
Büchner (Speyer) *	21. 5.
Bühler (Bruchsal) *	20. 5.
Dr. von Bülow	21. 5.
Buschfort	22. 5.
Dr. Dollinger	22. 5.
Duve	20. 5.
Eimer (Fürth)	22. 5.
Francke (Hamburg) **	22. 5.
Graf	21. 5.
Dr. Häfele	22. 5.
Frau Dr. Hartenstein	22. 5.
Horn **	22. 5.
Ibrügger **	22. 5.
Dr.-Ing. Kansy **	22. 5.
Kiechle	22. 5.
Klose	20. 5.
Kolbow	22. 5.
Koschnick **	22. 5.

(B)

Abgeordnete(r) entschuldigt bis einschließlich

Dr. Kunz (Weiden) **	22. 5.
Dr. Graf Lambsdorff	22. 5.
Lattmann **	22. 5.
Dr. Mechtersheimer **	22. 5.
Dr. Müller *	20. 5.
Niegel **	22. 5.
Pesch	22. 5.
Petersen **	22. 5.
Reschke	21. 5.
Reuschenbach	22. 5.
Ronneburger **	22. 5.
Sauer (Salzgitter) **	22. 5.
Schanz	20. 5.
Dr. Scheer *	20. 5.
Schmidt (München)	22. 5.
von Schmude	22. 5.
Schreiner **	22. 5.
Dr. Stercken	21. 5.
Tietjen	21. 5.
Voigt (Frankfurt) **	22. 5.
Weiß (Kaiserslautern) **	22. 5.
Dr. Wieczorek **	22. 5.
Wieczorek (Duisburg)	22. 5.
Zierer *	20. 5.
Frau Zutt	22. 5.

* für die Teilnahme an Sitzungen der Parlamentarischen Versammlung des Europarates

** für die Teilnahme an Sitzungen der Nordatlantischen Versammlung

(D)